

ZUR SACHE BW

VISEGRÁD-4

Europas Mitte sucht ihren Platz

Truppenreduzierung

Die USA haben gute politische Gründe

Blinde Flecken

Ein Interview zu KSK, Kampftruppe und Tradition

Strafe Gottes?

Covid-19: eine theologische Reflexion





Zu unserem Titelbild

Eher am Rand oder mittendrin? Die Visegrád-Staaten Polen, Ungarn, Tschechien und Slowakei suchen ihren Platz in Europa, hier versinnbildlicht bei einem Gipfel der Ländergruppe in Bratislava mit dem Partnerland Deutschland im vergangenen Jahr. Die Staaten des ehemaligen Ostblocks wollen berechtigterweise mehr sein als eine Pufferzone, die zwischen Westeuropa und Russland liegt. Das erfordert Zugeständnisse – auf beiden Seiten.

SCHWERPUNKT VISEGRÁD-4

08 Die Mitte ist kein politisches Niemandsland

Die Visegrád-Staaten in NATO und EU: Es gibt kritikwürdige Entwicklungen, aber Bevormundung und Bestrafungsversuche stehen den „alten“ EU-Mitgliedern schlecht an
Von Günter Verheugen

12 Mit Sehnsucht gegen Sachzwänge

Polen und Ungarn stellen die kulturelle Hegemonie des Liberalismus nach westeuropäischem Muster infrage – die Wähler unterstützen das
Von Kai-Olaf Lang

17 Wut und Verzweiflung: Fremde vor den Toren

Die Flüchtlingswelle in Budapest und die Reaktion der ungarischen Gesellschaft
Von Frank Fischer

20 Abschied von der Wertegemeinschaft?

Gedanken über die normative Identität der Europäischen Union
Von Heinrich August Winkler

27 NATO-Flaggen über Mitteleuropa

Die Bedeutung der „Visegrád-4“ für die Nordatlantische Allianz
Von Rainer Meyer zum Felde

33 „Gefühl geht es nicht wirklich voran“

Polen und Deutschland sind NATO-Partner. Lässt sich die politische Zugehörigkeit in praktische militärische Zusammenarbeit umsetzen?
Von Walter Linkmann

36 Kann die „Würde der Demokratie“ noch gerettet werden?

Was die Gesellschaften Ostmitteleuropas belastet
Von Sándor Fazakas

41 Alte neue Nationalität

Über den ungarischen Weg in die EU und die Rolle der christlichen Kirchen
Von Klára Tarr Cselovszky

45 Auf Wunsch spricht der Priester auch über Gott

Kirche und Militärseelsorge im atheistischen Tschechien
Von Stanislav Přebyl

48 In der Ulmer Schachtel flussabwärts

Frühe Wirtschaftsmigration zwischen West- und Südosteuropa
Von Mathias Beer

50 Es begann im neunten Jahrhundert

Ostmitteleuropäische Erinnerungskulturen
Von Steffen Höhne

52 „America First“ aus geschichtlicher Erfahrung

Polens Blick auf Europa und die Sicherheitspolitik
Von Jens Mattern



INHALT



SICHERHEITSPOLITIK

56 Mehr als eine Laune

Tatsächlich gibt es aus der Sicht Washingtons gewichtige innen- und sicherheitspolitische Gründe für einen Teilabzug der US-Truppen aus Deutschland
Von Marco Overhaus

59 Morgen wird es besser, insha'allah

Sudan – Menschen zwischen Verzweiflung und Hoffnung
Von Marina Peter

62 Corona in Afrika

Die Corona-Pandemie trifft Afrika hart. Die Bundesrepublik unterstützt ihre afrikanischen Partnerländer in der Krise, um die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Pandemie abzufedern
Von Stefan Oswald

FRIEDENSETHIK

66 Zeit zum Abschied von der Bombe

Die Mehrheit der Staaten der Welt hat entschieden: Atomwaffen werden illegal
Von Tom Sauer

INNERE FÜHRUNG

70 „Ein Kommandeur kriegt nicht alles mit“

MdB Tobias Lindner und Historiker Sönke Neitzel über offene Fragen zum KSK, verlorenes Vertrauen der Soldaten in die Politik und den halbherzigen Umgang mit dem Dauerthema Tradition
Interview: Felix Ehring

76 Wenn die Gewalt ins Zentrum rückt

Durch die Funktionsausweitung auf den Einsatz und den Wandel gesellschaftlicher Rahmenbedingungen hat die strukturelle Verwundbarkeit der Bundeswehr durch Rechtsextremismus zugenommen
Von Dierk Spreen

GLAUBENSFRAGEN

84 „Die Sünde lauert vor der Tür“

Ist das Virus eine Strafe Gottes für unsere Sünden? Oder eher eine moralische Herausforderung? Eine theologische Reflexion vor aktuellem Hintergrund
Von Frank Hofmann

88 Digitale Nähe

Gottesdienste feiern, Lebenskundlichen Unterricht halten, ins Gespräch kommen? Durch Corona war das im Frühjahr auf die übliche Weise nicht mehr möglich. Militärpfarrer berichten von neuen Ansätzen und Erfahrungen
Von Sonja Poppe

REZENSIONEN

79 Roger Mielke: Von der nachgeholten Revolution zur Konterrevolution?



04 Wir träumen von einer besseren Welt

06 Editorial

92 **Kirche unter den Soldaten**
Die Militärkirche St. Stephanus in Munster
Von Volker Wohlgemuth und Jobst Reller

93 Impressum

94 **Querdenker**
Der Zauberwürfel

**„So, wie die Geschichte der Deutschen
und der Polen gelaufen ist, kann es kein
gleichgültiges Nebeneinanderleben geben.
Wir werden uns voneinander weg oder
aufeinander zu bewegen.“**



Der damalige Bundeskanzler Willy Brandt
in der Bundestagsdebatte zu den Ostverträgen am 10. Mai 1972



Die polnische Krankenschwester Irena betreut eine 90-jährige Seniorin in Bonn. Zu Irenas Aufgaben gehören die sogenannte Grundpflege und Betreuung der Seniorin, das Kochen und Anreichen des Essens sowie der Haushalt. Ohne **Menschen wie Irena** wären zahllose deutsche Familien in Not.

Liebe Leserinnen und Leser!

Die „Visegrád-Gruppe – V4“: Ich erinnere mich zunächst an die traumhaften Städte, die von unserer gemeinsamen europäischen Geschichte zeugen: Prag, Warschau, Bratislava, Budapest.

Mit dem Beitritt von Ungarn, Polen, Tschechien und der Slowakei zur Europäischen Union hat Europa seine historische Mitte wiedergefunden. Ohne das hartnäckige Engagement vieler Menschen in diesen Ländern für mehr Menschenrechte und Demokratie wäre die große politische Wende um das Jahr 1990 nicht möglich gewesen: Die Gewerkschaftsbewegung in Polen, die Bürgerrechtsbewegung Charta 77 in der Tschechoslowakei oder die Öffnung des Eisernen Vorhangs durch Ungarn sind nur einige Stichpunkte, die von diesem Engagement zeugen. Die historische Mitte Europas ist Teil der Geschichte des „normativen Projekts des Westens“, das die ideelle Mitte Europas bildet, so der Historiker Heinrich August Winkler.

Seit Jahren erleben wir, wie die Länder der historischen Mitte ihren Platz im normativen Projekt suchen.

Die entscheidende Frage für uns alle in Europa wird in Zukunft sein, ob und wie wir unserer ideellen Mitte genügend Platz einräumen. Darüber müssen wir im Gespräch bleiben. Gesprächsimpulse möchte diese Ausgabe bieten.



A handwritten signature in black ink, appearing to read "Dirck Ackermann".

Dr. Dirck Ackermann,
Chefredakteur ZUR SACHE BW

SCHWER- PUNKT

VISEGRÁD

Seit 1993 findet auf einer Donauinsel in Budapest das Sziget-Festival statt (außer 2020). Junge Leute führen dort traditionelle Tänze auf (o.); Zuschauer demonstrieren für Frieden und Menschenrechte (u.)





Präsenz zeigen:
An der Übung
„Baltops“ an der polni-
schen Küste beteiligten
sich jährlich mehrere
Tausend Soldaten.
Unten: Ein polnischer
F16-Jet über Belgien



DIE MITTE IST KEIN POLITISCHES NIEMANDSLAND



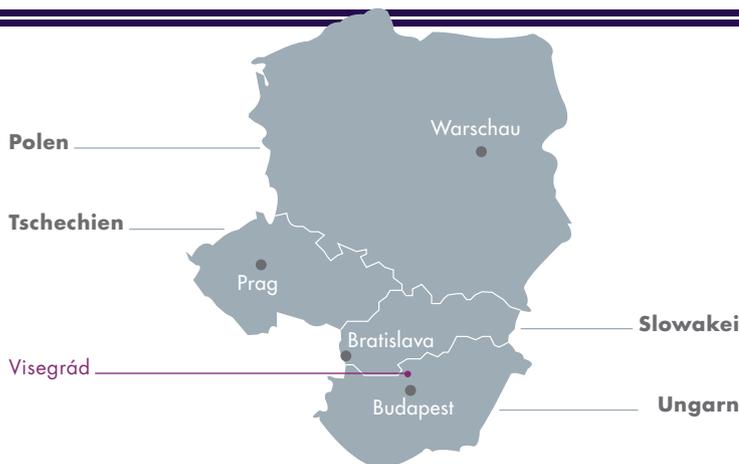
Die Visegrád-Staaten haben sich zielstrebig NATO und EU angeschlossen. Es gibt kritikwürdige Entwicklungen, aber Bevormundung und Bestrafungsversuche stehen den „alten“ EU-Mitgliedern schlecht an

Von Günter Verheugen

Dreißig Jahre sind eine lange Zeit, in der manche Erinnerung verblasst. Aber kein Zeitzeuge wird je die Ereignisse der Jahre 1989 und 1990 vergessen mit dem Fall der Mauer und der deutschen Einigung, der Auflösung des Sowjetimperiums und der demokratischen Transformation in Mittel- und Osteuropa. Vor allen Dingen aber dürfte dies im Gedächtnis geblieben sein: eine hoffnungsvolle, optimistische Zukunftserwartung, der Gedanke an den Beginn eines neuen, friedlichen Zeitalters. Das gilt nicht nur für uns Deutsche, das gilt ebenso für unsere Nachbarn und Partner.

Es schmälert nicht die großartige Leistung der friedlichen Revolution in der DDR, wenn man sich gleichzeitig bewusst macht, dass es die Polen und die Ungarn waren, die die ersten Schritte in die Unabhängigkeit taten. Und natürlich muss man dann auch Gorbatschow erwähnen, der das von Stalin in Besitz genommene europäische Glacis zur Disposition stellte.

Wie es 1990 mit Europa weitergehen sollte, war damals keineswegs klar umrissen. Da war zunächst die deutsche Frage, die nicht überall mit einem freudigen „Ja“ zur Vereinigung der beiden deutschen Staaten beantwortet wurde. Da war auch die Frage, wie der gesamte Raum zwischen der Ostsee und dem Schwarzen Meer in ein politisches System eingebunden werden könnte, das zuverlässig für Frieden, Sicherheit und Stabilität für alle sorgen würde. Es gab viele Ideen. Eine davon war die einer neutralen Pufferzone zwischen Westeuropa und der noch existierenden Sowjetunion, die vehement von den neu entstandenen Demokratien jenseits der bisherigen Blockgrenzen abgelehnt wurde. Und tatsächlich wurde dieses als Erstes völlig klar: Alle Staaten von Estland bis Rumänien wollten nicht in ein politisches Niemandsland verwiesen werden, sie wollten sich mit den Demokratien des Westens eng verbinden. Dafür wurde das etwas sperrige Wort von der Einbindung in die euro-atlantischen Strukturen benutzt. Gemeint waren die NATO und die EU, damals noch EG.



Die Visegrád-Gruppe

Am 15. Februar 1991 trafen sich Vertreter der Staaten Polen, Ungarn und Tschechoslowakei auf der Burgruine von Visegrád, um die nach dem Ende des Kalten Krieges aufkeimenden Probleme gemeinsam anzugehen. Der Ort war bewusst gewählt: 1335 kamen dort die Könige von Böhmen, Ungarn und Polen zusammen und beschlossen eine nicht zuletzt wirtschaftliche Allianz gegen die zunehmend mächtigeren Habsburger.



Günter Verheugen ist Honorarprofessor der Europa-Universität Viadrina und Direktor des Carl-Friedrich-Goerdeler-Kollegs für Good Governance.

Zwar hatte es auch eine Diskussion über die Zukunft der NATO gegeben und mancher war überrascht, dass das Bündnis den Verlust des politischen Gegners überlebte. Im Grunde war die Sache mit dem Zwei-plus-vier-Vertrag entschieden, in dem die Sowjetunion das Recht des geeinten Deutschland akzeptierte, über die Bündniszugehörigkeit frei zu bestimmen. Praktisch wurde damit die Mitgliedschaft Deutschlands in der NATO und damit deren Fortbestehen akzeptiert. Für die Sowjetunion war ein wichtiges Argument, dass ein frei schwebendes Deutschland in der Mitte Europas mit seinem überragenden wirtschaftlichen und militärischen Potenzial ein Sicherheitsrisiko darstellen würde und dass die Einbindung Deutschlands in die US-geführte Allianz auch eine Kontrolle ausübte.

Der Zwei-plus-vier-Vertrag war allerdings zumindest bei einigen Teilnehmern mit der Erwartung verbunden, dass es zu einem gesamteuropäischen Sicherheitssystem kommen würde, in das die bisherigen militärischen Blöcke aufgehen würden. Diese Erwartung spiegelt sich in der im November 1990 verabschiedeten Charta von Paris, deren Zielsetzungen bis heute aktuell, aber nicht eingelöst sind.

Der Zusammenschluss von Visegrád

Zu den unmittelbaren Folgen der deutschen Einigung gehörte, dass sie die politische Aufmerksamkeit Deutschlands auf Polen, die Tschechoslowakei und Ungarn richtete, die wenig später eine politische Gruppe bildeten, die sogenannten Visegrád-Staaten. In Visegrád formulierten sie ihr Ziel, gemeinsam der NATO

und der EU beizutreten. Der Ort war symbolisch gewählt. Visegrád liegt unweit von Budapest an der Donau und beherbergt die Überreste einer Burganlage, wo sich im 14. Jahrhundert die Könige von Böhmen, Polen und Ungarn zu einer kurzlebigen Allianz verbunden hatten. Die stärkste Stimme in dieser Gruppe mit dem größten Einfluss in der übrigen europäischen Welt war damals Václav Havel, der tschechische Dichterpräsident. Er war es vor allem, der die EU auf ihre Verantwortung für die Zukunft der Transformationsländer festlegte. Es darf allerdings auch nicht vergessen werden, dass die erste europäische Regierung, die 1990 die Erweiterung der EU nach Osten zu ihrem Programm machte, die letzte und einzige frei gewählte Regierung der DDR war.

Die Visegrád-Gruppe war allerdings von Anfang an kein monolithischer Block. Ihre Mitglieder hatten und haben auch unterschiedliche Interessen. Es gab und gibt keinen institutionellen Rahmen. Ihre Zusammenarbeit ist strikt intergouvernemental. Jedoch brachte die Gruppe von Anfang an etwas zum Ausdruck, was über die eigenen Interessen hinausreichte. Natürlich ging es ihnen um Sicherheit und diese Sicherheit suchten sie aufgrund ihrer historischen Erfahrungen vor Russland. Sie hätten auch Grund gehabt, um ihre Sicherheit vor Deutschland besorgt zu sein, aber die Einbindung Deutschlands in die NATO und die sich gleichzeitig vertiefende europäische Integration war für ihr Sicherheitsbedürfnis hinreichend.

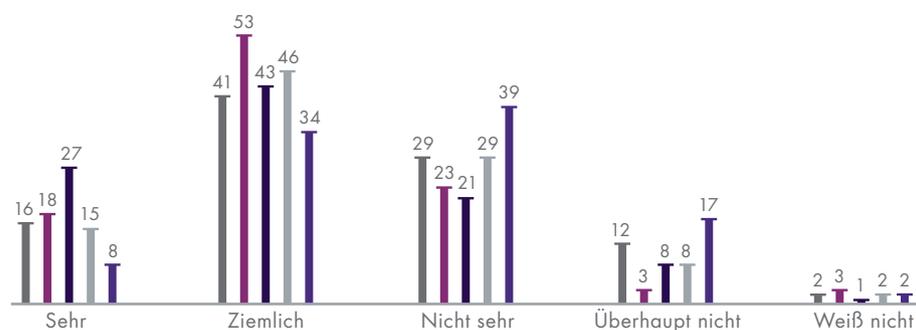
Außer Sicherheit ging es ihnen allerdings auch um Wohlstand und gleiche Lebenschancen – absolut legitime Ziele. Dennoch kann man nicht einfach sagen, dass in der NATO „nur“ Sicherheit und in der EU „nur“ Wohlstand gesucht wurde. Es ging im Kern um Gleichberechtigung, Anerkennung als Träger europäischer Kultur und Geschichte und Anerkennung als unverzichtbarer Bestandteil einer Wertegemeinschaft.

Die nach der Auflösung der Tschechoslowakei auf vier Staaten angewachsene Gruppe erreichte ihre Ziele relativ schnell. Ihre EU-Mitgliedschaftsoption wurde

Wie stark fühlen Sie sich mit der Europäischen Union verbunden?

Umfrage in den Visegrád-Staaten,
Herbst 2019 (in Prozent)

■ EU 28
■ Polen
■ Ungarn
■ Slowakei
■ Tschechien



Quelle: Statistisches Bundesamt 2020

1993 strategisch eingeräumt, ihre NATO-Aufnahme erfolgte 1998 und die EU-Mitgliedschaft folgte 2004.

Entspannung bleibt möglich

Die Osterweiterung der NATO war möglich, weil Russland damals zu schwach war, sich dagegen zu wehren. Die dadurch bewirkte Veränderung der geopolitischen Situation zugunsten des Westens ist seit einer Reihe von Jahren mitursächlich für die gefährliche Verschlechterung der Beziehungen zwischen dem Westen und Russland. Es ist umstritten, ob die NATO-Osterweiterung unter Bruch anderslautender Zusagen gegenüber der Sowjetunion bzw. Russland realisiert wurde. Gleichwohl galt und gilt der Grundsatz, dass jedes Land das Recht auf freie Bündniswahl hat. Dieses Spannungsfeld hätte nur aufgelöst werden können, wenn man ebenso den russischen Wunsch nach gleichberechtigter Partnerschaft respektiert hätte.

Die Staaten, die sowohl der NATO als auch der EU als Mitglied angehören, sind sich seit langem nicht mehr einig in der Frage, wie ihr Verhältnis zu Russland gestaltet werden soll. Auch zwischen den Visegrád-Staaten und innerhalb ihrer Gesellschaften gibt es beträchtliche Unterschiede. In der Russlandpolitik ist Polen den baltischen Staaten näher als den Visegrád-Partnern. Dennoch ist nicht anzunehmen, dass sich die mittel- und osteuropäischen NATO-Mitglieder als unüberwindliches Hindernis erweisen würden, wenn die Weichen in Zukunft noch einmal in Richtung auf Entspannung gestellt werden sollten.

Innerhalb der EU ist Visegrád keine feste Größe. Das Image der Gruppe als Bremsen und Verweigerer ist falsch. Die vier vertreten ihre Interessen, das tun andere auch, nicht zuletzt Deutschland. Eine gemeinsame europäische Flüchtlingspolitik, zum Beispiel, scheitert an vielen und vielem, aber natürlich kann man sich hinter den Polen und den Ungarn gut verstecken. Mit dem Vorwurf mangelnder Solidarität oder gar Dankbarkeit sollte man sehr vorsichtig sein, auch eingedenk

dessen, was sie zur Überwindung der europäischen Teilung leisteten und leisten.

Die Visegrád-Staaten teilen nicht die Vision eines europäischen Bundesstaates. Das macht sie nicht zu EU-Skeptikern, denn nirgendwo in der EU gibt es eine Mehrheit für die Auflösung des eigenen Nationalstaates. Die Visegrád-Staaten können auf eine beeindruckende wirtschaftliche Erfolgsgeschichte verweisen. Seit 2000 steigt Jahr für Jahr in allen vier Ländern die Wirtschaftsleistung, das Ergebnis massiver Direktinvestitionen aus der EU und hoher Exportleistungen in die EU.

Freilich sind die Zuwächse ungleich verteilt, aber auch das ist keine Besonderheit in der EU. Polen und Ungarn sind in der EU wegen ihrer Innenpolitik in Misskredit geraten. Ohne Zweifel gibt es kritikwürdige Entwicklungen, Entscheidungen und Verhaltensweisen, die in jungen Demokratien auftreten können, vor denen aber auch alte Demokratien keineswegs gefeit sind. Deshalb kann man von allem nur abraten, was nach Bevormundung oder gar Bestrafung aussehen könnte. Das würde, wie das Beispiel Österreich zeigte, nur die Fliehkräfte in der EU verstärken. Ob die Integration der Visegrád-Vier oder die Osterweiterung insgesamt für die EU gut war oder schlecht, ist mit einer Gegenfrage sehr einfach zu beantworten: Wie sähe Europa heute aus, wenn wir eine historische Freiheitsbewegung im Stich gelassen hätten? ▲

Grenzpfeiler an der deutsch-polnischen Grenze: Die „V4“ wollen keinen europäischen Bundesstaat



„Berlin muss sich überlegen, ob es Polen nur als Pufferzone zu Russland sieht oder als Partner.“

Witold Waszczykowski, damaliger polnischer Außenminister im Jahr 2016



Beim „Rosenkranzmarsch“ durch Warschau beten Konservative zu Gott, um für die Demonstrationen der LGBT-Bewegung für Gleichberechtigung um Vergebung zu bitten



Dr. Kai-Olaf Lang ist Senior Fellow in der Forschungsgruppe EU/Europa an der Stiftung Wissenschaft und Politik.

Immer wieder blickt die europäische Öffentlichkeit auf die Entwicklungen in Polen und Ungarn – häufig besorgt, oft verwundert, selten anerkennend. Denn seitdem dort konservative Parteien regieren, wurden die beiden Länder grundlegend umgebaut, mit Methoden, die in den Ländern, aber auch im europäischen Umfeld vielfach kontrovers beurteilt werden. Zu den Reizthemen gehören die umstrittene Justizreform in Polen, der Zustand der Medienlandschaft in Ungarn, aber auch die Weigerung beider Regierungen, Flüchtlinge im Rahmen von europaweiten Verteilquoten aufzunehmen. Die strikte Haltung in der Migrationspolitik brachte Polen und Ungarn (wie auch anderen Ländern aus dem östlichen Teil der Europäischen Union) den Vorwurf mangelnder Solidari-

tät ein. Konsequenzen blieben aber bislang aus, da die EU keine Handhabe hat, um die Länder zur Aufnahme von Asylsuchenden im Rahmen eines dauerhaften Lastenteilungsmechanismus zu zwingen.

Bei Fragen der Rechtsstaatlichkeit indes begann die EU aktiv zu werden. Von Vertragsverletzungsverfahren über den zur Aussetzung von Mitgliedschaftsrechten reichenden Sanktionsmechanismus des Artikel 7 des EU-Vertrags bis zur geplanten Verknüpfung der Auszahlung von EU-Fördergeldern an die Einhaltung rechtsstaatlicher Kriterien versuchten Brüssel beziehungsweise eine Reihe von Mitgliedsstaaten mögliche Schieflagen in Sachen Rechtsstaat und Demokratie zu beheben. Mit eher mäßiger Effektivität. Denn die polnischen und ungarischen Exekutiven



Welche Möglichkeiten hat die EU, auf ihre Mitgliedsstaaten Druck auszuüben?

- Verstößt ein Mitgliedsstaat gegen gemeinsame Grundwerte wie Rechtsstaatlichkeit, Menschenwürde oder Medienfreiheit, kann Artikel 7 des EU-Vertrags greifen.
- Aufgrund seiner politischen Sprengkraft wird das Artikel-7-Verfahren auch „Atom-bombe“ genannt. Möglich ist u. a. ein Entzug des Stimmrechts im Europarat.

Gotteslästerung?
Der Aktivistin Elzbieta
Podlesna drohen zwei Jahre
Haft. Sie soll der Schwarzen
Madonna von Tschenstochau
digital einen Regenbogen
hinzugefügt haben



MIT SEHNSUCHT GEGEN SACHZWÄNGE



**Die Regierungen von Polen und Ungarn stellen
die kulturelle Hegemonie des Liberalismus
nach westeuropäischem Muster infrage –
und werden dafür von den Wählern unterstützt**

Von Kai-Olaf Lang

- Die Aktivierung von Artikel 7 ist ein mehrstufiger, schwieriger Prozess. Häufiger wird das „Rechtsstaatsverfahren“ genutzt, das eine „informelle“ Problemlösung ermöglicht.
- Es können aber auch EU-Strukturfördermittel gekürzt werden. Dieser Einschnitt ist für Staaten deutlich schmerzhafter, besonders für den größten Netto-Empfänger Polen.
- Auch ein Vertragsverletzungsverfahren ist möglich: Zuerst mit Warnbriefen, in Konsequenz mit Zwangsgeldern und im Zweifelsfall mit einer Klage vor dem EuGH.

Bei aller Rhetorik spielen im Hintergrund wirtschaftliche Interessen immer eine Rolle: VW, Audi und Daimler (Foto) betreiben Werke in Ungarn, BMW eröffnet seines in Kürze



Begleitet wird die Wirtschafts- und Sozialpolitik der PiS von einem Bekenntnis zu traditionellen und christlichen Werten.

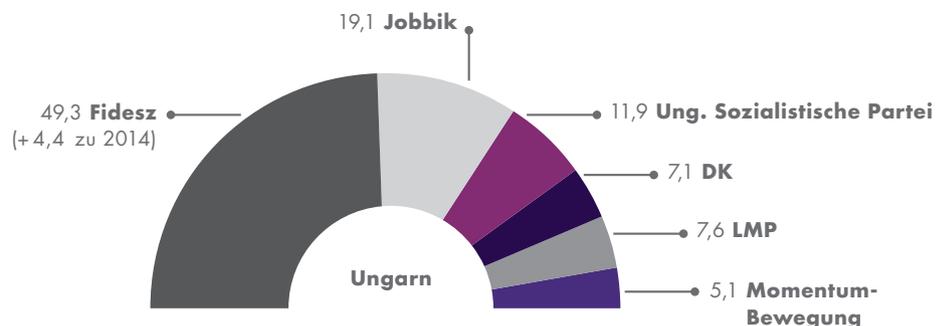
ließen sich zwar zumeist auf den Dialog mit der EU ein, doch die Maßnahmen der Gemeinschaft griffen nur teilweise. Immer wieder beriefen sich die Regierungen aber auch darauf, dass ihrem Verständnis zufolge die EU bei Fragen der innerstaatlichen Ordnung, wie etwa dem Aufbau der Gerichtsbarkeit, keine Zuständigkeiten habe, da dies in die ausschließliche Kompetenz der Mitgliedsstaaten falle.

Über die Zerwürfnisse mit Brüssel, aber auch über die innenpolitischen Auseinandersetzungen in Polen und Ungarn könnte man sich lange auslassen. Was bei alledem oft übersehen wird, ist indes, dass die Regierenden in beiden Ländern offensichtlich über beachtlichen Zuspruch verfügen. Sowohl die Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS), die in Polen zusammen mit kleineren Bündnispartnern seit 2015 die Kommando-Brücken der Politik beherrscht, als auch der ungarische „Fidesz“, der gemeinsam mit der kleinen christdemokratischen KDNP seit 2010 regiert, haben in demokratischen Wahlen gewonnen – und das gleich zweimal (im Fall der PiS) bzw. dreimal (im Fall des Fidesz) hintereinander.

Die PiS verfügt dabei über eine absolute Parlamentsmehrheit und stellt den im

Die Wahlerfolge von Fidesz und PiS bei den Parlamentswahlen in Ungarn (2018) und Polen (2019), in Prozent

Quellen: Nationales Wahlbüro (Ungarn) und Nationale Wahlkommission (Polen)



polnischen Verfassungssystem nicht unwichtigen Staatspräsidenten. Der Fidesz wiederum kann sich sogar auf Zweidrittelmehrheiten stützen, was ihm die Möglichkeit gab, auch weitgreifende und schwer umkehrbare Veränderungen durchzusetzen. Mit Stimmenanteilen zwischen 37 und 53 Prozent fahren PiS und Fidesz (genauer gesagt Polens Vereinigte Rechte, zu der bislang auch die beiden erwähnten Kleinparteien gehören, sowie die bei Wahlen gemeinsam antretende Allianz aus Fidesz und KDNP) Wahlergebnisse ein, von denen die meisten westeuropäischen „Volksparteien“ heute nur träumen können. Woraus also speist sich die Unterstützung für PiS und Fidesz? Weshalb können sie trotz des Gegenwindes im Land und aus der EU weiterhin Wahlen gewinnen?

Die Lücke, die der Markt lässt

In Polen kam die PiS 2015 an die Macht. Bei den Präsidentschaftswahlen im Frühjahr und den Parlamentswahlen im Herbst löste sie die liberalkonservative Bürgerplattform ab. Die Bürgerplattform hatte die PiS offenkundig unterschätzt. Nachdem Polen recht gut durch die Finanzkrise gekommen war und man nicht zuletzt durch enge Beziehungen zu Deutschland und eine aus Sicht der Partner konstruktive Europapolitik in der EU ein hervorragendes Standing hatte, rechnete das alte Regierungslager nicht damit, dass die PiS derart reüssieren konnte. Dass die PiS eine Wechselstimmung erzeugen konnte, hing vor allem mit zwei Faktoren zusammen. Erstens war das alte Regierungslager vor lauter Stolz auf seine Erfolge in Selbstzufriedenheit verfallen. Und zweitens übersah man angesichts günstiger makroökonomi-

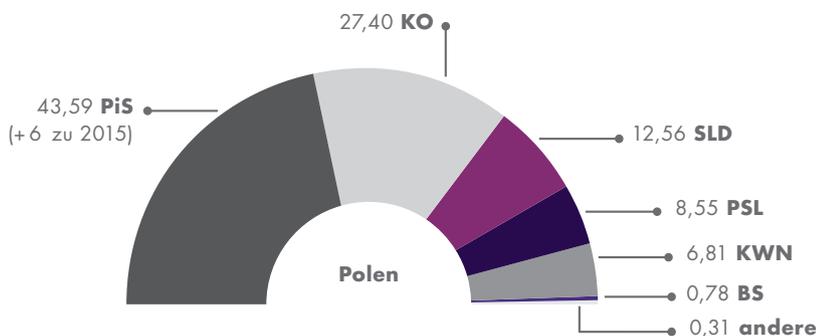
scher Kennzahlen, dass ein großer Teil der polnischen Gesellschaft nicht vom wirtschaftlichen Aufschwung profitiert hatte. Letzteres erwies sich als Ausgangslage für ein richtiggehendes Erfolgsrezept. Die PiS konnte mit ihrem Ruf nach einem „sozialen Polen“ und einer solidarischen Korrektur der marktorientierten Wirtschaftspolitik in eine Lücke stoßen: Sie adressierte die offene soziale Frage der Systemtransformation nach 1989. Flaggschiffprojekte wie die Einführung eines Kindergeldes von 500 Zloty, die Regulierung von Werkarbeitsverträgen, die Anhebung des Mindestlohns oder die Einführung einer 13. Monatsrente wurden in der Folgezeit zum Symbol einer sozialpolitischen Wende, mit der man vornehmlich im ländlichen Raum, bei älteren Menschen, aber auch bei Familien und in der unteren Mittelschicht punkten konnte. Jarosław Kaczyński, der Parteichef und starke Mann der PiS, sprach in diesem Zusammenhang auch von einer „Politik der Würde“. Ministerpräsident Mateusz Morawiecki wiederum verkündete den Aufbau eines polnischen Wohlfahrtsstaates.

Begleitet wurde die Wirtschafts- und Sozialpolitik der PiS von einem Bekenntnis zu traditionellen und christlichen Werten. Die PiS steht in einem zwar nicht immer einfachen, aber letztlich effektiven symbiotischen Verhältnis zur katholischen Kirche: Beide Seiten profitieren voneinander. Auch wenn die PiS in einigen Fragen, wie etwa bei einer unpopulären Verschärfung des Abtreibungsrechts, aus wahltaktischen Gründen bislang nicht „geliefert“ hat, steht sie im Grundsatz an der Seite der Kirche. Die Abwehr „progressiver“ Tendenzen, vor allem von Forderungen seitens der LGBT-Bewegung, ist zum Kernelement in

PiS-Wahlkämpfen geworden. Zwar steht ein beachtlicher Teil der polnischen Bevölkerung derlei Entwicklungen offen gegenüber, doch ist zum Beispiel die Ablehnung gleichgeschlechtlicher Ehen ein Mobilisierungsfaktor, durch den die PiS ihre alten und manche neuen Stimmbürger an die Wahlurnen bekam.

Gegen das Konzept einer „offenen Gesellschaft“

In Ungarn war die Situation beim Erdbeben des Fidesz von 2010 fundamental unterschiedlich zu der in Polen. Das Land war hart von der Verschuldungs- und Finanzkrise getroffen worden. Und die bislang regierenden Linksliberalen hatten ihre Legitimität weitgehend verspielt. Durch die mehrheitsbildenden Auswirkungen des Wahlsystems konnte der Fidesz fast 53 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen und eine Verfassungsmehrheit erlangen. Anders als die PiS setzten der Fidesz und dessen Vorsitzender Viktor Orbán, der auch Ministerpräsident ist, nicht auf Sozialpolitik, sondern auf Haushaltskonsolidierung, niedrige Steuern und die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit. Fidesz betrieb viel stärker als die PiS Mittelschichtpolitik, allerdings ebenfalls mit einem deutlichen Element der Familienförderung. Tatsächlich vermochte es der Fidesz, das Land wirtschaftlich auf den Weg der Besserung zu führen. Trotz einer rhetorischen Herausstellung nationaler Interessen wurden erhebliche Auslandsinvestitionen ins Land gebracht, auch und gerade aus Deutschland, wie die ausgebaute Präsenz der deutschen Automobilindustrie mit neuen Werken von Mercedes und BMW verdeutlicht.



Inhaltlich haben beide Parteien gekonnt an die Souveränitätssehnsucht der Gesellschaften appelliert.

Seit dem Sommer 2015 wurde Migration zu einem zentralen Thema für den Fidesz. Mit dem Widerstand gegen obligatorische Verteilmechanismen von Flüchtlingen in der EU sowie einer Grundsatzkritik am Konzept einer „offenen Gesellschaft“ multikultureller Provenienz traf die Partei die Stimmung in vielen Segmenten der ungarischen Bevölkerung. Auch wenn viele Wähler mit der patriotischen und christlich unterlegten Rhetorik des Fidesz nicht viel anfangen können, unterstützen sie die Regierungspartei offensichtlich, weil sie in der Migrationspolitik einen restriktiven Ansatz verfolgt. Selbst in der Roma-Bevölkerung fand diese Politik Anklang, denn sie fürchtete (real oder durch regierungsnahen Medien übermäßig betont) um Konkurrenz bei Sozialleistungen, wenn Ungarn größere Flüchtlingszahlen zugewiesen bekäme.

Auf der Suche nach dem eigenen Weg

Betrachtet man PiS und Fidesz zusammen, so lassen sich trotz der jeweiligen Eigenheiten einige Elemente beobachten, die bei der Suche nach den Quellen der Popularität beider Parteien von Bedeutung sind. Natürlich geht es dabei auch um Methoden und den Stil des Regierens. In beiden Fällen haben wir es mit Parteien zu tun, die vielleicht übermäßig polarisieren und vereinfachen, die über beachtlichen Einfluss in den öffentlichen und teils auch in den privaten Medien verfügen, die aber direkt kommunizieren und substanzielle Veränderungen oder das Abwenden von scheinbar Alternativlosem in Aussicht stellen. Insofern setzen beide Parteien auf eine Repolitisierung gegenüber einer Nichtpolitik der Sachzwänge – in einer sozialkonservativen Version

in Polen, in der nationalkonservativ-christdemokratischen Variante in Ungarn.

Inhaltlich haben beide Parteien auch gekonnt an die Souveränitätssehnsucht der Gesellschaften appelliert. Gerade im östlichen Mitteleuropa ist der Wunsch nach Festigung der Staatlichkeit, aber auch nach Bewahrung eigener, kollektiver Identität ausgeprägt. Die Jahre von 1989 bis zum EU-Beitritt 2004 stellten dabei nicht nur eine Periode der Umgestaltung, sondern auch eine der Anpassung an den „Westen“ bzw. die Europäische Union dar. PiS und Fidesz haben sich auf die Fahnen geschrieben, nach der Phase der Angleichung und des Kopierens westlicher Muster nun einen eigenen Weg zu gehen. Dieser soll im Westen und in der EU beschritten werden, aber unter Aufrechterhaltung tradierter Normen und Lebensformen. Hört man Politikern von PiS und Fidesz zu und analysiert das intellektuelle und publizistische Umfeld der Parteien, wird klar, was das Ziel ist: Sie möchten die kulturelle Hegemonie des Liberalismus überwinden und ihr Verständnis von „Europäisch-Sein“ praktizieren. Sie möchten ihre Länder wirtschaftlich und technologisch modernisieren, diesen Prozess aber in konservative Werte und nationale Eigenheiten einbetten. Auch wenn dieser Ansatz zu innen- und europapolitischen Friktionen geführt hat, so scheint er einstweilen zu funktionieren. Denn es ist nicht nur die Schwäche der Opposition, die dazu führte, dass PiS und Fidesz einstweilen die Wahlen in ihren Ländern gewinnen. ▲

Was sind Ihrer Meinung nach die wichtigsten Probleme, denen Ihr Land derzeit gegenübersteht? (in Prozent)



WUT UND VERZWEIFLUNG: FREMDE VOR DEN TOREN



**Die Flüchtlingswelle 2015 in Budapest
und die Reaktion der ungarischen Gesellschaft**

Von Frank Fischer



Als ich im Jahre 1981 zum ersten Mal nach Budapest kam, faszinierte mich die Donaumetropole sofort: So groß, so bunt und offensichtlich so viel freizügiger und weltoffener als meine Heimatstadt Ostberlin, diese enge, abgeschottete „Hauptstadt der DDR“, in der viele Wege und Straßen an einer unüberwindlichen Grenze – „Mauer“ oder „antifaschistischer Schutzwall“ genannt – endeten. In Budapest konnte ich, der junge evangelische Christ, mal tief durchatmen und die ja durchaus auch nicht grenzenlose Freiheit des sogenannten Gulaschkommunismus genießen, bevor es dann wieder in die heimische Miefigkeit zurückgehen musste.

Budapest 1985: Damals war die Stadt an der Donau freizügiger und weltoffener als das abgeschottete Ostberlin

34 Jahre und ein Systemwechsel später: Welch ein Kontrast! Mittlerweile wohne und arbeite ich in Budapest, bin Mitglied der deutschsprachigen lutherischen Kirchengemeinde. Weltoffen ist die ungarische Hauptstadt nach wie vor. Gerade in den Sommermonaten quillt sie von Touristen nur so über: fremdartige Gesichtszüge, fremde Sprachen allenthalben. Die Budapester sehen es mit gemischten Gefühlen. Aber sie wissen, die Gäste bringen Geld ins Land, kurbeln die Wirtschaft an, auch wenn sie gerade in der 1,8-Millionen-Metropole auch für ein hohes Preisniveau sorgen.

Doch damals, im Sommer 2015, mischten sich immer mehr Ausländer einer ganz anderen Kategorie ins so bunte

gefühlte endloser Zustrom an Menschen aus einem ganz anderen Kulturkreis ergoss sich über die Südgrenze hinweg ins Landesinnere. Ihre einstweilige Endstation hieß Keleti pályaudvar – Ostbahnhof.

Von verweigerter und gewährter Hilfe

Nun, sie blieben nicht lange, denn die Regierung tat alles, um das menschliche Elend ohne viel Federlesens weiterzureichen. Hilfe seitens des ungarischen Staates? Fehlangezeige! Im Gegenteil. Als der Zustrom aus Richtung Serbien im Laufe des Augusts immer massiver wurde, hatten die Regierenden eine Idee: einfach mal aussperren. Mich er-



Budapest heute: Die Stadt ist ein Touristenmagnet. Die Zahl der Hotelgäste ist seit dem Jahr 2000 um 150 Prozent gestiegen

Gewimmel: Flüchtlinge – von denen, die hier etwas zu sagen haben, lieber unterschiedslos „Migranten“ genannt. Sie kapierten zu Dutzenden und später gar zu Tausenden in Bereichen um die großen Bahnhöfe und sorgten für allgemeines Unwohlsein bei den Einheimischen. Wie umgehen mit diesen offensichtlich hilfsbedürftigen, aber offiziell geschmähten Fremden? Viele Ungarn haben ganz andere Sorgen, als sich aktiv um die Bedürfnisse von eher ungebetenen Gästen zu kümmern. Das eigene Überleben will organisiert sein. Dass das nicht alle gut schaffen, lässt sich an der zunehmenden Zahl von Obdachlosen auf den Budapester Straßen und Plätzen ablesen. Und nun das: Ein

innerte der Ende August 2015 in großer Eile erbaute Zaun an der ungarischen Schengen-Außengrenze zu Serbien an den Eisernen Vorhang. Der jedoch sollte Menschen einsperren. Das, was Viktor Orbán („*der beste Flüchtling ist der, der nicht kommt*“) errichten ließ, sollte dagegen Menschen aussperren. Vor allem waren der Zaun sowie das höchst ungastliche Verhalten der Behörden als Signal an alle Flüchtenden zu verstehen: *Ihr* seid in Ungarn nicht willkommen! Und so tat man von offizieller Seite nur das unbedingt Nötigste, um den Ausbruch von Seuchen zu verhindern. Der Rest wurde gern freiwilligen Helfern überlassen, die sich mit vereinten Kräften und so gut

Das Gleichnis vom Sämann

- 3 Hört zu! Siehe, es ging ein Sämann aus zu säen.
- 4 Und es begab sich, indem er säte, fiel etliches an den Weg; da kamen die Vögel und fraßen's auf.
- 5 Anderes fiel auf felsigen Boden, wo es nicht viel Erde hatte, und ging bald auf, weil es keine tiefe Erde hatte.
- 6 Da nun die Sonne aufging, verwelkte es, und weil es keine Wurzel hatte, verdorrte es.



Frank Fischer ist ein in Budapest lebender Journalist und Freelancer.

es ging um die Gestrandeten kümmerten. Auch meine Gemeinde stand in dieser Hinsicht nicht abseits. Viele von uns in der Gemeinde spendeten Geld oder – besser noch – Sachwerte.

Die Sommermonate waren wie immer heiß, die Flüchtlinge erschöpft. Wir kauften ein und brachten Obst, Gemüse, Getränke, Hygieneartikel sowie Süßigkeiten für die Kinder zu den Hotspots. Und trotzdem kam es zu chaotischen Szenen – vor allem am Ostbahnhof, dem Budapester Brennpunkt der Tragödie. Erst als sich die Massen in ihrer Verzweiflung zu Fuß in Richtung der österreichischen Grenze aufzumachen anschickten, gab es Hilfe. Busse wurden organisiert, die die Menschen an den Übergang Hegyeshalom / Nickelsdorf transportierten. Die Grenze überquerten sie dann wieder zu Fuß und wurden von den Burgenländern in Empfang genommen.

Christen gespalten

Die meisten Ungarn waren (und sind nach wie vor) sehr einverstanden mit der rigiden Vorgehensweise der Regierung in Sachen Migrationspolitik. Natürlich gab es Menschen, die sich für die Belange der Flüchtlinge einsetzen, ihnen in der Zeit der akuten Not hilfreich zur Seite standen – Christen und Nichtchristen. Die Mehrheit war es nicht. Und die offizielle Haltung der ungarischen Kirchen? Die beiden großen, die katholische und die reformierte, standen, von einigen Ausnahmen abgesehen, fest an der Seite der Staatsmacht. Sie lehnten die Aufnahme von nicht christlichen Flüchtlingen rundweg ab. Immerhin schlug Tamás Fabiny, Bischof der kleinen lutherischen Kirche, einen anderen Ton an:

„Der Anblick der Menschen, die auf der Autobahn in Ungarn wanderten, erinnerte mich auch an die wandernden – man könnte auch sagen einwandernden – Juden auf der Suche nach einer neuen Heimat. ... Obwohl die offizielle Berichterstattung in Ungarn konsequent das befremdlich klingende Wort Migrant statt Flüchtling verwendet, versuchen wir uns dennoch bewusst zu machen, wie traumatisiert diese Menschen aufgrund ihrer persönlichen Erfahrungen mit Krieg und Terror sind? Haben wir überlegt, wie es sich anfühlt, wenn sie bei uns ständig zum Sündenbock erklärt werden? ... Jeder kann etwas dazu beitragen, dass... sie ihre menschliche Würde zurückbekommen.“
(Quelle: Gemeindebrief der Deutschsprachigen Evangelischen Gemeinde Budapest, Ausgabe November / Dezember 2015)

Weise Worte, wie sie hierzulande nicht oft zu hören waren in jenen Spätsommertagen 2015. Fünf Jahre später beschleicht mich das Gefühl, dass diese Worte von einst in Anlehnung an das Gleichnis vom Sämann nicht auf fruchtbaren Boden, sondern eher mitten auf den Weg, auf felsigen Untergrund und zwischen die Disteln gefallen sind. ▲

7 Und anderes fiel unter die Dornen, und die Dornen wuchsen empor und erstickten's, und es brachte keine Frucht.

8 Und all das Übrige fiel auf das gute Land, ging auf und wuchs und brachte Frucht, und einiges trug dreißigfach und einiges sechzigfach und einiges hundertfach.

9 Und er sprach:
Wer Ohren hat zu hören,
der höre!

Quelle: Markus 4,3–9

ABSCHIED VON DER WERTEGEMEINSCHAFT?

Gedanken über die normative Identität der Europäischen Union
 Von Heinrich August Winkler

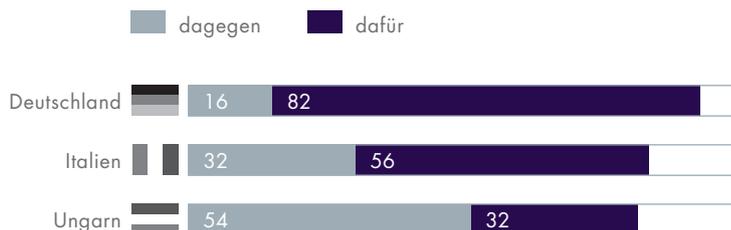
F eierliche Reden über Europa gipfeln zumeist in einem Bekenntnis zu den „europäischen Werten“ als der normativen Basis der Europäischen Union. Gemeint sind mit den europäischen Werten in der Regel Menschenrechte, Rechtsstaat und Demokratie. Aber sind diese Werte wirklich so eindeutig „europäisch“, wie es die Rhetorik der EU suggeriert? Im geografischen Sinn hat Europa niemals eine Wertege-



Gang nach Canossa:
 Mit dem Investiturstreit begann im 11. Jahrhundert die Trennung von geistlicher und weltlicher Gewalt

meinschaft gebildet. Die normativen Traditionen, auf die sich die Europäische Union beruft, sind, historisch betrachtet, solche des europäischen Okzidents, des lateinischen Europas, des Europas der Westkirche. Nur hier begann im hohen Mittelalter mit der ansatzweisen Trennung von geistlicher und weltlicher Gewalt im Investiturstreit des späten 11. und frühen 12. Jahrhunderts jener Prozess der Gewaltenteilungen, der

Sind sie dagegen oder dafür, Flüchtlinge aufzunehmen, die vor Gewalt und Krieg geflohen sind? (2018, in Prozent)



Quelle: Pew Research Center

über die allmähliche Ausdifferenzierung von fürstlicher und ständischer Gewalt schließlich zur modernen Gewaltenteilung, der Trennung von gesetzgebender, ausführender und rechtsprechender Gewalt, führte, wie sie Montesquieu 1748 in seinem „Geist der Gesetze“ am Beispiel Englands beschrieben hat.

Anders als im lateinischen Europa blieb im ostkirchlichen Europa die geistliche Gewalt der

weltlichen übergeordnet. Hier konnte sich nicht der „dualistische Geist“ entwickeln, der – dem Historiker Otto Hintze zufolge – „im Abendland die ständischen Verfassungen hervor gebracht“ hat.¹ Ohne diesen Dualismus kein gesellschaftlicher Pluralismus und keine individuellen Freiheiten, keine Aufklärung und keine unveräußerlichen Menschenrechte: So lässt sich das fortwirkende emanzipatorische Erbe des

mittelalterlichen Okzidenten thesenhaft bündeln.

Der Westen geht über Europa hinaus

Die unveräußerlichen Menschenrechte wurden freilich nicht in Europa, sondern auf britischem Kolonialboden in Nordamerika, in der *Virginia Declaration of Rights* vom 12. Juni 1776, drei Wochen vor der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung, erstmals kodifiziert. In den folgenden Jahren wanderte diese wichtigste normative Errungenschaft der Amerikanischen Revolution über den Nordatlantik nach Europa. Ihre größte Wirkung entfaltete sie in Frankreich. Die von der französischen Nationalversammlung am 26. August 1789 verabschiedete *Déclaration des droits de l'homme et du citoyen* ist ohne ihre amerikanische Vorgeschichte nicht zu verstehen.

Der Begriff der „europäischen Werte“ unterschlägt den Einfluss der Vereinigten Staaten. Es sind *westliche* Werte, auf die sich die Europäer heute be-

rufen und die sie nach wie vor mit den angelsächsisch geprägten westlichen Demokratien in Nordamerika, Australien und Neuseeland verbinden. Wann immer Europäer und Amerikaner sich über Grundsätzliches streiten, handelt es sich um unterschiedliche Auslegungen *gemeinsamer* Werte. „Europa ist (nicht) allein der Westen. Der Westen geht über Europa hinaus. Aber Europa geht auch über den Westen hinaus.“ Auf diese einprägsame Formel hat der Wiener Historiker Gerald Stourzh das Verhältnis der Begriffe „Europa“ und „der Westen“ gebracht.²

Das Selbstverständnis der Europäischen Union als „Wertegemeinschaft“ ist erst allmählich gewachsen. Für die sechs Gründerstaaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft – Frankreich, die Bundesrepublik Deutschland, Italien, die Niederlande, Belgien und Luxemburg – verstanden sich die demokratischen Gemeinsamkeiten noch von selbst. Das Nachdenken über die normativen Grundlagen der Euro-

„Es gibt ferner keine Freiheit, wenn die richterliche Gewalt nicht von der gesetzgebenden und vollziehenden getrennt ist. Ist sie mit der gesetzgebenden Gewalt verbunden, so wäre die Macht über Leben und Freiheit der Bürger willkürlich, weil der Richter Gesetzgeber wäre. Wäre sie mit der vollziehenden Gewalt verknüpft, so würde der Richter die Macht eines Unterdrückers haben.“

Montesquieu: Vom Geist der Gesetze (elftes Buch, Kap. 6)

päischen Gemeinschaft setzte nicht zufällig verstärkt in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre ein, als drei Staaten des Mittelmeerraumes, die kurz zuvor noch diktatorisch regiert worden waren – Griechenland, Spanien und Portugal – ihre Beitrittsanträge stellten.³

Anders als die 1958 in Kraft getretenen Römischen Verträge enthält der Maastricht-Vertrag von 1993 ein eindeutiges Bekenntnis zu den Grundsätzen der Freiheit, der Demokratie und der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten und der Rechtsstaatlichkeit. An die Adresse der Beitrittskandidaten in Ostmittel- und Südosteuropa gerichtet sind die Kopenhagener Beitrittskriterien von 1993, die demselben Wertekatalog verpflichtet sind. Bindendes Gemeinschaftsrecht ist seit über einem Jahrzehnt der Lissabonner Vertrag über die Europäische Union, der in Artikel 2 nochmals die normativen Grundlagen der Gemeinschaft zusammenfasst.

Normen werden infrage gestellt

Die Kodifizierung von Normen ist eines, ihre Umsetzung in praktische Politik ein anderes. Nur fünf Monate nach dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon begann in einem der „neuen“, am 1. Mai 2004 der EU beigetretenen Länder des östlichen Mitteleuropa, in Ungarn, unter der Ägide von Viktor Orbán, dem Sieger der Parlaments-

wahl vom April 2010, ein Prozess, der sich nur als unilaterale Aufkündigung des normativen Grundkonsenses der Europäischen Union beschreiben lässt. Schritt für Schritt versuchte Orbán, die Unabhängigkeit der rechtsprechenden Gewalt einzuschränken. Die Europäische Union erzwang hin und wieder partielle Rücknahmen der einschlägigen Gesetze, konnte aber nicht verhindern, dass sich Ungarn immer mehr in eine „illiberale Demokratie“ verwandelte. In einer Rede vom 26. Juli 2014 rühmte Orbán als seine Vorbilder Staaten wie Singapur, China, Indien, Russland und die Türkei, die deswegen erfolgreich seien, weil sie sich *nicht* am Modell der liberalen Demokratie orientierten.⁴

Am Beispiel Ungarns unter Führung von Orbáns Partei, dem „Fidesz“, richtet sich seit dem Wahlsieg der nationalkonservativen Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) unter Jarosław Kaczyński im Herbst 2015 Polen aus. Der Abbau der richterlichen Unabhängigkeit

und damit des Rechtsstaates ist hier inzwischen sogar noch weiter fortgeschritten als in Ungarn. Was die Europäische Kommission bisher dagegen unternommen hat, ist weitgehend folgenlos geblieben. Die schärfste aller möglichen Sanktionen, der Entzug des Stimmrechts im Europäischen Rat, hat sich als stumpfes Schwert erwiesen. Ein entsprechender Beschluss bedarf der Einstimmigkeit, wobei der betroffene Staat nicht mitzählt. Da sich Orbán frühzeitig auf die Seite Kaczyńskis gestellt hat, braucht Polen einen Stimmrechtsentzug nicht zu fürchten.

Ungarn und Polen sind Länder des alten Okzidents. Sie hatten teil an den Emanzipationsprozessen des Mittelalters und der frühen Neuzeit. Die nationalpopulistischen Parteien, die dort heute das Sagen haben, fallen nicht gänzlich aus dem Rahmen des transatlantischen Westens heraus. Auch in den Ursprungsländern der politischen Kultur des Westens, in Großbritannien, Frankreich



Heinrich August Winkler, geb. 1938 in Königsberg, lehrte bis 2007 Geschichte an der Humboldt-Universität in Berlin.

Als seine Hauptwerke gelten „Der lange Weg nach Westen. Deutsche Geschichte vom Ende des Alten Reiches bis zur Wiedervereinigung“ (2 Bände, 2000) und die „Geschichte des Westens“ (4 Bände, 2009/2015). Zuletzt erschien im August „Wie wir wurden, was wir sind. Eine kurze Geschichte der Deutschen“ (alle Bücher: Verlag C. H. Beck, München).

Die „vergessenen Diktaturen“ des Westens

	Entstehung
Griechenland	nach Ende des Bürgerkriegs 1949 zunächst parlamentarische Demokratie; 1967 Putsch der Armee und Errichtung einer Militärdiktatur
Spanien	1939 durch Bürgerkrieg
Portugal	republikanische Verfassung 1926 durch Militärputsch beseitigt; 1932 Machtübernahme; 1933 Errichtung eines Einparteienstaats



Unilaterale
Aufkündigung des
normativen Grund-
konsenses: Schritt für
Schritt schafft Viktor
Orbán eine „illiberale
Demokratie“

Ungarn und Polen sind Länder des alten Okzidents. Sie hatten teil an den Emanzipationsprozessen des Mittelalters und der frühen Neuzeit.

Prägende Herrscher	Ende
keine dominante Einzelperson, stattdessen Obristenregime	Sturz nach Putschversuch auf Zypern 1974
Francisco Franco, General	Tod Francos 1975, Juan Carlos wird König
António de Oliveira Salazar, Professor für Volkswirtschaftslehre	Nelkenrevolution 1974, freie Wahlen 1976

Quelle: Jörg Ganzenmüller (Hg.): Europas vergessene Diktaturen? Böhlau-Verlag, Köln 2018

und den Vereinigten Staaten, haben nationalpopulistische Kräfte in den 10er Jahren des 21. Jahrhunderts große politische Erfolge errungen: im Brexit-Referendum vom Juni 2016 etwa und in der Wahl Donald Trumps zum Präsidenten der USA im November desselben Jahres.

Gemeinsam ist der rechten Spielart des Populismus ein Merkmal, das der Historiker Richard Hofstadter schon an der Urform des amerikanischen Populismus, der People's Party der 1890er Jahre, beobachtet hat: Ihre Utopie habe in der Vergangenheit und nicht in der Zukunft gelegen.⁵ Die Nationalpopulisten verklären Verhältnisse, die es so schön, so harmonisch und homogen, wie sie sie ausmalen, nie gegeben hat. Sie orientieren sich letztlich an einer vormodernen Wunschwelt und hadern mit den politischen Konsequenzen der Aufklärung, die ihnen in Gestalt des Liberalismus und der Linken im weitesten Sinn entgegentreten.

Einen Abbau des Rechtsstaates aber hat es in den klassischen Demokratien des Westens bisher nicht gegeben. Die Angriffe auf die Unabhängigkeit der Justiz, die Ungarn und Polen im letzten Jahrzehnt erlebt haben, lassen sich wohl nur erklären, wenn man die Stärke der autoritären und nationalistischen Traditionen bedenkt, die schon in der Zwischenkriegszeit des 20. Jahrhunderts in beiden Ländern die dauerhafte Etablierung einer funktionstüchtigen liberalen Demokratie westlicher Prägung verhindert haben.

Rechtsstaatlichkeit ist wichtiger als das Mehrheitsprinzip

Was immer der Europäische Gerichtshof der Demontage des Rechtsstaates in Ungarn und Polen noch entgegenzusetzen mag, eine grundsätzliche Umkehr kann er, solange die Mehrheitsverhältnisse bleiben, wie sie sind, nicht herbeiführen. Gemessen an den Errungenschaften der ersten

der beiden atlantischen Revolutionen des 18. Jahrhunderts, der Amerikanischen Revolution von 1775/76, sind „illiberale Demokratien“ ein Widerspruch in sich selbst. Für die in hohem Maß angelsächsisch geprägte politische Kultur des Westens bildet die *rule of law* ein höheres Gut als das Mehrheitsprinzip. *Checks and balances*, die auf die Wahrung der Rechte des Einzelnen und den Schutz von Minderheiten zielen, sind notwendig, um die Gefahr zu bannen, dass der Mehrheitswille in Tyrannei umschlägt. Die westliche Demokratie ist deshalb nur als gewaltenteilige repräsentative, aber nicht als plebiszitäre Demokratie oder als Alleinherrschaft einer Partei vorstellbar. Eine ärgere Bedrohung der Freiheit als die Abschaffung der richterlichen Unabhängigkeit ist nicht denkbar. Wer sie antastet, sagt dem normativen Projekt des Westens den Kampf an.

In ihrem derzeitigen Zustand kann die EU nicht mehr



Legislative / Exekutive in den USA und in Deutschland

Checks and balances in den USA



Quelle: BpB

Staatenverbundes verhindern oder bis zur Unkenntlichkeit abschwächen.

Je weniger die EU in der Lage ist, in den großen Fragen ihrer normativen Identität und ihres außenpolitischen Standorts in der Welt geschlossen aufzutreten, desto mehr wird sich die Tendenz zu einem engeren Zusammenschluss derjenigen europäischen Staaten verstärken, die sich in beiderlei Hinsicht im Wesentlichen einig wissen oder zumindest ähnliche Positionen vertreten. Dabei spielt die Frage der Zugehörigkeit zur Europäischen Union eine wichtige, aber keine exklusive Rolle. Das Ausscheiden des Vereinigten Königreichs aus der EU hat das außenpolitische Gewicht des Staatenverbundes erheblich vermindert. Doch Großbritannien ist nach wie vor einer der diplomatisch erfahrensten und militärisch stärksten Staaten des Westens. Es wird auch nach dem Brexit ein enger Partner der liberalen Demokratien unter den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union bleiben. Paradoxerweise könnte die EU in Zukunft sogar „britischer“ werden, als sie es vor dem Trennungsstrich vom 31. Dezember 2020 war: Da die Gemeinschaft keine weiteren Mitglieder verlieren will, hat sie sich stillschweigend vom ehrgeizigen Projekt der *ever closer union* verabschiedet. Sie verfolgt stattdessen das bescheidenere, aber realistischere Ziel der *ever closer cooperation*.



Schwere Geburt: Der Maastricht-Vertrag erhielt in Frankreich nur eine knappe Mehrheit. Zeitungen berichteten entsprechend



den Anspruch erheben, eine Wertegemeinschaft zu sein. Als ein vorwiegend wirtschaftlich ausgerichteter Zweckverband, in dem liberale und illiberale Demokratien friedlich miteinander koexistieren, mag sie eine Zeit lang weiter bestehen. Ihre normativen Fundamente aber gibt sie preis, wenn sie sich mit den bestehenden Verhältnissen abfindet, und mit den Fundamenten auch den Glauben an eine eigene politische Identität. Dieselbe fatale Wirkung hat die schrumpfende Fähigkeit der EU, in wichtigen Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik mit *einer* Stimme zu sprechen. Ob es um Menschenrechtsverletzungen in der Volksrepublik China oder um einen eklatanten Bruch des Völkerrechts wie die Annexion der Krim durch Russland geht: Die EU muss damit rechnen, dass Mitgliedsstaaten, die sich in wachsende wirtschaftliche Abhängigkeit von einer dieser beiden Großmächte (oder von beiden zugleich) begeben haben, eindeutige Beschlüsse des

Checks and balances in Deutschland



Mit Richtern Politik machen

Finden politische Institutionen keine Lösungen, dann entscheiden Gerichte zunehmend politische Fragen. In den USA besetzen Republikaner und Demokraten deshalb gezielt Richterstellen, wenn sich die Chance bietet. Im Zweifelsfall steht die politische Haltung vor der Kompetenz, wie ein Bericht zeigt:

www.tinyurl.com/richter-usa

Deutschland hat seine moralische Anmaßung geschadet

Für Deutschland, den wirtschaftlich stärksten Mitgliedsstaat der Europäischen Union, werfen die Erfahrungen der letzten Jahre einige wichtige Lehren ab. Im Zuge der Migrationskrise haben Teile der deutschen Öffentlichkeit ihr Land in den Rang der moralischen Leitnation Europas erhoben. Diese Anmaßung hat Deutschland geschadet. Die politischen Folgen des deutschen (oder deutsch-österreichischen) Alleingangs in der Flüchtlingsfrage vom September 2015 ließen nicht lange auf sich warten. Zum Wahlsieg der PiS bei den polnischen Parlamentswahlen vom Oktober 2015 hat auch das unabgestimmte Berliner Vorgehen in Sachen Migration beigetragen, und in der Schlussphase der Brexit-Kampagne vom Frühjahr 2016 haben die *Leavers* kein Thema so stark in den Vordergrund gerückt wie die Gefahr einer Masseneinwanderung aus dem Nahen Osten und Nordafrika. Es spricht vieles dafür, dass der marginale, aber entscheidende Vorsprung der *Brexiters* beim Referendum von 23. Juni 2016 sich auch hieraus erklärt.

In keinem Mitgliedsland der EU war die Bereitschaft, die nationale Identität in einer europäischen Identität aufgehen zu lassen, Europa also als Vaterlandsersatz zu begreifen, nach 1945 so stark entwickelt wie im Westteil des geteilten Deutsch-

land. Die Deutschen hatten ihren Nationalstaat ruiniert: Daran gab es nichts zu deuteln. In der Zeit der staatlichen Teilung empfanden viele westdeutsche Intellektuelle ihren Staat, die Bundesrepublik Deutschland, zunehmend als „postnationale Demokratie unter Nationalstaaten“ (ein 1976 von dem Bonner Zeithistoriker und Politikwissenschaftler Karl Dietrich Bracher geprägter Begriff).⁶ In den 1980er Jahren wuchs im linken Teil des politischen Spektrums die Neigung, den Nationalstaat schlechthin als überholt zu betrachten: eine Sichtweise, die jenseits der deutschen Grenzen auf verbreitetes Unverständnis stieß.

Das wiedervereinigte Deutschland ist keine postnationale Demokratie unter Nationalstaaten, sondern wie die anderen Mitgliedsstaaten der EU ein postklassischer Nationalstaat unter anderen: bereit, einige Hoheitsrechte gemeinsam mit anderen auszuüben und andere auf supranationale Einrichtungen zu übertragen. Dass die „neuen“, erst nach der

Epochenwende von 1989/90 in die EU aufgenommenen Staaten Ostmittel- und Südosteuropas ihre verbliebenen Hoheitsrechte entschlossen verteidigen, hat historische Gründe, die die „Altmitglieder“ zu respektieren haben.

Was die Rechtsstaatlichkeit betrifft, lässt sich die Konfrontation in der Sache aber nicht vermeiden. Wenn die Spaltung der EU in liberale und illiberale Demokratien anhält, wird die zwangsläufige Folge die Bildung eines normativen Kerneuropas sein. Einer solchen engeren Gemeinschaft können auch demokratische Staaten angehören, die nicht Mitglieder der Europäischen Union sind, aber keine Mitgliedstaaten des Staatenverbundes, die sich von der vertraglichen Verpflichtung auf Rechtsstaatlichkeit einseitig losgesagt haben. Ob es so kommt, wird nicht in Brüssel, Berlin oder Paris entschieden. Das letzte Wort haben die Völker der Staaten, in denen die Regierungen den Irrweg der „illiberalen Demokratie“ eingeschlagen haben. ▲

¹ Otto Hintze, Weltgeschichtliche Betrachtungen der Repräsentativverfassung, in: ders., Staat und Verfassung. Gesammelte Abhandlungen zur allgemeinen Verfassungsgeschichte (Gesammelte Abhandlungen, Bd. 1), Göttingen 1970, S. 84–139 (123).

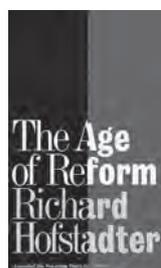
² Gerald Stourzh (Hg.), Annäherungen an eine europäische Geschichtsschreibung, Wien 2002, S. XI.

³ Dazu Kiran Klaus Patel, Projekt Europa. Eine kritische Geschichte, München 2018, S. 186 ff.

⁴ Heinrich August Winkler, Geschichte des Westens, Bd. 4: Die Zeit der Gegenwart, München 2016, S. 425.

⁵ Richard Hofstadter, The Age of Reform. From Bryan to F.D.R., New York 1955, S. 62.

⁶ Karl Dietrich Bracher, Die deutsche Diktatur. Entstehung, Struktur, Folgen des Nationalsozialismus (Nachwort zur 5. Auflage), Köln 1976, S. 544.



Richard Hofstadter:
The Age of Reform.
Vintage Books, New York
1955, 352 Seiten.

NATO-FLAGGEN ÜBER MITTELOSTEUROPA

Die Bedeutung der „Visegrád-4“ für die Nordatlantische Allianz

Von Rainer Meyer zum Felde

Die mittelosteuropäischen Nationen haben zur Beendigung des Kalten Krieges maßgeblich beigetragen, vor allem Polen mit der frühzeitig begonnenen Solidarność-Bewegung zu Beginn der 1980er Jahre und Ungarn mit der Grenzöffnung 1989. Sie haben die Perestroika-Politik Gorbatschows in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre, den wirtschaftlichen Zusammenbruch und die Auflösung der DDR, den Beitritt der DDR-Länder zur Bundesrepublik Deutschland und damit auch zur NATO, die Auflösung des Warschauer Paktes, den Zerfall der Sowjetunion und die nachfolgende Periode relativer Schwäche Russlands dazu genutzt, so schnell wie möglich aus ihrer prekären Lage als „Zwischeneuropa“ herauszukommen.

Die Formel war einfach: „NATO for life; EU for good life“. Das war die in Brüssel immer wieder gehörte Kurzform für die Sehnsucht ganz Osteuropas, möglichst schnell den beiden maßgeblichen westlichen Institutionen beizutreten – der NATO als Schutz vor Russland bietender Militärallianz, der EU als Wohlstand versprechender Wirtschaftsgemeinschaft. In der NATO waren es aus Sicht dieser Nationen vor allem die USA, von denen Sicherheit auf Dauer zu erwarten war, und zwar sowohl vor (einem nur vorübergehend schwachen) Russland als auch vor dem wiedervereinigten Deutschland, dessen Fähigkeit zur Machtentfaltung mit Blick auf die Geschichte des 19. und

**Brigadegeneral a. D.
Dipl.-Päd. Rainer Meyer
zum Felde** ist Senior Fellow
am Institut für Sicherheitspolitik
der Christian-Albrechts-Universität
Kiel (ISPK).



20. Jahrhunderts nach wie vor unvergessen ist. Unvergessen in Mittelosteuropa ist auch, dass weder Frankreich noch Großbritannien 1939 wirksam zu handeln willens und fähig waren, als ganz Mittelost- und Osteuropa von Deutschland und Russland in die Zange genommen und als „Interessensphäre“ unter sich aufgeteilt wurden.



40 Jahre Solidarnosc

In der ARD-Audiothek gibt es anlässlich des Jubiläums der Gewerkschaft hörenswerte Beiträge über den Aufstieg und den späteren Bedeutungsverlust, die Rolle der Frauen und das politische Erbe:

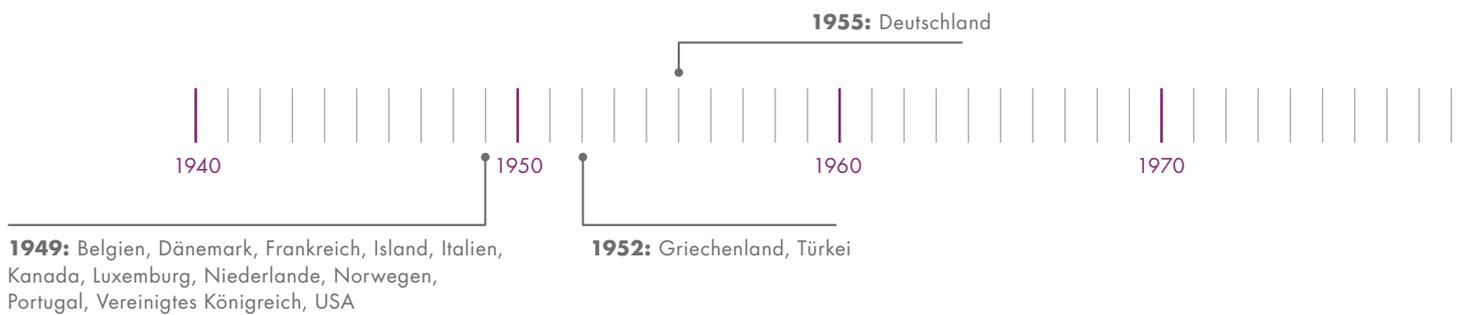
www.tinyurl.com/zsbw-solidarnosc



Blick in ein Büro der Very High Readiness Joint Task Force in Koblenz (oben);
polnische VJTF-Soldaten bei der NATO-Übung „Noble Jump“ 2015 (unten)



NATO-Mitglieder und ihr Beitrittsjahr



Gut für Deutschland – schmerzhaft für Russland

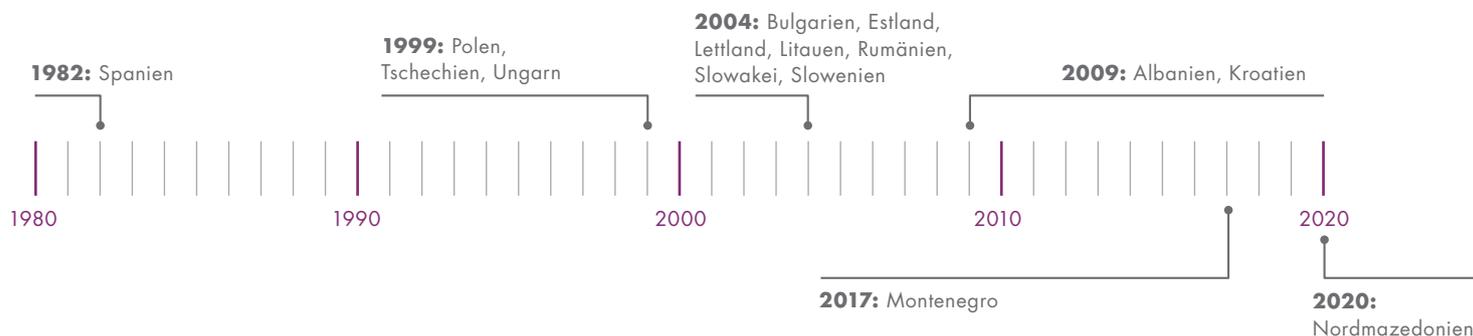
Zugleich lag es bei der „Politik der offenen Tür“ im strategischen Interesse der 16 alten NATO-Verbündeten, die Beitrittskandidaten in die NATO aufzunehmen. „Stabilitätstransfer nach Osten“ lautete die politische Formel. Um den schmerzlichen Prozess für Russland erträglich zu machen, wurde der Beitrittsprozess schrittweise gestaltet, mit Russland das Partnerschaftsformat der NATO-Russland-Grundakte und mit der Ukraine ebenfalls ein besonderes Partnerschaftsverhältnis geschlossen. Darüber hinaus wurde die „Partnerschaft für den Frieden“ mit dem Euro-Atlantischen Kooperationsrat ins Leben gerufen, dem alle (über 40) NATO-Mitglieds- und Partnernationen angehörten. Für Deutschland verbesserte sich die Sicherheitslage dramatisch: Nur noch „von Freunden umzingelt“, lag es nun hinten. Die gegenüber Russland vorne liegenden neuen Mitgliedsstaaten fühlten sich nun zwar geschützt, waren aber doch bestrebt, weitere Aspiranten nachzuziehen und zwischen sich und Russland zu haben, insbesondere die Ukraine und Georgien.

Polen nimmt unter den mittelosteuropäischen NATO-Mitgliedsstaaten eine Sonderstellung ein. Es ist aus NATO-Sicht – gemeinsam mit den drei baltischen Staaten – in besonders exponierter Lage und als direkter Nachbar zu Russland (Kaliningrad-Oblast) und Belarus (uniert mit Russland) besonders schutzbedürftig. Dem hat die NATO mit der „Verstärkten Vornepräsenz“ Rechnung getragen; während Deutschland in Litauen, das Vereinigte Königreich in Estland, Kanada in Lettland jeweils einen Kampfverband (verstärktes Bataillon) im Sinne eines „Stolperdrahts“ nach dem Modell der ehemaligen alliierten Kräfte in West-Berlin unterhalten, haben die USA diese Rolle in Polen übernommen. Insofern wird Polen in der NATO vor allem gemeinsam mit den baltischen Staaten und auch mit den Partnernationen Finnland und Schweden als Teil des durch Russland potenziell bedrohten Nordosteuropa gesehen. In der EU hingegen wird Polen primär als Anführer der politischen und wirtschaftlichen Interessengruppe des „Visegrád-4“-Formats gemeinsam mit Tschechien, der Slowakei und Ungarn wahrgenommen, welches in der NATO aber kaum eine Rolle spielt.

Polen wäre Frontstaat

Dementsprechend kommt Polen beim neuen NATO-Konzept „gestärkter Abschreckung und Verteidigung“ eine vergleichbare Bedeutung zu wie im Kalten Krieg der Bundesrepublik Deutschland. Polen mit seinem einzigen Landzugang zu den baltischen Verbündeten (*Suwalki Gap*) wäre in einem von einem revisionistischen Russland geführten regionalen Invasionskrieg im Baltikum von der ersten Stunde an als Frontstaat in die Verteidigungsoperationen der Allianz involviert. Für Polen ist lebenswichtig, dass es dabei auf sofortigen militärischen Beistand der gesamten NATO und konkret besonders auf amerikanische, deutsche und britische Verstärkungskräfte zählen kann. Aus polnischer Sicht ist eigentlich nur auf den amerikanischen Schutz wirklich Verlass – die Briten haben keine hinreichenden Landstreitkräfte mehr, die Deutschen sind auf hochintensive Kriegführung mit einem Gegner wie Russland nicht mehr vorbereitet und für die Franzosen haben Abschreckung und Verteidigung in Nordosteuropa keine Priorität. Polen setzt daher unter allen Umständen auf die USA – vorzugsweise im multilateralen Rahmen der NATO, damit auch Deutschland und die übrigen europäischen Verbündeten zu Hilfe kommen; wenn es sein muss, aber auch lediglich im bilateralen Verbund.

Dies ist der Hintergrund für die polnischen Anstrengungen, alles zu tun (u. a. finanziell die Bezahlung amerikanischer Kräfte in Polen, „Fort Trump“, auch die Bereitschaft zu nuklearer Teilhabe), um eine möglichst starke, substantielle und permanente amerikanische Militärpräsenz im Land zu erreichen. Es war und ist weiterhin Deutschland, das dem entgegenwirkt, denn wir haben uns erfolgreich



AUS POLNISCHER SICHT IST EIGENTLICH NUR AUF DEN AMERIKANISCHEN SCHUTZ WIRKLICH VERLASS...

Auswahl von NATO-Übungen im Herbst/Winter 2020



	Dynamic Mariner 20	Brilliant Jump II 20	Ramstein Guard 12 20
Datum:	24. September bis 9. Oktober	28. September bis 2. Oktober	25. bis 29. Oktober
Land:	Frankreich	Vereinigtes Königreich, Litauen	Spanien
Zweck:	Verbesserung der Interoperabilität der NATO-Seestreitkräfte und Umsetzung neuer NATO-Konzepte und -Doktrinen	Erprobung der Aktivierung der Very High Readiness Joint Task Force und der gemeinsamen Einsatzplanung	Schulung des Luftwaffenkommandos Ramstein im Umgang mit Taktiken und Techniken der elektronischen Kriegführung



Ein Land bekennt sich:
Der Präsidentenpalast
in Warschau schim-
mert in NATO-Blau,
als Barack Obama
2016 anlässlich eines
NATO-Gipfels zum
Abendessen erscheint

für die fortdauernde Respektierung der NATO-Russland-Grundakte eingesetzt, nach der weder ein nukleares Dispositiv noch konventionelle substanzielle Kampfverbände der NATO-Verbündeten in den mittelost- und osteuropäischen Ländern permanent stationiert werden sollen.

Mit Blick auf Tschechien, die Slowakei und Ungarn ist festzuhalten: Sie sehen sich wie Deutschland weniger als potenzielle Frontstaaten, sondern in einer Unterstützungsrolle für Polen und die baltischen Staaten. In der NATO haben sie bei den Beratungen über die Stärkung des NATO-Verteidigungsdispositivs stets eng an der Seite Polens, der baltischen Staaten und Rumäniens gestanden. Ungarn hat sich allerdings eher an den deutschen Positionen orientiert und ist mit uns für Augenmaß und immer noch fairen Umgang mit Russland, einschließlich eines Dialog-Angebots im Sinne des Harmel-Konzepts, eingetreten.

Allen mittelosteuropäischen Nationen war nach der russischen Aggression gegen die Ukraine im März 2014 das Signal sehr wichtig, dass Mittelosteuropa für die NATO keine „No-go-Area“ ist. Deshalb war ein Element des Beschlusspakets des Wales-Gipfels für sie von außergewöhnlicher Bedeutung: die Einrichtung von „NATO-Force Integration Units“. Obwohl es sich nur um einige kleine NATO-Stäbe mit jeweils nur einem Dutzend alliierter Stabsoffiziere handelte, die sich um Lagefeststellung und logistische Vorbereitungen zur Aufnahme von NATO-Verstärkungskräften zu kümmern haben, war die NATO-Flagge auf ihrem Territorium von eminenter politischer Bedeutung – als Signal an Russland, es hier mit in vollem Umfang durch Artikel 5 geschützten NATO-Mitgliedsstaaten zu tun zu haben. Dass Deutschland dieses Konzept mitgestaltet und sofort auch mit eigenen Beiträgen umgesetzt hat, ist uns hoch angerechnet worden.

Anlehnungsmacht Deutschland

Alle mittelosteuropäischen Verbündeten haben mit Erleichterung zur Kenntnis genommen und begrüßt, dass sich Deutschland bei der Anpassung der NATO unerwartet konstruktiv verhalten hat. Dazu hat vor allem beigetragen, dass wir nicht nur den weitreichenden Konzepten zur raschen Erhöhung der Reaktionsfähigkeit (Wales-Gipfel 2014) und zur Stärkung des NATO-Abschreckungs- und Verteidigungsdispositivs (Warschau-Gipfel 2016) zugestimmt haben, sondern unverzüglich auch die ersten konkreten Beiträge geliefert haben: Personal für die sechs NFIUs, deutsche Führungsrolle bei der Prototyp-VJTF 2015 und Übernahme der VJTF 2019, ein deutscher gepanzerter Kampfverband für die ver-



	Cyber Coalition 20	Naples Reserve II 20
Datum:	16. bis 20. November	Dezember
Land:	Estland	Kroatien, Bosnien und Herzegowina, Serbien
Zweck:	Cyber-Verteidigungsübung, bei der der Schwerpunkt auf Entscheidungsprozessen, technischen und operativen Verfahren und der Zusammenarbeit liegt	Orientierung und Vorbereitung des Schlüsselstabs des ORF-Bataillons (Operational Reserve Force) auf einen möglichen Einsatz in der AOO (Area of Operations)

Quelle: NATO

stärkte Vornepräsenz Enhanced Forward in Litauen, verstärkte Übungstätigkeit, Air Policing, maritime Präsenz im Ostseeraum.

Eine wichtige Rolle hat auch das Rahmennationenkonzept gespielt. Es wurde als deutsche Initiative beim Wales-Gipfel eingebracht und gegen anfänglich erhebliche Skepsis als *NATO Framework Nations Concept* durchgesetzt, komplementär mit einer britischen Initiative zur gemeinsamen Gestellung von *Expeditionary Forces*. Damit hat sich Deutschland seinen Nachbarn, vor allem auch seinen mittelosteuropäischen Verbündeten, verteidigungspolitisch als „Anlehnungsmacht“ und militärisch als Rahmennation für die gemeinsame Entwicklung benötigter Fähigkeiten und für die Formierung von Großverbänden angeboten. Auf dieses Angebot sind zwei Drittel (!) der europäischen NATO-Mitgliedsstaaten eingegangen – nicht zuletzt, weil sie damit die Erwartung verbanden, dass Deutschland die (teuren und komplexen) „Rahmenfähigkeiten“ stellen würde, welche den kleineren Partnern naturgemäß fehlten; sie konnten sich darauf konzentrieren, ihre Kräfte und Fähigkeiten in „Cluster“ einzubringen. Allerdings haben sie sich damit von Deutschland auch militärisch abhängig gemacht – was insbesondere in Paris mit Sorge gesehen wurde.

Funktionieren kann das Konzept nur, wenn Deutschland als Rahmennation zu seinen Zusagen steht und die deutschen Kräfte- und Fähigkeitenbeiträge entsprechend den akzeptierten NATO-Fähigkeitenzielen tatsächlich entwickelt und sie in der Stunde der Not als deutschen Beitrag zur kollektiven Bündnisverteidigung auch zuverlässig einsetzt. Für die mittelosteuropäischen Verbündeten ist dies von existenzieller Bedeutung!

Die ab Herbst 2017 einsetzende politische Zögerlichkeit bei der Implementierung des „Zwei-Prozent-Ziels“ und beim Wiederaufbau von Verstärkungs-Großverbänden hat die positive Wahrnehmung Deutschlands als zuverlässigen Verbündeten wieder eingetrübt. Es reicht aber für Deutschland nicht aus, sich lediglich deklaratorisch zur Priorität kollektiver Bündnisverteidigung zu bekennen. Vielmehr kommt es darauf an, dass in Deutschland Politik, Militär und Gesellschaft einvernehmlich bereit sind, zum Schutz NATO-Europas wieder die angestammte und Deutschland angetragene Rolle als konventionelles Rückgrat der Bündnisverteidigung einzunehmen und auszufüllen.

Es ist noch nicht allzu lange her, da dachten die Deutschen der Bundesrepublik in vergleichbar bedrohter und exponierter Lage genauso wie heute die baltischen und mittelosteuropäischen Nationen: Auch wir bestanden zwecks wirksamer Abschreckung auf einer Vorneverteidigung mit möglichst starken, permanent stationierten US-Verbänden, regelmäßig geübten Verstärkungen (*REFORGER – Return of Forces to Germany*) und nuklearer Teilhabe. Auch wenn wir solche Forderungen der mittelosteuropäischen Verbündeten seit 2014 als überzogen abgelehnt haben, sollten wir zumindest Verständnis für sie haben und nun selber alles dafür tun, dass das von uns durchgesetzte Konzept verstärkter *Responsiveness* funktioniert.

Solidarität und Verständnis

Die mittelosteuropäischen „Visegrád-4“ spielen in der Friedenssicherung durch glaubwürdige Abschreckung, Verteidigungsfähigkeit und Dialog eine wichtige und unverzichtbare Rolle, sowohl als Beitragende als auch als Empfänger kollektiver Bündnissolidarität. Dabei täte der größere Nachbar Deutschland gut daran, weiterhin in fairer Weise auch die berechtigten Interessen gerade dieser kleineren Verbündeten zu berücksichtigen. Dazu zählt auch Verständnis dafür, dass junge Nationalstaaten, die in ihrer Geschichte unter dem Großmachtverhalten ihrer übermächtigen Nachbarn schwer gelitten haben und lange Zeit ihre nationale Identität nicht ausleben durften, andere Konsequenzen ziehen als Deutschland, das als „zivile Friedensmacht“ sein Heil heutzutage ausschließlich im post-nationalen, post-heroischen, liberalen Multilateralismus sieht. Denn in den multilateralen Organisationen NATO und EU gilt das Konsensprinzip – jeder hat ein Vetorecht, aber auch die moralische Pflicht, sich einem Konsens nicht zu verweigern. In der NATO ist dies bei den sicherheits- und verteidigungspolitischen Beschlüssen bislang gelungen, in der EU bei einigen Themen (Nord Stream 2, Umgang mit illegaler Migration, Rechtsstaatlichkeit, illiberale Tendenzen) eher weniger. Mit Geduld, Verständnis und Kompromissbereitschaft können wir aber davon ausgehen, dass sich unsere mittelosteuropäischen Nachbarn letztlich doch an den deutschen Positionen orientieren und mit uns gehen, solange wir eine verantwortungsbewusste Sicherheitspolitik betreiben und unter Beweis stellen, dass dabei auf Deutschland Verlass ist. ▲

Ziele des Rahmennationenkonzepts

- 1 Rüstungsgüter gemeinsam planen und beschaffen
- 2 Ausgaben für Rüstungsgüter aufteilen, damit sie für teilnehmende Staaten geringer ausfallen
- 3 Einen gut abgestimmten und schlagkräftigen Streitkräfteverbund Europas in der NATO bereitstellen



Polnische Soldaten bei der Übung „Baltops“ (2016). In diesem Jahr nahmen 19 Staaten daran teil. Verständigungsprobleme bleiben nicht aus

„GEFÜHLT GEHT ES NICHT WIRKLICH VORAN“



**Polen und Deutschland sind NATO-Partner.
Lässt sich die politische Zugehörigkeit in praktische
militärische Zusammenarbeit umsetzen?**

Von Walter Linkmann



Länder, in denen ein Kopfschütteln
Ja meint: Indien, Pakistan, Bulgarien

Tücken der Zeichensprache



Daumen hoch: vulgäre Beschimpfung
in Australien und Nigeria



Zeigefinger und Daumen zum Kreis
geformt: meint „nutzlos“ oder „null“ in
Frankreich und Belgien; Beschimpfung mit
diskriminierender Anspielung auf Homo-
sexuelle in Teilen Südeuropas, Südameri-
kas, im Nahen Osten und in Russland

Dieser Offizier habe schon viele internationale Übungen mitgemacht, berichtete mir ein gemeinsamer Freund. Er sei loyal zur Bundeswehr und zum Bündnis, aber er sieht, was er sieht, und er denkt über das nach, was er erlebt. Auch kritisch. Auch wenn es nicht zu manchen offiziellen Stimmen passt, die Probleme damit haben, mit der NATO Probleme zu haben. Also habe ich mich auf den Weg gemacht. Jetzt sitzen wir mit Corona-Abstand in einem Gemeindehaus irgendwo in Deutschland, trinken Kaffee, wollen eigentlich über „die Polen“ reden und reden vor allem über – die Bundeswehr.

Informationen bleiben auf der Strecke

Bald lassen sich in unserem Gespräch drei Themenkreise deutlich unterscheiden. Zum einen gibt es solche Punkte, die immer aufkommen, wenn Menschen zusammenarbeiten und sich über Sprach- und Kulturbarrieren hinweg verständigen müssen. Wenn Soldatinnen und Soldaten in einer Sprache miteinander reden, die keine von beiden Seiten als Muttersprache beherrscht, ist der Zeichenvorrat begrenzt. Mehr als einmal stand mein Interviewpartner bei Übungen vor der Frage: Rede ich jetzt mit demjenigen Soldaten, der in der militärischen Einheit, mit der ich es zu tun habe, mit dem entscheidenden Gerät arbeitet und die wichtige Aufgabe wahrnimmt, um die es gerade geht – oder lade ich lieber einen ganz anderen zur Stabsbesprechung ein, dessen Detailwissen zwar nicht in die Tiefe geht, der aber leidlich Englisch spricht? So oder so: Es werden wichtige Informationen auf der Strecke bleiben.

Ist die erste Sprachbarriere genommen, bleiben noch genug weitere. Ja und Nein sind nicht nur Wörter, sondern Positionierungen, deren Festlegungsgrad in unterschiedlichen Sprach- und Militärkulturen

abweichen kann. Was der eine als Zusage hörte, war vielleicht für den anderen die Abwehrreaktion auf allzu zähes Insistieren; was mancher für eine diplomatische Antwort hält, klingt für sein Gegenüber nach aktiver Arbeitsvermeidung. Da gab es in der Zusammenarbeit echte Enttäuschungen: „Ob man sich jetzt abgesprochen hatte oder nicht – da war dann nichts.“



General Leszek Surawski begrüßt Soldaten aus Augustdorf bei einer Übung in Masuren (2015). Surawski war von 2017 bis 2018 militärischer Befehlshaber der polnischen Streitkräfte und hatte somit über Prioritäten unter Partnern zu entscheiden

Die Führungsnation ist eine andere

Nun kommt der zweite Themenkreis ins Spiel. Wenn man in der Übung aufeinander angewiesen ist, wenn knappe Ressourcen verteilt und unterschiedliche nationale Systeme aneinander angepasst werden, stößt die NATO definitiv an ihre Grenzen. Nicht alle Missverständnisse liegen in Sprachschwierigkeiten begründet; manchmal kann vermeintliches Nicht-Verstehen sogar

eine gesichtswahrende Erklärung sein, wenn es eigentlich um anderes geht.

Eine solche Grenze in der deutsch-polnischen Zusammenarbeit ist der unbedingte Vorrang der Partner aus den USA. Selbst vorher fest zugesagte Unterstützung steht den Deutschen nicht zur Verfügung, wenn stattdessen die Führungsnation überraschend Bedarf anmeldet. Das mag

an politischer Abhängigkeit liegen, an der transatlantischen Orientierung von „New Europe“ oder schlicht an der militärischen Stärke des Partners: „Wenn es darum geht, eine ganze Brigade quer durch Europa zu verlegen – die ziehen das durch.“ Das beeindruckt, schafft Sympathien und macht es anderen leicht, Prioritäten zu setzen.

Eine weitere Grenze der NATO-Interoperabilität sind Alleingänge im Rüstungs-

PESCO: EU-Verteidigungsinitiative für die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit (Permanent Structured Cooperation)

Aktuelle PESCO-Projekte: 47

Koordinierung durch Deutschland: 6

Aktuelle PESCO-Projekte, die Deutschland koordiniert:

- Aufstellung eines europäischen Sanitätskommandos (EMC)
- Aufbau eines logistischen Netzwerkes in Europa
- Harmonisierung der geografischen, meteorologischen und ozeanographischen Informationsunterstützung („GeoMETOC“) bei Missionen und Übungen
- Verbesserung des Informationsaustausches sowie der Planung und Führung von EU-Operationen und EU-Missionen in Cyberangelegenheiten (CIDCC)
- Verbesserung der Krisenreaktionsfähigkeit der EU und ihrer Mitgliedsstaaten (EUFOR CROC)
- Multinationale Kooperation bei Betrieb und Nutzung der Eurodrohne (MALE RPAS)



Walter Linkmann
ist Sprecher der Evangelischen Seelsorge in der Bundeswehr.

überhaupt nicht zu denken. Zu viele nationale Interessen, zu viel wirtschaftlicher Egoismus, zu viel Skepsis gegenüber den Lösungen anderer Nationen stehen dem im Weg. Kann man auf dieser Basis gemeinsam militärisch operieren und im Ernstfall miteinander kommunizieren? „Ums kurz zu machen: Nein.“ Bis auf ganz wenige politische Vorzeigeprojekte seien die Systeme der Verbündeten nicht wirklich kooperationsfähig. In der Theorie sei das natürlich anders, doch: „Wozu gibt es NATO-Vorschriften, wenn sich keiner dran hält?“ Da bilde Deutschland keine Ausnahme.

Wie wirksam wäre die Bundeswehr?

Zurück zur deutsch-polnischen Zusammenarbeit und zum dritten Themenkreis: Sieht man das Verhältnis zu Teilen als problematisch an, kommt man nicht darum herum, einen großen deutschen Anteil an diesem Problem zu sehen. Die Bundeswehr – so höre ich es von einem deutschen Offizier, der mir in Uniform gegenüber sitzt und an dessen Loyalität ich keinen Zweifel habe – ist für die Armeen der neuen NATO-Mitglieder nicht unbedingt ein attraktiver Partner. Länder, die sich durch einen aggressiven Nachbarn im Osten bedroht sehen, schauen auf Personalstärke, Finanzierung, Ausstattung, Einsatzbereitschaft des Materials und politische Beifreiheit ihrer deutschen Verbündeten und hegen leise Zweifel: „Wie wirksam wäre diese Bundeswehr im Falle eines Falles?“

Oft beschleicht auch den Deutschen das Gefühl, man stehe sich selbst im Wege. Eine wichtige Lernerfahrung internationaler Großübungen sei, dass nicht nur die Systeme und Verfahren der Verbündeten aufeinander abgestimmt werden müssten, sondern zunächst einmal die Zuständigkeiten der deutschen Teilstreitkräfte und ihrer Streitkräftebasis.

Zu den unklaren Strukturen kommt eine passive Politik: Die Visegrád-Staaten, die Deutschland zu Themen der zivilen europäischen Politik oft als bestimmend wahrnehmen, wundern sich umso mehr über seine Zurückhaltung in militärischen Fragen: „Die, von denen andere Führung erwarten, halten sich vornehm zurück.“

Viel Erfahrung, viel Kritik, viel Ernüchterung. Ist das alles? Nein. Die Begegnungen haben noch eine andere Seite. In unserem Gespräch erlebe ich die NATO nicht nur als Verteidigungs-, sondern auch als Friedensprojekt. Armeen, deren Vorgänger noch vor zwei Generationen Krieg gegeneinander geführt haben und die sich noch vor einer Generation im Kalten Krieg belauerten, arbeiten jetzt in großer Selbstverständlichkeit zusammen. In Übungen und Einsätzen sind persönliche Beziehungen gewachsen und Freundschaften entstanden, die über Jahre halten. Manches mag Klischee sein, anderes hat er selbst erlebt. Es gibt sie, die herzlichen, trinkfreudigen und -festen Osteuropäer und die peniblen Deutschen. „Wir können von unseren Partnern Gelassenheit lernen – und es funktioniert am Ende trotzdem. Es geht alles auch mit deutlich weniger Stress und Gewese.“

bereich. Das betrifft nicht nur Unterschiede zwischen West- und Osteuropa, sondern wirklich zwischen allen einzelnen Partnern: „Ein deutscher und ein niederländischer Leopard oder Tiger mögen von außen gleich aussehen, aber innen drin sind es unterschiedliche Geräte. Sogar die Vielstoffmotoren benötigen unterschiedlichen Kraftstoff.“ An noch komplexere Themen wie zum Beispiel Datenaustausch ist da

PESCO-Teilnehmerländer:

Belgien	Kroatien	Schweden
Bulgarien	Lettland	Slowakei
Deutschland	Litauen	Slowenien
Estland	Luxemburg	Spanien
Finnland	Niederlande	Tschechien
Frankreich	Österreich	Ungarn
Griechenland	Polen	Zypern
Irland	Portugal	
Italien	Rumänien	



KANN DIE „WÜRDE DER DEMOKRATIE“ NOCH GERETTET WERDEN?



Enttäuschte Hoffnungen, eine nicht aufgearbeitete Vergangenheit und die Versuchungen des Populismus belasten die Gesellschaften Ostmitteleuropas

Von Sándor Fazakas

In der Demokratie ist jeder normale Bürger ein König – aber ein König in einer konstitutionellen Demokratie: ein König, der nur formell entscheidet und dessen Funktion darin besteht, Verordnungen zu unterzeichnen, die ihm von der ausführenden Verwaltung vorgelegt werden“, bringt Slavoj Žižek seine Zeitdiagnose auf den Punkt – in einer Zeit voller Widersprüche auf der Bühne der europäischen Politik. „Das Problem demokratischer Rituale“, so Žižek weiter, „gleichet daher dem großen Problem der konstitutionellen Monarchie: Wie lässt sich die Würde des Königs wahren? Wie kann man den Anschein aufrechterhalten, dass der König tatsächlich entscheidet, obwohl jeder weiß, dass es nicht so ist?“¹

Ausgehend von den aktuellen Erfahrungen und Ereignissen in den ostmitteleuropäischen Gesellschaften der letzten Jahrzehnte kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass Žižeks Diagnose bereits überholt ist in dem Sinne, dass „die Würde des Königs“, das heißt

die Würde der Bürger und Wähler, kein Thema mehr ist und nicht mehr darauf geachtet wird, zumindest den Anschein einer funktionierenden demokratischen Kultur und Regierungsform zu wahren.

Es wäre jedoch verfehlt und vereinfachend, mit solchen Assoziationen und Eindrücken einzelne Länder pauschal nach aktuellen politischen Interessen und Medienberichterstattung zu kategorisieren oder vorschnell zu fragen, welche europäischen Gesellschaften als demokratisch gelten dürfen und welche nicht. Die vergleichende Politikwissenschaft stellt seit einiger Zeit klar, dass es sogenannte hybride Systeme oder Zwischensysteme gibt – ein Phänomen nach 1989 –, in denen sich parlamentarisch-demokratische Regierungsformen und autoritäre Tendenzen der Machtausübung miteinander vertragen oder sich nicht gegenseitig ausschließen.² Eine nüchterne Analyse wäre daher angebracht.

Qualität der Demokratie der Visegrád-Staaten im weltweiten Vergleich (176 Staaten):

31	Taiwan	Funktionierende Demokratie
32	Tschechien	Funktionierende Demokratie
33	Chile	Funktionierende Demokratie
34	Cabo Verde	Funktionierende Demokratie
35	Slowakei	Defizitäre Demokratie
36	USA	Funktionierende Demokratie

43	Bhutan	Defizitäre Demokratie
44	Polen	Defizitäre Demokratie
45	Argentinien	Defizitäre Demokratie
70	Indonesien	Defizitäre Demokratie
71	Ungarn	Defizitäre Demokratie
72	Mexiko	Hybride Demokratie

Quelle: Universität Würzburg, www.demokratiematrix.de/ranking



Vergangenheitsbewältigung in Polen:
In Warschau entfernen Arbeiter 2018 das „Denkmal der Dankbarkeit an die Rote Armee“ – eines von insgesamt 230, die folgen

Vergangenheitsbewältigung in Tschechien:
Ein Arbeiter bedeckt die Statue des sowjetischen Generals Iwan Konew, der Prag von den NS-Truppen befreite, mit einer Plane



Vergangenheitsbewältigung in der Slowakei:
Das „Slavín“-Denkmal zu Ehren gefallener sowjetischer Soldaten bei der Eroberung Bratislavas ist heute ein Kulturdenkmal

Vergangenheitsbewältigung in Ungarn:
Die Denkmalsammlung im Budapester Szoborpark gilt als Musterbeispiel im Umgang mit ungeliebten Vergangenheitszeugnissen



Ähnliche Herausforderungen – Unterschiede im Detail

Im Lichte der jüngsten Erfahrungen, Reflexionen und Forschungsergebnisse ist heute für viele klar: Keine Gesellschaft und keine repräsentative Institution der EU von Nordwesteuropa bis Südost, von den Zivilgesellschaften mit großer Tradition bis zu den sogenannten jungen Demokratien des alten Kontinents ist frei von Demokratiedefiziten und Demokratiehindernissen. Davon betroffen sind vor allem die ehemaligen Ostblockstaaten und die postsozialistischen Gesellschaften, von denen einige heute als Visegrád-Länder bezeichnet werden.

Der Übergang von einem totalitären System zu einer liberalen Demokratie ist überschattet von Halbherzigkeit und Unbehagen über einige klärungsbedürftige Fragen. Eine dieser Fragen ist die des Umgangs mit der Geschichte beziehungsweise mit der eigenen Vergangenheit. Seit 1989 ist klar geworden: Es sollte um nicht weniger gehen als um die Frage, wie die neu entstandenen Demokratien mit den strukturellen, persönlichen und mentalen Hinterlassenschaften ihrer Vorgängerstaaten umgehen und wie sich ihre Selbstwahrnehmung und politische Kultur zu ihrer jeweils belastenden Geschichte verhalten.

Tatsächlich standen die meisten osteuropäischen Länder nach der politischen Wende 1989/90 vor einem langwierigen Veränderungsprozess, in dem sich das Land auf wirtschaftlicher, sozialer und politischer Ebene von einem autoritär-totalitären System in eine liberale Demokratie verwandeln sollte. Dieser Prozess verlief jedoch nicht in allen Ländern dieser Region gleichmäßig. Erfahrungen mit demokratischen Aufbrüchen aus der eigenen Geschichte (wie z. B. der Volksaufstand 1956 in Ungarn, der Prager Frühling 1968, Solidarność ab 1980 in Polen), das Ausmaß der Menschenrechtsverletzungen und Repressionen in den ehemaligen Regimen, kulturelle Hinterlassenschaften der sozialistischen Systeme, die Erinnerung an das Alte und die Unzufriedenheit mit den neu erworbenen gesellschaftspolitischen Strukturen beeinflussten Geschwindigkeit und Tiefe der Transformationsprozesse in den einzelnen Staaten. Darüber hinaus kann der Übergang von einem totalitären System zu einer liberalen Demokratie in dieser Region durch mehrere Merkmale charakterisiert werden, von denen hier nur drei hervorgehoben werden sollen:

1 Die *Unterlassung einer umfassenden Vergangenheitsaufarbeitung* stand seit dem Fall der Berliner Mauer 1989/90 unter dem Diktat der Bewahrung der nationalen Einheit, des gesellschaftlichen Friedens, nicht zuletzt der Gewährleistung eines kontinuierlichen Funktionierens des Staatsapparates und des öffentlichen Lebens, all dies im Blick auf die weitere Entwicklung des Landes. Eine zu lange oder zu intensive Auseinandersetzung mit den Schattenseiten der Vergangenheit wurde eher als Belastung empfunden. Die Suche nach mehr Gerechtigkeit, die Sehnsucht nach einer juristischen, wissenschaftlichen und intellektuellen sowie geistlichen Aufarbeitung der Vergangenheit und die Bemühungen um eine angemessene Erinnerungskultur erwiesen sich als irrelevant (oder zu gefährlich) im Hinblick auf einen friedlichen Übergang vom Sozialismus zur freien Marktwirtschaft. Was blieb, war ein selektiver Umgang mit der Geschichte im Dienste aktueller politischer Interessen: Das heißt, es wurden und werden nur jene Aspekte der Geschichte betont, die die eigenen politischen und gesellschaftlichen Interessen legitimieren, die der Gegner aber zu delegitimieren vermögen.

In einem Klima kollektiver Amnesie mangelt es jedoch an Versöhnung und Aussöhnung zwischen den Akteuren früherer und jüngerer Konfliktgeschichten. Versöhnung hängt von einer gemeinsamen Erinnerung, Klärung und Analyse der zu versöhnenden Situation ab. Ansonsten bleibt statt einer möglichen Versöhnung nur die beiderseitige Festigung des eigenen Standpunkts und des Wegschauens. Es ist nicht zu übersehen und hat sich inzwischen bestätigt, dass heute gerade jene Gesellschaften, Länder oder Regionen am meisten unter dem Aufkeimen von neuem Unrecht, Menschenrechtsverletzungen und extremistischen politischen Tendenzen leiden, die das große Schweigen über die eigene Vergangenheit zu einer Kunst entwickelt haben.

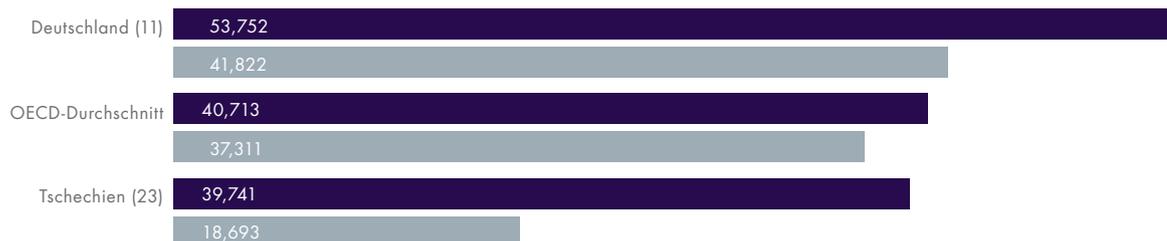
2 Eine *unbegründete und unverdiente Zukunftsperspektive* wurde durch die Einführung marktwirtschaftlicher Bedingungen eröffnet. Nicht wenige Bürger erhofften sich davon eine Verbesserung ihrer eigenen materiellen Situation auf das Niveau des westlichen Wohlstands. Innerhalb

Visegrád-Staaten (und Deutschland) im Vergleich:

Bruttoinlandsprodukt pro Person (in US-Dollar);

Zahl in Klammern: Platz im Vergleich aller 37 OECD-Staaten im Jahr 2018

■ 2012 ■ 2018



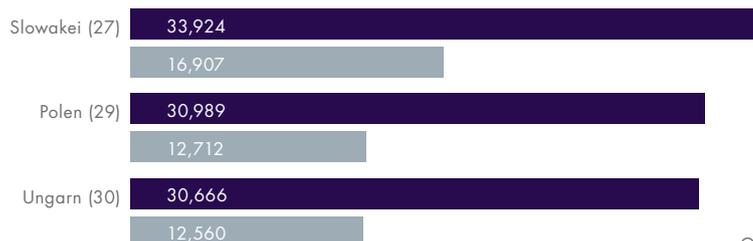
In Zeiten wachsender wirtschaftlicher Ungleichheiten und rasanter Veränderungsprozesse gewinnt die Bewahrung vertrauter Lebensweisen an Plausibilität, die Populisten gern instrumentalisieren.

weniger Jahre erwiesen sich diese Erwartungen jedoch als unhaltbar. Die Begleiterscheinungen der wirtschaftlichen Umwälzungen (wie Arbeitslosigkeit, Kostenexplosion, Inflation, Korruption), die anhaltenden wirtschaftlichen Disparitäten zwischen Ost- und Westeuropa, das neu entstehende soziale Massenelend und die neuere Auswanderungswelle (aufgrund der Personenfreizügigkeit innerhalb der EU) in Richtung Wohlstandsgesellschaften haben zu bitteren Enttäuschungen und oft zu Nostalgie und Sehnsucht nach der alten sozialen Sicherheit aus der Zeit des Sozialismus geführt.

Es scheint, dass die Erfahrungen einer Welt nach 1989 weit hinter den hoffnungsvollen Erwartungen zurückbleiben. Nur sehr wenigen ist es gelungen, in der neuen kapitalistischen Wirtschaftsordnung Fuß zu fassen, zunächst der ehemaligen politischen Elite, die ihre ideologisch-politische Macht in wirtschaftliche Macht umgewandelt hatte, was im Land auch heute noch äußerst irritierend wirkt, und dann einer neuen Elite oder einer dünnen oligarchischen Schicht, deren Aufstieg vielen skrupellos, aber gleichzeitig politisch folgerichtig erscheint.

3

Es scheint, dass der Populismus der offensichtliche Ausweg aus einer Krise der Gesellschaften ist, die durch die ersten beiden Symptome verursacht wird. Ohne auf die Merkmale des modernen Populismus im Detail eingehen zu wollen (wie z. B. den Bezug auf die Stimme des Volkes, die Feindseligkeit gegenüber den Eliten, den Anti-Pluralismus), soll hier nur noch eine Bemerkung gemacht werden: Eng verflochten mit dem Anspruch auf ein „Wir-Gefühl“, ist der Populismus durch eine gewisse „rückwärtsgewandte Utopie“ gekennzeichnet, wie Karin Priester anhand internationaler Vergleiche zu Recht betont.³ Gemeint ist damit das Bekenntnis zu einer romantisieren, unhistorischen, idealen Welt, ja zu einer „Lebenswelt des Volkes“, die einst Schutz und Vertrautheit garantierte, auf die die Menschen ein Recht haben und die als Erbe erhalten werden sollte, zumal dafür einst viele Opfer gebracht wurden. Auch wenn diese vermeintliche Lebenswelt nicht als soziale Kategorie ausgedrückt werden kann und nicht funktioniert, betrachten Populisten diese Lebenswelt als ein „Universum der Selbstverständlichkeiten“, das nicht aufgegeben oder zersplittert werden darf.



Quelle: OECD

Das Beharren auf der Kontinuität dieses Idealzustandes und die Suche nach Korrespondenzen mit dieser Welt führen zu einer rückwärtsgewandten, defensiven, reaktiven Haltung, nach der jede Infragestellung solcher Selbstverständlichkeiten oder der Anspruch, aktuelle soziokulturelle oder wirtschaftliche Verhältnisse zu analysieren, als verräterisch oder stigmatisierend als Nestbeschmutzung angesehen werden. In Zeiten wachsender wirtschaftlicher Ungleichheiten und rasanter Veränderungsprozesse gewinnt die Bewahrung vertrauter Lebensweisen an Plausibilität, die Populisten gern instrumentalisieren.

Es bleibt zu untersuchen, inwieweit, in welchem Ausmaß und mit welchem Lokalkolorit die Krisensymptome und der erhoffte Ausweg aus der Krise die Gesellschaften der Visegrád-Länder prägen.

Als allgemeines Fazit lässt sich jedoch sagen:

- ▶ Es scheint, dass die raschen wirtschaftlichen und soziokulturellen Umwälzungen und die Pluralisierung der Lebensstile in den Gesellschaften der mittelosteuropäischen Länder als Bedrohung und Belastung empfunden wurden. Die aktuelle Flüchtlingskrise, durch die Pandemie bedingte Abschottungsmaßnahmen und die Abwehrreaktionen auf die vorgeschlagenen Lösungsansätze bestätigen, ja vertiefen sogar die historisch gewachsenen und bestehenden Ängste und schaffen ein Solidaritätsdefizit.
- ▶ Die Politik reagiert darauf mit dem Bestreben, Identitätsinhalte zu vereinheitlichen, um die Belastungen aus dem Strukturwandel für das Kollektiv und für die Bürgerinnen und Bürger erträglich zu machen und bestehende oder angestrebte Machtverhältnisse zu erhalten. Sie versucht, eine Alternativlösung für die tatsächlichen oder gar selbst geschürten Bedrohungsgefühle anzubieten und kollektive Identitäten zu bilden, von denen sie sich eine hohe Stabilität erhofft.

- ▶ Es bleibt die Aufgabe von Akteuren aus Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Religionsgemeinschaften, diese Prozesse auf der Grundlage ihres historischen Erbes und ihres Reflexionspotenzials zu analysieren. Denn nur eine gründliche und sachkundige Analyse politischer und wirtschaftlicher Prozesse und eine tiefe Einsicht in die jeweiligen Situationen würden zu der Kompetenz führen, zeitgebundene Identitätsmuster kritisch zu untersuchen und alternative Möglichkeiten der Gestaltung des gesellschaftlichen Zusammenlebens anzubieten, nicht zuletzt im Interesse der „Wahrung der Würde“ unserer Zivildemokratien. ▲

¹ Slavoj Žižek, Das „unendliche Urteil“ der Demokratie, in: Giorgio Agamben, Alain Badiou et al. (Hg.), Demokratie? Eine Debatte, Berlin 2012, S. 116–136, hier S. 117.

(2002/2), S. 51–65. Vgl. Larry Diamond, Elections Without Democracy. Thinking About Hybrid Regimes, in: Journal of Democracy 13 (2002/2), S. 21–35.

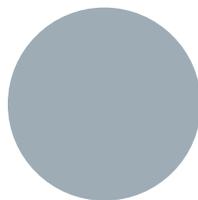
² Steven Levitsky, Lucan Ahmad Way, Elections Without Democracy. The Rise of Competitive Authoritarianism, in: Journal of Democracy 13

³ Karin Priester, Wesensmerkmale des Populismus, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 62 (2012), hier S. 5 f.



Prof. Dr. Sándor Fazakas
ist Professor für Systematische Theologie mit dem Schwerpunkt Sozialethik an der Reformierten Theologischen Universität Debrecen / Ungarn.

Wirtschaftswachstum



Durchschnittliches
Wirtschaftswachstum in
Polen 2010 bis 2018:
3,5 Prozent



EU-Durchschnitt
im gleichen Zeitraum:
1,6 Prozent

Quelle: BpB, www.tinyurl.com/polen-bpb

Bauern vor dem Bankrott: Immer wieder gingen sie in Ungarn auf die Straße, um einen größeren Anteil der EU-Subventionen einzufordern



ALTE NEUE NATIONALITÄT



Nach Wende und Aufbruch kamen Enttäuschung und Neuorientierung. Über den ungarischen Weg in die EU und die Rolle der christlichen Kirchen

Von Klára Tarr Cselovszky

Es wächst zusammen, was zusammen gehört“, kommentierte Willy Brandt, der populäre Alt-Kanzler der 1970er Jahre, den Mauerfall vom 9. November 1989. Den berühmten Ausspruch tätigte der SPD-Ehrenvorsitzende unter Tränen und „Willy-Willy“-Rufen zu den Berlinern und sprach vom Zusammenwachsen **Europas**.¹ Seine Worte sprachen aus dem Herzen der Menschen, die nach mehr als vier Jahrzehnten im getrennten Europa endlich Zeugen des Wunders der Wiedervereinigung wurden. Währenddessen in Ungarn: „Hätten Sie vielleicht Revolution gemacht?“, erwiderte József Antall², der erste frei gewählte bürgerliche Ministerpräsident der ersten frei gewählten Regierung nach der Wende, als ihm vorgeworfen wurde, die früheren Kommunisten hätten ihre einstige politische Macht nach 1989 in wirtschaftliche Macht umgewandelt und die Reformen seien zu weich gewesen. Was aber hat das mit den alten neuen Nationalitäten zu tun, von denen dieser Beitrag handelt? Er versucht zu beschreiben, warum die ostmitteleuropäischen Staaten zum Selbstbewusstsein erwacht sind und in welchem Zusammenhang diese Erscheinung, der EU-Beitrittsprozess und der historische Hintergrund dieses Teils Europas zueinander stehen. Denn nationalistisch zu sein oder nach einem Menschenalter das Selbstbewusstsein eines Landes wiederzuerlangen, ist nicht dasselbe.



Mehr als der Balaton

Der Tourismus gehört zu den wichtigsten Wirtschaftszweigen Ungarns, 2018 trug er 8,5 Prozent zum Bruttoinlandsprodukt bei. Die Tourisuskampagne „Wow Hungary“ zeigt werblich-romantisch, wie sich das Land präsentiert – als Zusammenschau von Natur, Tradition und ländlichem Wirtschaften: www.tinyurl.com/wow-ungarn

Euphorie und langes Warten

Die Ungarn haben seit dem Mittelalter immer wieder um ihre Freiheit gekämpft: in der Türkenzeit, als die Türken 150 Jahre lang das Land besetzt hielten, und in mehreren Freiheitskämpfen. 1711 im Rákóczi-Freiheitskampf, 1848 gegen das Habsburgerreich und 1956, nach dem Zweiten Weltkrieg, gegen die russische Besatzung. Nach vielen Jahrzehnten brachte die Systemwende 1989 die lange erhoffte Freiheit. 2004 wurde dem die Krone aufgesetzt, als Ungarn der EU beitreten durfte.

Als der damalige ungarische Außenminister Gyula Horn mit seinem österreichischen Amtskollegen Alois Mock am

29. Juni 1989 den Eisernen Vorhang durchtrennte, waren nur noch wenige Teile des Stacheldrahtes unberührt. Tatsächlich hatte Ungarn beim Abbau des Eisernen Vorhangs eine entscheidende Rolle gespielt. Nach der Euphorie begann der langwierige Prozess des EU-Beitritts, der in jedem früheren Ostblock-Staat etwas anderes bedeutete.

Ungarn musste 15 Jahre darauf warten. Erst 2004 durfte das Land der EU beitreten – und in der Zwischenzeit hatte der Staat nach der Wende einen großen Teil seines Vermögens privatisieren, das heißt, billig verkaufen müssen: Zuckerfabriken, Stromnetz, Wasserwerke, Felder gelangten in den Besitz ausländischer Eigentümer und



Ost und West wachsen zusammen: Österreichs Außenminister Alois Mock (links) durchtrennt mit seinem ungarischen Amtskollegen Gyula Horn im Juni 1989 medienwirksam den Eisernen Vorhang

die wirtschaftliche Gegenleistung, der so sehr erhoffte Wohlstand, hat das Land nur sehr langsam erreicht.

Nicht EU-tauglich?

Die Idee der heutigen Europäischen Union formulierte zuerst Robert Schuman, französischer Außenminister, in seiner Rede am 9. Mai 1950. Ziel der EU war, den Wettbewerb unter den europäischen Ländern zu beenden. Die Gründungsstaaten teilten den Markt untereinander auf und als die neuen Beitrittsländer zur EU stießen, waren sie selbst der neue Markt. Ganz unterschiedliche Regelungen galten in den verschiedenen Beitrittsländern: Der ungarische Beitritt 2004 brachte für die Landwirtschaft – für die das

Berühmte Ungarn:



Franz (Ferenc) Liszt:
Komponist (1811–1886)



Joseph Pulitzer:
Verleger, Stifter des Pulitzer-Preises (1847–1911)



Béla Lugosi:
Schauspieler, u. a. Dracula (1882–1956)



Harry Houdini:
Entfesselungskünstler (1874–1926)

Land bis dahin berühmt war – demütigende Bedingungen: Die ungarischen Bauern erhielten zum Beispiel nur 25 Prozent der Unterstützung der Bauern der alten EU-Staaten. Eine Benachteiligung, die viele Jahre dauerte und den Bankrott zahlreicher Bauernfamilien bedeutete. Im Jahr 2008 geriet Ungarn beinahe ans Ende seiner finanziellen Leistungskraft, Ministerpräsident Ferenc Gyurcsány holte den Weltwährungsfonds (*IMF – International Monetary Fund*) ins Land und an der Nabelschnur des Geldinstituts begab sich Ungarn in die düstere Zukunft der immer tiefer werdenden Spar- und Verschuldungsmaßnahmen. Die Stimmung im Land war schlechter als vor der Wende, die Hoffnung längst geschwunden, die Verschuldungsspirale drehte sich. Die EU funktionierte nicht entlang von Werten, sondern entlang der Wirtschaftsinteressen der Gründungsmitglieder.

All das führte zur Enttäuschung. Das Land konnte trotz

der vielen Versuche nicht vorwärtskommen, bis 2010 die Orbán-Regierung gewählt wurde. Mit der von Wirtschaftsminister Mihály Varga vorgezeichneten Wirtschaftspolitik begann eine ökonomische Erneuerung, der es gelungen ist, vom IMF loszukommen, die Verschuldungsspirale zu stoppen und dem Land wieder neue Hoffnung zu geben.

Selbstverständlich ist das Leben aber nie nur schwarz-weiß. Unter jeder Regierung gab es Korruption, wogegen gerade die evangelisch-lutherische Kirche ihre Stimme erhob. Ebenso problematisch ist die Behandlung der Migrationsfrage. Die lutherische und die reformierte Kirche halten an ihrem Flüchtlingsengagement fest. Die Kirchen versuchen, die ins Land eingelassenen Flüchtlinge aufzufangen und ihnen in den ersten Wochen – solange sie in Ungarn bleiben – zu helfen. Die lutherische Diasporakirche hat das Glück, den Austausch mit den Schwester-



Dr. Klára Tarr Cselovszky

ist Leiterin der Abteilung Ökumene und Internationale Beziehungen der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Ungarn und Mitglied im Rat der Gemeinschaft Europäischer Kirchen in Europa.

kirchen über den Lutherischen Weltbund, die Konferenz Europäischer Kirchen, die Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa und durch bilaterale Kontakte aufrechtzuerhalten und selbst offen zu bleiben. Das hilft aber nicht dagegen, dass man für die seit fünf Jahren andauernde Migrationskrise in Europa immer noch keine Lösung hat. Die Beseitigung des Problems kann ohne die ostmitteleuropäischen Länder nicht erreicht werden.

Die Rolle der Kirchen während und nach der Wende

Zugegebenermaßen haben die Kirchen in Ungarn nur eine kleinere Rolle im Prozess der Veränderungen gespielt, anders

als in der DDR. Die Wende überraschte die Kirchen genauso wie die ganze Bevölkerung. Niemand hätte geglaubt, dass die Soldaten an der österreichischen Grenze nicht schießen, sondern die Tore öffnen würden.

Nach der Wende aber begann eine unterschiedliche Entwicklung der verschiedenen Kirchen. Verträge mit dem Staat wurden abgeschlossen. Diese Verträge wurden in den letzten Jahren erneuert, mit Details, an denen die Größenunterschiede deutlich wurden. Die katholische Kirche ging wie gewohnt allein vor, stellte ihre Forderungen und denen wurde stattgegeben. Die reformierte Kirche, die sich als „ungarische Kirche“ bezeichnet, erneuerte ihren



Johnny Weissmüller:
Schwimmer, Schauspieler
(1904–1984)



Zsa Zsa Gabor:
Schauspielerin
(1917–2016)



Ferenc Puskás:
Fußballer, Vizeweltmeister 1954
(1927–2006)



István Szabó: Filmregisseur, u. a. „Mephisto“
(geb. 1938)



Die Wende überraschte die Kirchen. Heute warnen Beobachter vor ihrer Instrumentalisierung

Vertrag ebenfalls mit gutem Ergebnis. Die lutherische Kirche blieb – mit ihrer kritisch-solidarischen Haltung – eher allein, aber den Vertrag mit dem Staat hat sie ebenfalls erneuern können. Die ungarischen Lutheraner waren und sind stärker in ihr internationales Netzwerk eingebettet und ihre Kirche leitet sich „von Haus aus“ von drei Nationalitäten – Ungarn, Slowaken und Deutschen – ab.

Sicher kann man Kritik an der Haltung und Kommunikation der Regierung in den vergangenen zehn Jahren üben. Niemals seit der Vorkriegszeit hat aber eine Regierung so viel Wert auf den Ausbau der Zusammenarbeit zwischen Staat und Kirchen gelegt wie die Orbán-Regierung in diesen Jahren. Das bedeutet die Unterstützung der sozialen Institutionen und Schulen, die Einladung in Gremien usw. – sehr

ähnlich wie in Deutschland. Viele warnen jedoch vor einer Instrumentalisierung der Kirchen, wovor diese sich immer in Acht nehmen müssen. Im Verhältnis zu anderen europäischen Kirchen wird es für die ungarischen Kirchen immer schwieriger, mit bestimmten liberalen Perspektiven der Schwesterkirchen zurechtzukommen, wie zum Beispiel in Fragen der Familie.

Spielraum in der EU

In den vergangenen Jahrzehnten sind sehr viele öffentliche Großinvestitionen im Land mit EU-Unterstützung zustande gekommen: Tausende von Schulen, viele Krankenhäuser und andere medizinische Institutionen, viele Hundert Kilometer Straßen, Autobahnen und Eisenbahnlinien; der Bau von Kläranlagen, Wasserkraftwerken, Dämmen; und freie Rei-

semöglichkeiten innerhalb Europas.³ Ungarn ist fest in der Europäischen Union verankert.

Es wird aber auch immer deutlicher, dass die um 2004 beigetretenen Länder keine zweitrangigen Spieler mehr sein wollen.

Paneuropäisches Picknick – 30 Jahre später

Dreißig Jahre nach der Wende gedachten Kanzlerin Angela Merkel und der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán am 19. August 2019 in einem ökumenischen Gottesdienst in der evangelisch-lutherischen Kirche in Sopron gemeinsam des Paneuropäischen Picknicks von 1989.

Die Stimmung im Gottesdienst war gut. Die Migrationsfrage war zwar seit vier Jahren präsent, aber noch ahnte niemand, dass bald ein nächstes Weltproblem alle Länder beschäftigen würde: das Coronavirus. Als wäre es eine zynische Antwort des Himmels (oder von Menschen?): Covid-19 kam genau drei Jahrzehnte nach der Wende.

Hier stehen wir im Moment, wir können nicht anders. Wir hoffen auf Gottes Gnade, egal ob im Osten oder Westen Europas. Wir gehören zusammen – nicht nur in der Not. ▲

¹ In: www.dw.com/de/willy-brandt-es-wächst-zusammen-was-zusammen-gehört/a-16431107

² Dr. József Antall, Ministerpräsident der ersten frei gewählten Regierung Ungarns nach der politischen Wende in Ungarn 1989 und der Öffnung des Eisernen Vorhangs

³ https://ec.europa.eu/hungary/eu60/60_hu

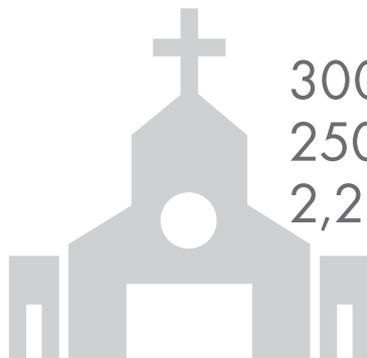
Die Evangelisch-Lutherische Kirche in Ungarn:

300 Gemeinden in 3 Kirchenbezirken

250 Pfarrerinnen und Pfarrer

2,2 Prozent der ungarischen Bevölkerung sind evangelisch-lutherisch

Quelle: Evangelisch-Lutherische Kirche in Ungarn



AUF WUNSCH SPRICHT DER PRIESTER AUCH ÜBER GOTT



Kirche und Militärseelsorge im atheistischen Tschechien

Von Stanislav Přibyl



Militärgeistlicher im Gebet: Die Militärseelsorge in Tschechien ist ähnlich organisiert wie in Deutschland. Es gibt aber einen wesentlichen Unterschied

Visegrád-Staaten und ihre Militarisierung laut Globalem Militarisierungsindex 2020 (138 Staaten im Vergleich)

1	USA
2	Russland
3	China
4	Indien
5	Japan
...	

21	Polen
...	
34	Tschechien
...	
54	Ungarn
...	
58	Slowakei

Quelle: Bonn International Center for Conversion,
www.globalfirepower.com



Doc. Dr. Stanislav Přebyl, Priester der Erzdiözese Prag, ist Richter des Metropolitankirchenrichters in Prag und unterrichtet Kirchenrecht an der Südböhmischen Universität in Budweis (České Budějovice).

Im Vergleich mit den meisten übrigen europäischen Ländern weist die Tschechische Republik eine sehr niedrige kirchlich organisierte Religiosität auf. Bei der letzten Volkszählung im Jahr 2011 gaben von einer Gesamtbevölkerung, die etwa 10,5 Millionen Einwohner zählt, nur etwas mehr als zwei Millionen die Zugehörigkeit zu einer Kirche oder Religionsgemeinschaft an. Die bei weitem mitgliederstärkste aller Kirchen bleibt die katholische, was die eher historisch bedingte Vorstellung einer „hussitischen“ Nation etwas korrigiert. Der Druck des ehemaligen atheistischen kommunistischen Regimes (1948 bis 1989) beschleunigte im tschechischen Teil der damaligen Tschechoslowakei weitgehend den Prozess der Säkularisierung. Die Ausübung des religiösen Glaubens wurde unter dem Regime auf ein strikt kirchlich-religiöses Milieu begrenzt; die Kirchen durften im Bereich des Schulwesens, der Sozial- beziehungsweise Krankenpflege und in zahlreichen weiteren Gebieten des öffentlichen Lebens nicht mitwirken. Das galt natürlich auch für die damalige tschechoslowakische Volksarmee, derer höhere Offiziere ausnahmslos Mitglieder der kommunistischen Partei sein mussten.

Nach der politischen Wende 1989 suchten die Kirchen in der Tschechoslowakei konkrete Wege, wie sie wieder zurück in den öffentlichen Raum gelangen könnten, aus dem sie vor 40 Jahren gewaltsam verbannt wurden. Das gilt natürlich auch für den Bereich der bewaffneten Kräfte. Die

allgemeine Wehrpflicht wurde unmittelbar nach der politischen Wende, auch unter dem Einfluss von christlichen Kirchen, durch den Gewissensvorbehalt und die Möglichkeit der Verweigerung des bewaffneten Dienstes gemildert. Den gläubigen Soldaten wurde die Teilnahme an Gottesdiensten ermöglicht.

Seit 1993, als die selbstständige Tschechische Republik durch die friedliche Trennung der Tschechoslowakei in zwei unabhängige Staaten entstand, verfolgte man als Ziel vor allem die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht und den Aufbau einer Berufsarmee und nicht zuletzt auch den Eintritt in die NATO. Die Umstellung auf die Berufsarmee erfolgte bereits 1995, die NATO nahm Tschechien gemeinsam mit Polen und Ungarn 1999 auf. Bereits während des Zeitabschnitts vor dieser Aufnahme nahmen die tschechischen bewaffneten Kräfte gemeinsam mit den NATO-Truppen an der Mission im ehemaligen Jugoslawien teil.

Seelsorge in einem säkularen Umfeld

Mit dem damaligen Versuch einer Bestellung von Militärgeistlichen in diese Mission wurde das Modell einer passenden Militärseelsorge geprüft. Aufgrund dieser Erfahrungen wurde eine Entscheidung für eine konsequent ökumenisch aufgebaute Militärseelsorge getroffen. Damit die christlichen Kirchen mit dem Staat effizient verhandeln konnten, schlossen sie zunächst

miteinander ein Abkommen „über die Bedingungen der Entstehung und Wirkung von geistlichem Seelsorgedienst im Ressort des Verteidigungsministeriums“. Die Einleitungserklärung dieses Abkommens von 1998 bestätigt, dass jeder Militärgeistliche „nicht nur seine Kirche vertritt, sondern vor allem ein gemeinsamer Vertreter aller im Ökumenischen Kirchenrat und in der Tschechischen Bischofskonferenz vereinigten Kirchen ist“.

Die ökumenische Basis der Militärseelsorge wurde damit so weitgehend verankert, dass sie nicht dem von der apostolischen Konstitution Johannes Pauls II. „*Spirituali militum curae*“ dargebotenen Modell entspricht, welches allein mit den exklusiv katholischen Strukturen rechnet. In der Tschechischen Republik dagegen wurde ein gemeinsames Abkommen aller an der ökumenischen Bewegung beteiligten christlichen Kirchen mit dem Staat beziehungsweise mit dem Verteidigungsministerium abgeschlossen und 1998 unterzeichnet. Der Seelsorgedienst in der Armee der Tschechischen Republik wird laut der abgeschlossenen Vereinbarung durch folgende Prinzipien bestimmt:

1 Grundsätzlich ökumenische Prägung. Jeder Militärkaplan wird in seinen Dienst gemeinsam von der Tschechischen Bischofskonferenz und dem Ökumenischen Kirchenrat als ein gemeinsamer Vertreter aller in diesen Gremien vereinigten Kirchen beauftragt.

Mit Bürgern im Austausch



Im Rahmen der „Creative Mornings“ spricht der tschechische Militärkaplan Jaroslav Kníchal 2016 in Prag über Ethik. Mehr zu dem Format: www.creativemornings.com





Jan Hus war Böhme und bereitete der Reformation den Weg. Sein Tod auf dem Scheiterhaufen 1415 (Konstanzer Konzil) führte zum Ersten Prager Fenstersturz. In Tschechien gilt Hus als „Nationalheiliger“

2 Zeitliche Begrenztheit der Tätigkeit von Militärkaplänen. Die Kapläne wirken im Ressort des Verteidigungsministeriums nur im Rahmen einer beschränkten Zeitspanne, in der Regel von vier Jahren.

3 Primäre Missionslosigkeit. Die Militärkapläne werden in die Armee als ein Angebot für alle bestellt, also nicht lediglich als ein Dienst für die gläubigen Soldaten. Religiöse Themen werden Gegenstand ihres Dienstes und ihrer Sorge für die anvertrauten Angehörigen der bewaffneten Kräfte im Falle, dass diese ein entsprechendes Interesse zum Ausdruck bringen.

4 Schrittweiser Aufbau der Struktur des Militärseelsorgedienstes. Die Militärkapläne treten sukzessiv in die Armee ein, jedes Jahr in der Zahl von von bis drei; bei ihrer Einstellung spielt das Interesse des zuständigen Befehlshabers an der Einbeziehung seiner Einheit eine wichtige Rolle.

5 Ergänzende Rolle in der Beziehung zu den Militärpsychologen. Der Militärseelsorgedienst arbeitet eng mit dem Armeepsychologendienst zusammen, den er als eine weitere Möglichkeit für die Soldaten der jeweiligen Einheit begreift.

6 Verzicht auf das Recht, eine Waffe zu tragen und zu gebrauchen. Die Militärkapläne dienen waffenlos.

7 Direkte Unterordnung unter den Befehlshaber. Ein Militärkaplan ist stets dem Kommandanten auf der jeweiligen Ebene, auf der er eingegliedert wurde, untergeordnet.

8 Gleiche Bedingungen wie für andere Offiziere. Für den Militärkaplan, der in der Regel im Rang eines Oberleutnants oder Hauptmanns wirkt, gelten (außer in Bezug auf die Bewaffnung) alle an die Armeeeoffiziere gestellten Anforderungen.

9 Respekt vor dem Seelsorgegeheimnis und Zugang zu jedem Einzelnen. Der Militärkaplan hat die Berechtigung, mit jedem Streitkräfteangehörigen zu sprechen, der sein Interesse äußert, und dabei hat er keine Verpflichtung, über den Inhalt des Gesprächs zu informieren.

Eine solche Auffassung der Militärseelsorge entspricht vor allem dem Grad der Säkularisierung der tschechischen Gesellschaft, man könnte sie treffend als eine persönliche und geistliche Begleitung bezeichnen. Die ökumenische Zusammenarbeit zeigt sich als unentbehrlich, nicht einmal die katholische Kirche hätte sich einen Alleingang gestatten können. Da aber die Zahl der Berufssoldaten, denen die Militärseelsorge zur Hilfe bestimmt ist, nur knapp 25 000 erreicht, erweckt die Militärseelsorge kein größeres öffentliches Interesse, sie bleibt eher eine interne Angelegenheit der Armee. Darüber hinaus verknüpft die Bevölkerung das Wirken der tschechischen Armee nicht so sehr mit den politisch aktuelleren Themen der EU-Mitgliedschaft, sondern eher mit der Zugehörigkeit zur NATO. Dennoch leisten die Militärkapläne den Berufssoldaten in den schwierigen Bedingungen der Missionen in Afghanistan oder aktuell auch in Mali eine unentbehrliche Hilfe. ▲



Nach den jüngsten Zahlen des Statistischen Bundesamtes leben in der Bundesrepublik 21,2 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund, was rund 26 Prozent entspricht. Der Anteil der ausländischen Bevölkerung liegt bei rund 11,2 Millionen. Fast 70 Prozent davon stammen aus Europa und davon wiederum 43,5 Prozent aus der Europäischen Union (EU). Zu den Ländern mit dem höchsten Anteil daran zählt eine Reihe von Staaten des Donauraums, u. a. Rumänien, Kroatien, Bulgarien und Ungarn. Millionen von Zuwanderern haben dazu beigetragen, dass aus dem als Folge der NS-Herrschaft verkleinerten, zerteilten, unbehausten, frierenden und hungernden Nachkriegsdeutschland ein demokratisch organisiertes, wohlhabendes, seit 1990 wiedervereinigtes Staatswesen entstanden ist. Deutschland ist ein Einwanderungsland – und das nicht erst seit 2015, sondern seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs.

Auswanderer wurden umworben

Blickt man rund 200 Jahre in die Geschichte zurück, ergibt sich ein völlig anderes Bild. Die vielen deutschen Territorien waren damals Auswanderungsländer. Die bereits Ende des 17. Jahrhunderts einsetzenden Auswanderungen führten Millionen von Bewohnern der deutschen Staaten buchstäblich in die ganze Welt, nicht nur über den Atlantik. Beträchtliche kontinentale Auswanderungen erfolgten auch in östliche Richtung nach Russland und in die Donaumonarchie. Schätzungen, und nur solche liegen vor, rechnen mit rund einer halben Million Menschen, die aus Mitteleuropa, und hier insbesondere aus dem Gebiet des Heiligen Rö-

mischen Reiches deutscher Nation nach Südosteuropa ausgewandert sind.

Nutznieser des Niedergangs des Osmanischen Reiches im 17. Jahrhundert waren das Russische Reich und die Habsburgische Monarchie. Die siegreiche Abwehr der osmanischen Belagerung Wiens im Jahr 1683 bildete den Ausgangspunkt für die Rückeroberung Ungarns. Mit dem 1718 in Passarowitz geschlossenen Frieden fiel der gesamte mittlere Donauraum an die Habsburger. Damit waren die politischen Voraussetzungen für die neuzeitliche Kolonisation in Südosteuropa geschaffen. Mit öffentlichen Aufrufen, begleitet auch von eigens beauftragten Werbern, wurde im ganzen Reich mit weitreichenden Vergünstigungen für die Ansiedlung in Ungarn geworben, u. a.: Finanzierung der Reisekosten, Bau eines Hauses, Zuteilung von Ackerboden, Zug- und Zuchtvieh sowie Steuerfreiheit für mehrere Jahre.

Angesichts der prekären Verhältnisse in den Herkunftsgebieten der Siedler fiel die Werbung auf fruchtbaren Boden. Materielle Not, verursacht durch Kriege, hohe Abgabenlasten sowie Missernten und Ernteausfälle zählten zu den Hauptursachen, die zu dem Entschluss führten auszuwandern. Zeitgenössische Quellen sprechen von einer wahren „Auswanderungssucht“ der neuzeitlichen Wirtschaftsmigranten.

Die „Schwabenzüge“ – Ansiedlung, Integration, Gruppenbildung

Die Reise der Siedler umfasste mehrere Etappen. Auf Rhein, Main und Neckar oder auf dem Landweg wurden zunächst Städte an der

IN DER ULMER SCHACHTEL FLUSSABWÄRTS



Lange vor europäischer Einigungsbewegung und EU-Integration gab es Wirtschaftsmigration zwischen West- und Südosteuropa – in beide Richtungen

Von Mathias Beer



„Die Unschärfe der Welt“ (Verlag Klett-Cotta) ist der Roman über eine Geschichte aus dem Banat im 20. Jahrhundert. Kritiker Denis Scheck bescheinigt der Autorin Iris Wolff ein „traumsicheres Sprachgefühl“, was ihr unter anderem die Nominierung für den Deutschen Buchpreis 2020 einbrachte.



Pferdefuhrwerk mit Heu im Banat (2019): Früher gelobtes Land, heute wirtschaftlich im Hintertreffen

Donau angepeilt. Ulm, Regensburg und Günzburg waren Sammelpunkte der Auswanderer. Von hier erfolgte der Weitertransport mit sogenannten Ulmer Schachteln bis nach Wien. Dort wurden die Siedler registriert und sie erhielten einen Ansiedlungspass, in dem der Bestimmungsort festgehalten war. Die mit großen Gefahren verbundene Reise führte dann bis nach Ofen (Buda) und anschließend auf dem Landweg in das Ansiedlungsgebiet. Die von klaren Vorstellungen geleitete und planmäßig angelegte Besiedlung der Kolonisationsgebiete vollzog sich kontinuierlich während des gesamten 18. bis Mitte des 19. Jahrhunderts. Auch von Konflikten begleitet, erfolgte die Ansiedlung sowohl in neu angelegten als auch in bestehenden Siedlungen, in denen Magyaren, Serben, Kroaten und Rumänen lebten.

Die neuzeitlichen Migrationen, bei denen deutsche Siedler die Mehrheit bildeten, vollzogen sich in mehreren Perioden, in der die Zahl der Ansiedler besonders hoch war. Diese Phasen wurden später als „Schwabenzüge“ gedeutet. Das Ergebnis der staatlichen und der privaten Anwerbung von Siedlern aus dem gesamten südwestdeutschen Raum von der Schweiz über Oberschwaben, Rheinland-Pfalz, Lothringen bis Trier, aber auch in Hessen, Franken und Bayern, waren mehrere Siedlungsschwerpunkte: das Ungarische Mittelgebirge, vom nördlichen Ufer des Plattensees bis zum Donauknäuel; die „Schwäbische Türkei“ zwischen Plattensee, Drau und Donau; die Batschka zwischen Donau und Theiß; das Banat zwischen Theiß, Marosch und Donau; das Gebiet um Sathmar sowie die größtenteils zwischen Drau und Save gelegenen Gebiete Slawoniens. Seit Mitte des 19. Jahrhunderts galt das Banat als eine Kornkammer der Habsburgermonarchie. Es entstand eine ansehnliche Zahl neuer Ortschaften, die ein blühendes Wirtschafts- und Gemeindeleben entwickelten.

Die Siedler brachten aber nicht nur neue Wirtschaftsformen und ein anderes Arbeitsethos mit, sondern auch andere Lebensformen. Die vorwiegend deutschsprachigen Siedler, für die sich im 20. Jahrhundert der Name „Donauschwaben“ einbürgerte, erweiterten das bunte religiöse, sprachliche, ethnische und kulturelle Gefüge in den multiethnischen Ansiedlungsgebieten. Auf die neuzeitlichen West-Ost-Wanderer geht ein erheblicher Teil der deutschen Minderheiten zurück, die sich in der Folgezeit in diesem Teil Europas herausgebildet haben. Durch den Zweiten Weltkrieg sowie durch Flucht und Vertreibung dezimiert, leben heute nur noch wenige Angehörige deutscher Minderheiten in der Region. Aber die Spuren der Geschichte und Kultur der Kolonisten und ihrer Nachfahren sind bis heute in Ungarn, Rumänien, Serbien und Kroatien gegenwärtig – in der Landschaft, in den Siedlungen, in der Architektur und auch bei den Menschen, die dort leben. Die Geschichte und Kultur weitgehend verschwundener Minderheiten wird neu entdeckt, findet Aufnahme in das kulturelle Erbe der Region und bildet zudem eine Brücke in den Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den Staaten Südosteuropas, die auch im Rahmen der EU-Donaustrategie ihren Ausdruck findet. ▲

Dr. habil. Mathias Beer, Universität Tübingen, ist ein auf dem Gebiet der Migrationsgeschichte des 18. bis 20. Jahrhunderts durch zahlreiche Publikationen ausgewiesener Historiker. Für seine Verdienste im Bereich der Migrationsforschung wurde er 2017 mit dem Ludwig-Uhland-Preis ausgezeichnet.



Deutsche in Osteuropa
Umfangreiche Karten zeigen Migrationsbewegungen von Deutschen vom Mittelalter bis in die heutige Zeit:
www.tinyurl.com/deutsche-siedler

Quelle: mr-kartographie, BpB

ES BEGANN IM NEUNTEN JAHRHUNDERT

Ostmitteleuropäische Erinnerungskulturen zwischen heldenhafter Selbstbehauptung und traumatisierenden Niederlagen

Von Steffen Höhne

Schaut man auf die heutige Situation der EU, dann scheinen die desintegrativen Tendenzen zuzunehmen. Stichworte wie Brexit oder eine eigensinnige politische Kultur wie in Ungarn oder Polen weisen auf fundamental unterschiedliche politische Orientierungen mit deutlich nationaler Prägung. Gern werden derartige Unterschiede mit einer bestimmten Mentalität oder historischen Erfahrungen wie dem Kommunismus essentialisiert oder gar auf einer Ost-West-Skala von eher rückschrittlichen (die östlichen Mitgliedsstaaten) bis zu fortschrittlichen (die alten EU-Mitglieder) Staaten als Ausdruck mangelnder demokratischer Traditionen normiert. Die Stereotypie dieses Wahrnehmungsmodells dürfte dabei offenkundig sein.

Um zu verstehen, wieso in Ostmitteleuropa politische Orientierungen und Handlungsmuster, wobei es hier um die Visegrád-Staaten Polen, Ungarn und Tschechien gehen soll, jeweils spezifische Ausprägungen erhalten, sei ein Blick auf jene kohärenten und verbindlichen Vergangenheitsbilder geworfen, mit denen aktuelles und zukünftiges politisches Handeln legitimiert wird. Dabei wird es um Gemeinsamkeiten, aber auch Unterschiede gehen.

Zur Rolle und Funktion historischer Mythen

Schaut man auf die geistesgeschichtlichen Traditionen europäischer und auch außereuropäischer Nationalkulturen, so findet man vielfältige Beispiele für identitätsstiftende Geschichtsepochen oder Ereignisse, denen, ungeachtet aller kulturellen Spezifik, bestimmte Muster zugrunde liegen: Hierzu gehören die heldenhafte, wenngleich erfolglose Opposition gegen fremde Besatzer; ein erfolgreicher, zur nationalen Befreiung führender Widerstand; Gründungs- und Verfassungsakte; heroische Niederlagen und entscheidende Siege.

Derartige Traditionen, häufig Staatsgründungsmythen, werden generationsübergreifend tradiert und aktualisiert und sind Teil des kollektiven Gedächtnisses. Man denke an das *Poema de Mio Cid* in der Phase der Reconquista für Spanien, an das *Chanson de Roland*

oder an *Jeanne d'Arc* in Frankreich als Symbole erfolgreicher Verteidigung gegen äußere Feinde. Derartige Mythologeme beglaubigen Vorstellungen über den Ursprung und die Dauer einer Nation, die durch Thematisierung von als schicksalhaft apostrophierten Momenten oder Herausforderungen erst Sinn erhalten und durch die nationale Identität gestiftet wird. Dabei muss es sich nicht um reale Ereignisse handeln. So berufen sich die Schweizer auf *Wilhelm Tell*, die Italiener auf die Oper im Risorgimento. Verdi zum Beispiel fungiert als Akronym für Vittorio Emanuele Re d'Italia.



Steffen Höhne ist Professor für Kulturwissenschaft und -management an der Hochschule für Musik in Weimar und der Friedrich-Schiller-Universität in Jena.

„Die Bedeutung der Geschichtspolitik hat in den letzten Jahren in Ungarn zugenommen, es wird von politischer Seite sehr auf Geschichte gesetzt, um politisch zu mobilisieren. Die Regierung investiert viel Geld, um die eigene Geschichtsinterpretation in der Öffentlichkeit anzubringen.“

Regina Fritz, Historikerin

Das gesamte Interview zur politischen Lesart der Geschichte durch die aktuelle ungarische Regierung sowie zum Umgang mit dem Holocaust gibt es hier: www.tinyurl.com/ungarn-geschichte

Ostmitteleuropäische Geschichtsbilder

Solche Mythologeme spielen auch in Ostmitteleuropa eine wichtige Rolle im politischen Diskurs. Man findet Rückgriffe auf eine heroische, selbstbestimmte Geschichte im Mittelalter bzw. in der Frühen Neuzeit. Die polnische Genealogie verläuft von der Piast-Legende um 860 und der frühmittelalterlichen Staatsgründung über den Sieg über den Deutschen Orden bei Grunwald / Tannenberg 1410 bis zum Entsatz von Wien gegen die Türken 1683 durch Jan Sobieski. Diese „Erfolgsgeschichte“ findet ein Ende erst durch Katastrophen von außen, die polnischen Teilungen und die Niederlage bei Raclawice (1794) und damit das Ende der polnischen Staatlichkeit.

Eine vergleichbare Genealogie besitzen Ungarn und Böhmen (Tschechien). In Ungarn verläuft diese von der Landnahme 896 über die Christianisierung mit der Krönung Stephans des Heiligen 1001 bis zur gerechten Herrschaft von Mátyás Hunyadi (1443 bis 1490) und der Stabilisierung des Reiches. Auch hier setzt mit der Niederlage bei Mohács (1526) gegen die Osmanen eine Verfallsgeschichte ein. In Böhmen verläuft die Genealogie von der mythischen Erzählung um Libussa und Přemysl in der zweiten Hälfte des siebten Jahrhunderts und der Begründung der historisch verbürgten Přemysliden-Dynastie über Karl IV., der als Kaiser Prag zum Zentrum des Hl. Römischen Reiches machte, bis zu Jan Hus' Tod für die Wahrheit und deren letztlich Durchsetzung in der hussitischen Reformation.

Noch T. G. Masaryk und Václav Havel knüpfen an dieses Wahrheitsparadigma an. Unterbrochen wird die dem Fortschrittsparadigma folgende historische Entwicklung in diesen Ländern durch entscheidende Niederlagen, welche die Souveränität der Nation infrage stellen. Was für Polen die Teilungen, ist für Ungarn die Niederlage bei Mohács (1526), in deren Folge Ungarn Teil des osmanischen, nach 1683 dann des habsburgischen Imperiums wurde, für Böhmen ist dies die Niederlage der protestantischen Stände in der Schlacht am Weißen Berg (1620). In der Folge wurde Böhmen rekatholisiert und zur Provinz Habsburgs herabgestuft.

In allen drei Ländern sollten sich diese Erfahrungen von politischer Fremdbestimmung im 20. Jahrhundert wiederholen. In Polen mit der vierten Teilung im Rahmen des Hitler-Stalin-Paktes und dann den vergeblichen Versuchen einer Überwindung des kommunistischen Regimes 1956 und 1980/81; in der Tschechoslowakei mit dem Münchner Diktat

1938 und der Einrichtung des Protektorates Böhmen und Mähren, dem kommunistischen Putsch 1948 nebst stalinistischer Gleichschaltung sowie 1968 als vergeblichem Reformversuch; in Ungarn ist neben dem Trauma von Trianon – der Verkleinerung von Territorium und Bevölkerung nach dem Ersten Weltkrieg auf ein Drittel – die vergebliche Revolution von 1956 zu nennen.

Alle diese Ereignisse oder Geschichtsbilder bleiben nicht nur durch Literatur, Kunst und Medien, durch Denkmäler, Museen oder Curricula in Erinnerung, sondern sie sind im Alltag präsent. Sie perpetuieren zudem eine historische Erfahrung, die um die Fragilität der eigenen Nation weiß, deren Existenz jederzeit von mächtigeren Nachbarn infrage gestellt werden kann. Berücksichtigt man diese in der Tiefe des kulturellen Gedächtnisses wurzelnden Erfahrungen, die der gegenwärtigen Orientierung genauso dienen, wie sie ein Bindemittel im fragilen Zusammenleben von Gruppen bilden, dann wird man gewisse Souveränitätsbehauptungen gegenüber Brüssel eventuell besser einordnen können. ▲

Historische Mythen: Zum Fasching verkleiden sich Menschen in Mohács (Ungarn) als „Busós“. Der Legende nach vertrieben sie mit ihren schaurigen Masken die osmanischen Truppen



„AMERICA FIRST“ AUS GESCHICHTLICHER ERFAHRUNG

Polens Blick auf Europa und die Sicherheitspolitik

Von Jens Mattern

Schulter an Schulter“ würden nun polnische und amerikanische Soldaten im Falle einer Bedrohung stehen, so Polens Staatspräsident Andrzej Duda. Die emphatische Ankündigung galt einem Vertrag, der die Truppenpräsenz der US-Soldaten um 1000 Personen auf 5500 erhöht und den US-Außenminister Mike Pompeo am 15. August in Warschau unterzeichnete. Zurzeit werden die Umstände der Stationierung in einem Ausschuss des polnischen Parlaments festgelegt, dabei stößt sich ein Abgeordneter der ehemaligen Regierungspartei „Bürgerplattform“ (PO) an den vielen Sonderrechten, die den US-Soldaten an der Weichsel künftig gewährt werden.

Dies ist typisch – die nationalkonservative Regierungspartei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) zeichnet sich durch Gefolgschaft gegenüber den Vereinigten Staaten aus, mit denen sie ein exklusives Verhältnis auch außerhalb der NATO pflegen will, vor allem nach der Ukraine-Krise. Die liberal-konservative Opposition ist kritischer. Dies hat Gründe.

Doch zunächst ein Blick zum Anfang der besonderen Beziehung zwischen beiden Nationen: Den Grundstein für Amerika als Garanten der polnischen Unabhängigkeit legte der Republikaner Theodore Roosevelt (US-Präsident von 1901 bis 1909) kurz nach Beginn des Ersten Weltkriegs. In einer Schrift favorisierte er die Neugründung eines polnischen Staates, dessen Gebiet Ende des

18. Jahrhunderts Russland, Österreich und Preußen untereinander aufgeteilt hatten.

Bezeichnenderweise waren es mit Franklin Roosevelt sowie seinem Nachfolger Harry S. Truman Demokraten, die als US-Präsidenten 1945 in Jalta und in Potsdam Josef Stalin erlaubten, über Polen politisch zu bestimmen.

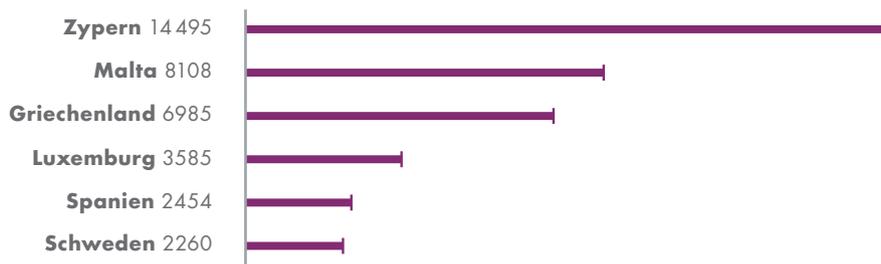
Die Begeisterung für Amerika klingt ab

Seit der Unabhängigkeit Polens im Jahre 1989 wurden Besuche amerikanischer Staatsoberhäupter zu einem Jubelfest, besonders bei einem Republikaner. Doch im Jahre 2008 kam es zu einer Veränderung. Im August jenes Jahres war ich als Reporter in Slupsk (deutsch Stolp) unterwegs, einer polnischen Stadt nahe der Ostsee. An ihrem Rand sollte eine US-Patriot-Raketenabwehrstation gebaut werden, offiziell, um iranische Geschosse vom Firmament zu holen; an Russland wurde inoffiziell „mitgedacht“.

Ein achtzigjähriger Anwohner war von der Idee der Stationierung nicht gerade begeistert. Aber die NATO alleine genüge eben für Polen nicht, erklärte er mir: „Im Jahr 1939 waren wir auch in Verteidigungsbündnissen – doch was hat es uns genützt? Ich habe den Krieg noch gut in Erinnerung.“

Auf dieses Denken setzte auch Donald Tusk, damals Chef der PO und Premierminister, der vor Ort für ein exklusives Bündnis

Anzahl der erstmaligen Asylbewerber je eine Million Einwohner in den EU-Mitgliedsstaaten (2019, Auswahl)



mit den Amerikanern plädierte und über vier Stunden lang im Theatersaal von Slupsk mit den skeptischen Bürgern der Stadt rang, für mich ein Glanzstück einer gelebten Demokratie.

Doch der US-Demokrat Barack Obama, welcher dann in jenem Herbst den Republikaner George W. Bush im Amt ablöste, wandte sich mehr Asien zu und stornierte das Raketenprojekt. Dies und das ständig verschobene Versprechen der Visa-Einführung, das geheime CIA-Gefängnis in Nordpolen sowie Fehler bei den geordneten F-16 Kampfflugzeugen führten zu einem Abkühlen der Amerika-begeisterung bei einem Teil der Bevölkerung wie der Politiker. Und ausgerechnet der damalige Außenminister Radek Sikorski, einst leitendes Mitglied des konservativen Think-tanks „American Enterprise Institute“, trug mit einer heimlich aufgezeichneten vulgären Bemerkung zum polnisch-amerikanischen Verhältnis zum Wahlsieg der PiS im Herbst 2015 bei. Diese Partei setzt gegenüber Brüssel – ganz im Gegensatz zu ihrer Haltung gegenüber Washington – auf ein weit schrofferes Auftreten, wobei darauf geachtet wird, die EU-Freundlichkeit der Polen nicht zu sehr zu brüskieren, denn 89 Prozent der Bevölkerung bejahen die Mitgliedschaft.

Als aktueller Sprecher der Visegrád-Gruppe, zu der noch Ungarn, Tschechien sowie die Slowakei gehören, will Polen einen starken Akzent in Europa setzen. Die vier Staaten hätten „auf der schlechten Seite des Eisernen Vorhangs“ gelebt, wie es Minister-

präsident Mateusz Morawiecki formulierte. Aus dieser Benachteiligung lassen sich Forderungen ableiten wie etwa der Anspruch, Brüssel möge sich doch nicht in die inneren Angelegenheiten der vier einmischen, die einen eigenen Weg etwa in der Rechtsstaatlichkeit gehen.

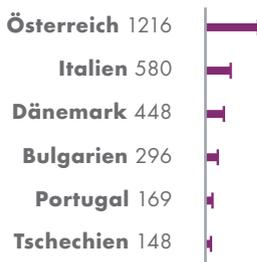
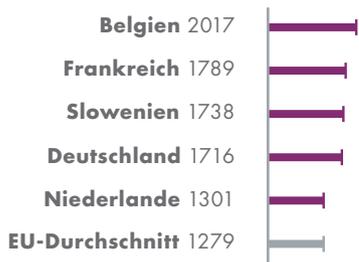
Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán, ein Vorbild für das nationalkonservative Warschau, sieht zwei Europa-Modelle. Das der Zentraleuropäer sei familienorientiert, sehe die nationale Identität als einen Wert an und bejahe die christliche Soziallehre. Auf der anderen Seite stehe das Europa, das Migration und Multikulturalität fördere, ein „kultur-marxistisches Konzept“ habe.

Die Aufnahme von Asylsuchenden in Westeuropa sehen die Regierungen vor allem in Warschau und Budapest als Beweis für die dort verfallenen Nationalstaaten. Gleichzeitig wird die Aufforderung an die Zentraleuropäer, selbst Asylsuchende aufzunehmen, als eine ideologisch motivierte Bevormundung gedeutet – und dergleichen hatte man ja lange durch den Kreml erleiden müssen. Bilder von brennenden Vorstädten in Frankreich und Schweden sowie die Berichterstattung des polnischen öffentlich-rechtlichen Fernsehens über Muslime in Deutschland tun ihr Übriges dazu.

Auf der anderen Seite zeigt Zentraleuropa durchaus Tendenzen, dem Westen den Weg zu zeigen. So gibt es in Polen den „Messianismus“, eine Überzeugung, dass das Land als „Christus der Nati-



Schulter an Schulter: Am Standort Zagan in Polen werden US-Truppen begrüßt. Die Zahl der amerikanischen Soldaten im Land soll weiter steigen



Quelle: Statistisches Bundesamt

Jens Mattern ist freier Journalist und berichtet aus Warschau für Print- und Onlinemedien über Polen, das Baltikum und Skandinavien.



onen“ anderen Völkern in Sachen Glaube und Aufopferung wegweisend sei – darauf baute auch Papst Benedikt XVI., der deutsche Nachfolger des polnischen Papstes Johannes Paul II.

Ein weltliches Beispiel ist die Gewerkschaft Solidarność, die den Anfang vom Ende des Kommunismus einleitete. Auch Politiker der Bürgerplattform (PO) verweisen gern auf diesen Teil der polnischen Geschichte, sehen jedoch gleichzeitig die Gefahr, dass sich ihr Land innerhalb Europas isolieren könnte. Darum wird in dieser Partei die Idee einer europäischen Verteidigung mehr begrüßt. Besagtem Radek Sikorski, derzeit EU-Parlamentarier, zuvor Verteidigungs- wie Außenminister, schwebt sogar eine europäische Freiwilligenarmee nach dem Vorbild der Fremdenlegion vor. Das isolationistisch gestimmte Trump-Amerika könnte so von dem Einsatzwillen Europas überzeugt werden. Sikorski hofft hier auf das Engagement der ehemaligen deutschen Verteidigungsministerin und jetzigen Vorsitzenden der EU-Kommission Ursula von der Leyen.

Und gerade darum ist eine solche Idee der PiS suspekt, die eine Schwächung der NATO durch eine von deutscher Seite angeschoebene Konkurrenzstruktur befürchtet und einen Ausschluss der USA in Verteidigungsfragen nicht hinnehmen will.

Bewegung in diese Frage könnte das Desinteresse des amerikanischen Präsidenten an der Krise in Belarus bringen. Immerhin versteigt sich der dortige Staatspräsident Alexander Lukaschenko zu Drohungen gegenüber seinen westlichen Nachbarn Polen und Litauen. Eine Herausforderung für das demokratische Europa, die hoffentlich mit Hilfe der Politik zu bewältigen ist. ▲



Ein Pole erwartet im Juli 2017 in Warschau eine Rede von US-Präsident Donald Trump

Steffen Möller lebte von 1994 bis 2009 in Polen und wurde dort Kabarettist, TV-Moderator und Schauspieler. Sein Kabarettprogramm „Viva Warszawa“, in dem er unter anderem seine Ankunft in Polen auf amüsante Weise schildert, kann man ungekürzt ansehen: <http://steffen.pl/de/meine-lieder>



SICHERHEITS- POLITIK

Umarmung als Protest: Ein junger Mann, der zu Sicherheitskräften unter dem Kommando des belarussischen Innenministeriums gehört, kann sich im August 2020 bei Protesten der Annäherung einer Bürgerin nicht erwehren



Goodbye Deutschland: Rund ein Drittel der bundesweit stationierten US-Truppen wird sich bald aus Deutschland verabschieden. Dann wird es Bilder geben wie dieses im Jahr 2011 in Erbenheim bei Wiesbaden



MEHR ALS EINE LAUNE



**Tatsächlich gibt es aus der Sicht Washingtons
gewichtige innen- und sicherheitspolitische Gründe
für einen Teilabzug der US-Truppen aus Deutschland**

Von Marco Overhaus

Ende Juli 2020 verkündigte das US-Verteidigungsministerium Details zu dem zuvor bereits von Präsident Donald Trump angekündigten Abzug von amerikanischen Truppen aus Deutschland. Demnach sollen von den aktuell noch knapp 35 000 in der Bundesrepublik stationierten US-Truppen 11 900 Soldaten abgezogen werden. Davon wiederum sollen 5600 in anderen NATO-Staaten stationiert und 6400 zurück in die USA verlegt werden.

Die Ankündigung des Truppenabzugs hat in Deutschland und in der NATO insgesamt politisch hohe Wellen geschlagen. Zum einen wird der Abzug wirtschaftlich spürbare Konse-

quenzen insbesondere für die Gemeinden und Städte haben, in denen sich größere amerikanische Basen befinden. Dementsprechend haben die Ministerpräsidenten der besonders betroffenen Bundesländer Bay-

ern, Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz einen „Brandbrief“ an Abgeordnete des US-Kongresses geschickt. Sie wollten damit den drohenden Abzug abwenden. Zum anderen hat der Stil, mit dem die Trump-Administration ihre Abzugspläne kommuniziert hat, in Berlin für erhebliche Irritationen gesorgt. Präsident Trump wollte diesen Schritt klar als Bestrafung für Deutschland verstanden wissen, weil Berlin in seinen Augen seine sicherheits- und verteidigungspolitischen Verpflichtungen in der NATO nicht erfüllt. Damit ist vor allem das gemeinsame in der Allianz vereinbarte Ziel gemeint, bis 2024 zwei Prozent des Bruttoinlands-

produkts für die Verteidigung auszugeben. Schließlich haben die Abzugspläne aber auch sicherheitspolitische Implikationen: Die Präsenz von US-Basen und dauerhaft stationierten Truppenkontingenten gilt einigen – insbesondere mittelosteuropäischen – Ländern in der NATO als eine unverzichtbare Rückversicherung dafür, dass Amerika im Falle einer Krise oder eines Krieges mit Russland tatsächlich an der Seite der Europäer stehen würde. Denn das Bündnisversprechen wirkt weniger glaubwürdig, wenn amerikanisches Militär in einer solchen Situation erst aus den USA nach Europa entsandt werden muss.

Es scheint geboten, Basen zu verkleinern oder zu schließen

Politik und Gesellschaft in Deutschland sollten in der Debatte über die Zukunft der

kationsstil mögen viel mit der Person Donald Trump zu tun haben. Allerdings entspringt das Bestreben der USA, ihre Truppenpräsenz sowie die Größe ihrer Basen in Deutschland und anderen Staaten zu reduzieren, nicht bloß den persönlichen Befindlichkeiten des gegenwärtigen US-Präsidenten.

Tatsächlich gibt es aus der Sicht Washingtons auch gezielte innenpolitische und sicherheitspolitische Gründe dafür. So spürt das US-Militär spätestens seit der Finanzkrise von 2007 bis 2009 den politischen Druck, Geld einzusparen oder zumindest die bestehenden Budgets effizienter zu verwenden. Das Pentagon ist daher schon seit Jahren bestrebt, die Zahl der amerikanischen Stützpunkte im In- und Ausland zu reduzieren. Zwar kommen die im Ausland stationierten Truppen den amerikanischen Steuerzahler in der Regel günstiger zu stehen, als wenn sie sich in den USA befänden. Politisch jedoch ist es insbesondere in wirtschaftlichen Krisenzeiten, wie wir sie gerade erneut im Zusammenhang mit der Coronapandemie erleben, erheblich leichter, Basen im Ausland zu verkleinern oder ganz zu schließen. Denn kein Kongressabgeordneter möchte dies gern im eigenen Wahlkreis verkünden. Die Tatsache, dass sich Senatoren aus beiden politischen Lagern gegen einen Abzug von amerikanischen Truppen aus Deutschland ausgesprochen haben, ändert daran grundsätzlich nichts.

Auch sicherheitspolitisch spricht aus Sicht der USA einiges für eine Reduzierung der Auslandspräsenz beziehungsweise für eine Verkleinerung der großen Basen, wie sie in Deutschland, Italien, Japan und Südkorea zu finden sind. Potenzielle Gegner der USA – vor allem China, Russland, Nord-



Dr. Marco Overhaus ist Wissenschaftler in der Forschungsgruppe Amerika der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin. Er befasst sich dort im Schwerpunkt mit der Sicherheits- und Verteidigungspolitik der USA.

quenzen insbesondere für die Gemeinden und Städte haben, in denen sich größere amerikanische Basen befinden. Dementsprechend haben die Ministerpräsidenten der besonders betroffenen Bundesländer Bay-

ern, Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz einen „Brandbrief“ an Abgeordnete des US-Kongresses geschickt. Sie wollten damit den drohenden Abzug abwenden.

Zum anderen hat der Stil, mit dem die Trump-Administration ihre Abzugspläne kommuniziert hat, in Berlin für erhebliche Irritationen gesorgt. Präsident Trump wollte diesen Schritt klar als Bestrafung für Deutschland verstanden wissen, weil Berlin in seinen Augen seine sicherheits- und verteidigungspolitischen Verpflichtungen in der NATO nicht erfüllt. Damit ist vor allem das gemeinsame in der Allianz vereinbarte Ziel gemeint, bis 2024 zwei Prozent des Bruttoinlands-

produkts für die Verteidigung auszugeben. Schließlich haben die Abzugspläne aber auch sicherheitspolitische Implikationen: Die Präsenz von US-Basen und dauerhaft stationierten Truppenkontingenten gilt einigen – insbesondere mittelosteuropäischen – Ländern in der NATO als eine unverzichtbare Rückversicherung dafür, dass Amerika im Falle einer Krise oder eines Krieges mit Russland tatsächlich an der Seite der Europäer stehen würde. Denn das Bündnisversprechen wirkt weniger glaubwürdig, wenn amerikanisches Militär in einer solchen Situation erst aus den USA nach Europa entsandt werden muss.

korea und Iran – haben in den letzten Jahren immer treffsicherere und weitreichendere Raketen und Marschflugkörper entwickelt und in ihre jeweiligen Streitkräfte eingeführt. Damit werden auch große amerikanische Stützpunkte zu Land sowie Flugzeugträger als „schwimmende Luftwaffenbasen“ immer angreifbarer, während deren Schutz immer teurer wird.

Angesichts dieser militärischen und militärtechnologischen Entwicklungen setzt das US-Militär unter dem Be-

griff *Dynamic Force Employment* auf flexible Strukturen und Einsatzkonzepte. Letztendlich geht es darum, den Schutz der beiden großen Ozeane wieder stärker zu nutzen und zugleich die Einsatzbereitschaft und Reichweite der amerikanischen Streitkräfte zu stärken. Denn trotz Globalisierung spielt Geografie in der Verteidigungspolitik noch immer eine entscheidende Rolle.

Vieles deutet also darauf hin, dass die Verkleinerung der US-Militärpräsenz und der Basen im Ausland auch in Zukunft

weiter vollzogen wird – auch dann, wenn Donald Trump nicht mehr im Weißen Haus sitzt. Deutschland und andere Bündnispartner der USA sollten sich also besser frühzeitig auf die daraus folgenden wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Konsequenzen einstellen. Am besten gelingt dies, indem die deutsche und europäische Verteidigungsfähigkeit gestärkt wird. ▲

Literatur:

Marco Overhaus: **Eine Frage der Glaubwürdigkeit.** Konventionelle und nukleare Sicherheitszusagen der USA in Europa, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin, Juni 2019, 39 Seiten, www.tinyurl.com/overhaus-2019

DIE VERKLEINERUNG DER US-MILITÄRPRÄSENZ UND DER BASEN IM AUSLAND WIRD AUCH IN ZUKUNFT WEITER VOLLZOGEN – SELBST DANN, WENN DONALD TRUMP NICHT MEHR IM WEIßEN HAUS SITZT.

MORGEN WIRD ES BESSER, INSHA'ALLAH



Sudan – Menschen zwischen Verzweiflung und Hoffnung

Von Marina Peter

Marina Peter ist Beraterin für das Horn von Afrika / Ostafrika bei Brot für die Welt und arbeitet seit über 30 Jahren mit Menschen im Sudan an Fragen von Krieg und Frieden.



Im letzten Jahr war Sudan unerwartet häufig in den Medien. Für ein solch plötzliches, aber anhaltendes Medieninteresse kommen in der Regel zwei Gründe infrage: eine Katastrophe – oder Massenproteste.

Bei den Bildern, die seit Dezember 2018 anfangs spärlich, dann aber immer häufiger um die Welt gingen, war es Letzteres – zunächst noch heruntergespielt von den Regierungen auch vieler westlicher Länder, die sich seit Jahren arrangiert hatten mit der sudanesischen Regierung. Immer wieder erklärten sie nämlich, es sei besser, mit dem Teufel, den man kenne, zu arbeiten, als mit neuen Kräften völliges Chaos am Horn von Afrika zu riskieren. Sie waren der Meinung, gute Beziehungen zu einem Regime, dem etliche vom Internationalen Strafgerichtshof per Haftbefehl gesuchte potenzielle Kriegsverbrecher angehörten, seien wichtig, um Flüchtlinge auf ihrem Weg nach Europa zu stoppen. Sie behaupteten, ein durch und durch korruptes, zu tiefst menschenverachtendes System sei reformierbar.

Doch im Verlauf des ersten Halbjahres 2019 wurde zunehmend klar: Hier handelte es sich um etwas ganz anderes als einen weiteren zum Scheitern verurteilten Versuch, die 30-jährige Diktatur der Islamisten unter General Omar al-Bashir zu beenden. Die Herrschenden versuchten zwar, die durchgehend friedlichen Proteste der Sudanese*innen mit teils brutaler Gewalt zu unterbinden, trotzdem führten diese im März 2019 zum Sturz al-Bashirs, zur Verhinderung der alleinigen Machtübernahme durch militärische Kräfte schließlich zur Bildung einer Übergangsregierung unter Führung des zivilen Premierministers Abdallah Hamdok.

Endlich eine Erfolgsgeschichte mit Signalcharakter weit über Afrika hinaus? Plötzlich hatten viele Skeptiker schon immer aufseiten der verzweifelten Zivilgesellschaft gestanden, der Frauen und Männer, die sich jenseits von Geschlechter-, Alters- und ethnischen Grenzen in großer Einigkeit, mit Kreativität und Hartnäckigkeit selbst vorbereitet und organisiert hatten. Sie hielten Tag und Nacht auf den Straßen durch, selbst bei den tödlichen Versuchen, ihren Protest zu unterdrücken.

Die neue Ordnung ist noch nicht stabil

Die internationale Gemeinschaft kündigte große Unterstützung beim Umbau der Gesellschaft in Richtung Demokratie an. So auch auf einer internationalen Konferenz der „Freunde des Sudan“ unter Vorsitz Deutschlands im Juni 2020.

Im August unterschrieb die Regierung des Sudan den von der südsudanesischen Regierung vermittelten Friedensvertrag mit Rebellengruppen aus Darfur und Blue Nile, im Oktober soll er in Khartum ratifiziert werden. Ein wichtiges Ziel der neuen Regierung scheint erreicht, Menschen haben wieder Hoffnung auf dauerhaften Frieden. Auch das längst überfällige Parlament kann jetzt gebildet werden.

Der gefürchtete alte Sicherheitsdienst wurde umgebildet und umbenannt. Gesetze, unter denen die Menschen lange gelitten hatten, wurden zurückgezogen. Erstmals steht eine Frau dem Außenministerium vor, eine Christin gehört der Regierung an.



In Khartoum demonstrieren Frauen im Juni 2020 für demokratischere Strukturen im Land. Ein Jahr zuvor waren regierungskritische Proteste immer wieder niedergeschlagen worden, mehrere Menschen kamen ums Leben



Waffenruhe: Das Friedensabkommen zwischen der sudanesischen Übergangsregierung und den Rebellengruppen soll den kriegerischen Auseinandersetzungen der letzten Jahre endgültig ein Ende bereiten. Die Regierung Südsudans vermittelte

Alles auf einem guten Weg, könnte man meinen. Aber da gibt es auch eine andere Seite. Noch ist wenig Unterstützung aus dem Westen angekommen in Sudan. Alte Sanktionen der USA sind noch nicht aufgehoben und verhindern dringend notwendige wirtschaftliche Entwicklungen. Die neue Regierung kämpft mit den fatalen Folgen des Erbes der alten. Die wirtschaftliche Situation gleicht einem Staatsbankrott, Devisen sind Mangelware. Die Inflationsrate beläuft sich auf mittlerweile 167 Prozent. Selbst für Grundnahrungsmittel steigen die Preise täglich. Die wenigen gut ausgebildeten, verlässlichen Mitarbeitenden in Ministerien, Behörden und Ämtern sind nicht in der Lage, den großen Herausforderungen und notwendigen Reformen gerecht zu werden.

Der Weg zu freien demokratischen Wahlen ist noch weit. Gerade erst wurde die Übergangsphase im Rahmen des Friedensvertrages um ein weiteres Jahr verlängert. Das bedeutet auch, dass Militärs länger an der Spitze des Souveränen Rates, des obersten Entscheidungsgremiums in Sudan, stehen werden, bevor sie die Führung an dessen zivile Mitglieder übergeben sollen. Zweiter Mann in diesem Rat ist Mohamed Dagalo, genannt Hemit, immens reich und mit besten Verbindungen nach Libyen und in die arabische Welt. Selbst aus eher einfachen Verhältnissen stammend, erlangte er Bekanntheit als erbarmungsloser Führer der Janjaweed (Reitermilizen) in Darfur, die später als schnelle Eingreiftruppe (RSF) der Regierung Bashirs beste Dienste leisteten.

Aufbruch – und Notstand

Wie nach einer so langen Gewaltherrschaft nicht anders zu erwarten, sind die diversen politischen Kräfte im Land tief gespalten und militärische Kräfte verfolgen ihre eigenen Interessen. Es ist keineswegs gesichert, dass es zu der vereinbarten friedlichen Übergabe der militärischen Führung des Souveränen Rates in die Hände der zivilen Kräfte kommen wird. Die alten Seilschaften sind an vielen Stellen noch intakt. Antidemokratische Kräfte finden zudem Unterstützung im Ausland. Sudan hat in den geopolitischen Strategien globaler und regionaler Hegemonialmächte eine wichtige Position, unabhängig davon, wer dort gerade an der Macht ist. Die zivilen Kräfte haben Mühe, ihre oft losen Bündnisse über die Revolution hinaus zusammenzuhalten. Einigen gehen die bisherigen Reformen bereits zu weit, andere, besonders die jungen Menschen, sind von der Langsamkeit der Fortschritte tief enttäuscht. Alte, müde Männer – die Rebellenführer – werden jüngere und kreative Menschen aus der Regierung verdrängen. Im Land bleibt die Lage unübersichtlich. Für Teile der Nubaberge gibt es ein separates Abkommen, eine Darfur-Rebellengruppe hat sich Friedensgesprächen verweigert. Dem Vernehmen nach brandschatzen und vergewaltigen Janjaweed in Teilen Darfurs wie lange nicht mehr. In Ostsudan sind alte, tief sitzende Konflikte wieder aufgeflammt.

All diese Schwierigkeiten wurden jetzt durch die mit der weltweiten Pandemie einhergehenden Maßnahmen wie unter einem Brennglas weiter verschärft. Und zu all dem kommt eine „Jahrhundertflut“ durch anhaltende schwere Regenfälle in Sudan und im benachbarten Äthiopien. Hunderttausende Menschen haben dadurch ihr Obdach und ihren Lebensunterhalt verloren. Das erhöht die ohnehin große Zahl derer, die schon durch Krieg und Gewalt zur Flucht gezwungen wurden. Ein funktionierendes Gesundheits- oder Versorgungssystem gibt es schon seit vielen Jahren nicht. Am 5. September musste die Regierung den nationalen Notstand ausrufen.

Es ist noch nicht zu spät, jenen Kräften in der Regierung zu helfen, die den Hoffnungen der Menschen auf Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gerecht werden wollen. Die sich bemühen, die Träume der Menschen, die sich unter Lebensgefahr gewaltfrei für die Zukunft der Bürgerinnen und Bürger eingesetzt haben, wahr werden zu lassen. Dazu aber ist es notwendig, dass die Freund*innen der Menschen in Sudan in Regierungen und zivilen Organisationen die Zöpfe alten orthodoxen Denkens endlich abschneiden und zu schnellem, entschlossenem, kreativem und vor allem gemeinsamem und abgestimmtem Handeln übergehen.

Die Bürgerinnen und Bürger in Sudan vertrauen – noch – darauf, mit ein wenig Unterstützung eine Zukunft schaffen zu können, die gegründet ist auf Gerechtigkeit, Frieden und gute Regierungsführung. ▲

CORONA IN AFRIKA



Die Corona-Pandemie trifft Afrika hart, der Kontinent wird wirtschaftlich vermutlich um viele Jahre zurückgeworfen.

Ähnlich wie in Europa brauchen unsere afrikanischen Nachbarn nun einen gewaltigen wirtschaftlichen Stimulus, um langjährig erkämpfte Entwicklungserfolge nicht aufs Spiel zu setzen.

Die Bundesrepublik unterstützt ihre afrikanischen Partnerländer in der Krise, um die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Pandemie abzufedern

Von Stefan Oswald

Die Prognosen waren düster zu Beginn der Pandemie. Die Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Afrika sprach von bis zu 3,3 Millionen Covid-19-Toten auf dem Kontinent. Zum Glück ist dieses Schreckensszenario nicht eingetreten. Obwohl die Gesundheitssysteme vieler afrikanischer Staaten schwach und unterfinanziert sind, ist Afrika bislang verhältnismäßig glimpflich durch die Krise gekommen. Die Zahl der Todesopfer lag Ende August kontinentweit bei 28 000 und macht damit nur einen Bruchteil der weltweiten Todesopfer aus. Experten vermuten, dass das geringe Durchschnittsalter der Bevölkerung von 19,7 Jahren ein Grund dafür sein könnte, aber wissenschaftlich belastbare Fakten fehlen noch. Insgesamt wurden bislang 1,2 Millionen Afrikanerinnen und Afrikaner positiv auf das Virus getestet, die meisten in Südafrika, Ägypten, Marokko, Nigeria und Äthiopien – allein auf Südafrika entfällt mehr als die Hälfte aller gemeldeten Infektionen.

Noch im Juli hatten sich die Infektionszahlen auf dem Kontinent innerhalb weniger Wochen verdoppelt, doch zuletzt gingen sie langsam zurück. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) gibt sich sogar vorsichtig optimistisch, dass Afrika den Höhepunkt der Corona-Infektionen überschritten haben könnte. Von Entwarnung kann dennoch nicht die Rede sein. Denn rund die Hälfte der afrikanischen Länder testet weniger als empfohlen. Experten der WHO gehen daher davon aus, dass die tatsächliche Infektionsrate bis zu 100 Mal höher liegen könnte, und warnen vor den Gefahren einer „stillen Epidemie“.

Schnelle, entschlossene Reaktionen

Dabei fielen die Reaktionen auf Corona seit Beginn der Pandemie sehr unterschiedlich aus. Zahlreiche Länder handelten schnell und entschlossen. Anders als in Europa wurden Einreiseverbote, Lockdown-Maßnahmen und Schulschließungen in vielen Ländern bereits eingeführt, bevor überhaupt die ersten Fälle auftraten. So hat der Senegal bereits im Januar seine Grenzen geschlossen und eine umfassende Kontaktverfolgung gestartet sowie eine digitale Plattform eingeführt, um die Bevölkerung schnell informieren zu können. In Liberia, Sierra Leone und Guinea halfen Erfahrungen aus der Ebola-Epidemie von 2014 bis 2016, die Reaktionen zu beschleunigen. Taskforces wurden gebildet, Infizierte und ihre Kontakte zügig isoliert.

Einige afrikanische Staaten werden für ihr Informationsmanagement in der Covid-19-Krise jedoch kritisiert. So hat Tansania seit Anfang Mai keine Covid-19-Zahlen mehr an die WHO übermittelt. Präsident John Magufuli verkündete im Juni, dass Covid-19 in Tansania durch Gebete besiegt worden sei, rief aber gleichzeitig weiter zur Wachsamkeit auf.

Sorgen bereitet auch die Einschränkung der Pressefreiheit im Zuge der Pandemie. Nichtregierungsorganisationen warnen vor zunehmender Verfolgung kritischer Journalisten in mehreren afrikanischen Ländern.



Die Angst vor Ansteckung ist ein ständiger Begleiter: Angestellte eines Energieversorgers installieren im April 2020 Solarmodule in Lagos

Durch die Covid-19-Krise nehmen Hunger und Unterernährung in Afrika zu. Ohnehin schon in Armut lebende Familien haben mit noch weiter sinkenden Haushaltseinkommen zu kämpfen – bei gleichzeitig steigenden Preisen für Grundnahrungsmittel wie Reis und Weizen in nahrungsmittelimportierenden Ländern. Die Vereinten Nationen schätzen, dass der Covid-19-bedingte Hunger im ersten Jahr der Pandemie zum Tod von etwa 120 000 Kindern führen könnte und 6,7 Millionen Kinder zusätzlich von Unterernährung betroffen sein werden.

Naturkatastrophen verschärfen die Lage zusätzlich. Am Horn von Afrika, wo 28 Millionen Menschen von Ernährungsunsicherheit bedroht sind, erwartet das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) eine steigende Zahl von hungernen Menschen um mindestens ein Fünftel. In Simbabwe werden laut Welternährungsprogramm (WFP) bis Dezember rund 60 Prozent der Bevölkerung aufgrund der kombinierten Auswirkungen von Dürre, wirtschaftlicher Rezession und Coronavirus von Ernährungsunsicherheit betroffen sein. Und für die zunehmend instabile Sahelzone prognostizieren Experten, dass mehr als eine Million Menschen ihre Heimat verlassen könnten, um vor den zunehmenden Konflikten, Arbeitslosigkeit und Menschenrechtsverletzungen zu fliehen.

Die sekundären Folgen könnten Afrika schlimmer treffen als das Virus selbst

Sinkende Staatseinnahmen führen unterdessen zu deutlich geringeren Ausgaben für die Gesundheitssysteme Afrikas. Durch die Umwidmung von Personal und medizinischer Ausrüstung zur Covid-19-Bekämpfung ist zu befürchten, dass Menschen mit

Krankheiten wie Ebola, HIV, Lassafieber oder Malaria schlechter versorgt werden können als bisher. Auch viele Impfungen, etwa gegen Polio oder Masern, wurden bereits ausgesetzt. Diese sekundären gesundheitlichen Folgen der Pandemie könnten Afrika stärker treffen als das Virus selbst.

Vor Beginn der Corona-Pandemie konnte man mit Fug und Recht behaupten, dass der Kontinent im Aufbruch ist. Zehn der am schnellsten wachsenden Volkswirtschaften befanden sich in Afrika. Nun schrumpft die Wirtschaft. Für 2020 und 2021 prognostiziert die Afrikanische Entwicklungsbank (AfDB) Verluste von bis zu 236,7 Milliarden US-Dollar. Allein im Tourismussektor wird ein Rückgang von 80 Prozent erwartet. Bis zu 30 Millionen Menschen könnten ihre Arbeit verlieren, bis zu 58 Millionen in Subsahara-Afrika in extreme Armut abrutschen. Wenn wir nicht riskieren wollen, dass jahrelang erkämpfte Entwicklungserfolge auf dem ganzen Kontinent verloren gehen, müssen wir unseren afrikanischen Partnerländern jetzt beistehen.

Deutschland hat im Rahmen des Corona-Sofortprogramms des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) beispielsweise 1,4 Millionen Corona-Testkits an die Afrikanische Union geschickt, um Engpässe zu überwinden und die Ausbreitung des Virus einzudämmen. Die Schnell Einsetzbare Expertengruppe Gesundheit (SEEG) des BMZ hat in Benin und Namibia Gesundheitspersonal ausgebildet und Labore ausgestattet. Insgesamt steuern wir über 300 Maßnahmen aus laufenden Projekten um, um afrikanische Länder gezielt bei der Bewältigung der Folgen der Pandemie zu unterstützen. Neben der gesundheitlichen Unterstützung geht es uns vor allem auch darum, die wirtschaftlichen und sozialen Folgen abzufedern. So haben wir für mehrere Länder Corona-Soforthilfen in Höhe von jeweils bis zu 100 Millionen Euro aufgesetzt, um ihre jeweiligen nationalen Corona-Programme zu unterstützen.

Hoffnungsvoll blickt man jetzt auf die Afrikanische Freihandelszone AfCFTA, die zur weltweit größten Freihandelszone werden soll. Der für Juli dieses Jahres geplante Beginn des freien Handels wurde aufgrund der Pandemie auf den 1. Januar 2021 verschoben. Ähnlich wie in der EU führten Grenzsicherungen in vielen Ländern Afrikas zu einer massiven Einschränkung der Freizügigkeit von Personen und Waren – zeitweise waren in 43 von 55 AU-Ländern die Grenzen bei minimalem Warenfluss geschlossen. Lkw stauten sich mitunter über 50 Kilometer, selbst medizinische Güter konnten nicht ausgeliefert werden. Die Auswirkungen der Corona-Pandemie haben einmal mehr verdeutlicht, dass die Afrikanische Freihandelszone als wichtiges Zukunftsprojekt Afrikas von enormer Bedeutung für den wirtschaftlichen Aufschwung des Kontinents ist. Wenn in den nächsten Jahren Zölle fallen und Produktstandards angeglichen werden, steigt das Handelsvolumen allein innerafrikanisch um bis zu 110 Prozent, die afrikanische Wirtschaftsleistung könnte bis 2035 um sieben Prozent wachsen. Dies wird in den nächsten 15 Jahren schätzungs-

weise 98 Millionen Menschen aus Armut befreien. Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit unterstützt den Ausbau der AfCFTA finanziell und technisch bereits seit vielen Jahren und wird dies signifikant ausbauen. Gemeinsam und in enger Abstimmung mit unseren europäischen Partnern.

Aber nicht erst seit der Corona-Pandemie wissen wir, wie eng Europa und Afrika miteinander verbunden sind: wirtschaftlich, kulturell, nachbarschaftlich. Deshalb ist Afrika auch ein Schwerpunkt der EU-Ratspräsidentschaft, die Deutschland im Juli dieses Jahres für ein halbes Jahr übernommen hat. Denn nur mit einer starken afrikanisch-europäischen Partnerschaft werden wir diese und weitere Krisen meistern. Wir sitzen hier alle in einem Boot. ▲



Verbunden mit der Welt: In vielen afrikanischen Staaten herrschte vor Corona Aufbruchstimmung, die Mittelschicht wuchs. Nun könnten 30 Millionen Menschen ihre Arbeit verlieren. Das hätte auch Folgen für Europa



Dr. Stefan Oswald ist Abteilungsleiter Marshallplan mit Afrika, Flucht und Migration im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ).

FRIEDENS-ETHIK



Heuschrecken! Touristen im Jahr 2004 auf Fuerteventura (o.);
eine Kenianerin aus der Volksgruppe der Turkana im Jahr 2020
im Nordwesten des Landes (u.)





Tom Sauer

ist außerordentlicher
Professor für
Internationale Politik an
der Universität Antwerpen.

Die Rüstungskontrolle liegt am Boden: Zahlreiche Abkommen wurden von der Trump-Administration fallengelassen (INF-Vertrag über nukleare Mittelstreckensysteme, Open Skies, Atomabkommen mit dem Iran). Falls auch das neue START-Abkommen, das Präsident Obama und Präsident Medwedew 2010 bilateral aushandelten, im Februar 2021 nicht verlängert wird, beginnt für die Welt eine Zeit ohne irgendein bilaterales Rüstungskontrollabkommen.

Seit Anfang der 1970er Jahre war es den Supermächten gelungen, den qualitativen und zahlenmäßigen nuklearen Rüstungswettlauf zu begrenzen. Dazu gehörten auch entsprechende Kontrollmechanismen. Möglicherweise wird all das vom kommenden Jahr an auf der Strecke bleiben. Als Ergebnis dieser Entwicklung haben die Atomwaffenstaaten, also die Vereinigten Staaten, Russland, China, Frankreich, das Vereinigte Königreich, Indien, Pakistan, Israel und Nordkorea, die Freiheit, so viele Atomwaffen herzustellen, wie sie wollen – zusätzlich zu den 14 000, die es bereits auf der Welt gibt und von denen viele zurzeit modernisiert werden. Am Ende würde eine Art nuklearer Anarchie stehen.

Die nuklear bewaffneten Staaten geben zusammenge-rechnet jährlich 70 Milliarden

US-Dollar für die Erneuerung und Sicherung ihrer Atomwaffenarsenale aus. Allein die USA planen, in den kommenden 30 Jahren 1,7 Billionen Dollar (einschließlich Inflationsausgleich) für Atomwaffen und Trägersysteme einzusetzen.

Aber es gibt auch bessere Nachrichten. Die Mehrheit der Staaten, die genötigt wurden, als Nicht-Atomwaffenstaaten dem Atomwaffensperrvertrag von 1968 beizutreten, hat 2017 ein neues, signifikantes Abkommen ausgehandelt: den Atomwaffenverbotsvertrag. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird dieses Abkommen 2021 in Kraft treten. Zum ersten Mal in der Geschichte werden Atomwaffen für rechtswidrig erklärt – zumindest von denjenigen Staaten, die den Vertrag unterzeichnet haben. Ihre Anzahl liegt bei 84 (Stand: September 2020) und wird wohl weiter ansteigen, ehe das Abkommen in Kraft tritt. 122 Staaten, das sind zwei Drittel aller Staaten der Welt, waren am Abschluss der Verhandlungen beteiligt. Der Atomwaffenverbotsvertrag verbietet nicht nur sämtlichen Staaten den Besitz nuklearer Waffen (im Gegensatz zum Atomwaffensperrvertrag, der den Vereinigten Staaten, Russland, China, Frankreich und dem Vereinigten Königreich den Erhalt ihrer Waffen zumindest befristet erlaubt); darüber hinaus werden der Einsatz und die Dro-

hung damit – also das Konzept der nuklearen Abschreckung der NATO und aller Staaten, die Atomwaffen besitzen – zum ersten Mal für rechtswidrig erklärt.

Die Ursprünge des Atomwaffenverbotsvertrags

Die Wurzel des Atomwaffenverbotsvertrages liegt in der Enttäuschung der Nicht-Atomwaffenmächte über das langsame Tempo der nuklearen Abrüstung. Wie erwähnt, haben sie im Atomwaffensperrvertrag zugestimmt, selbst keine Atomwaffen anzustreben. Aber derselbe Vertrag verpflichtete auch die fünf anerkannten Atomwaffenmächte, in multilaterale Verhandlungen zur Abschaffung der Waffen einzutreten. In diese Richtung ist jedoch nicht viel geschehen – wenn man davon absieht, dass die Länder ohne Atomwaffen den „Club der Atomwaffenmächte“ alle fünf Jahre an diesen Vertragsinhalt erinnern. Dementsprechend gelang es vielen dieser alle fünf Jahre stattfindenden Überprüfungs-konferenzen nicht einmal, sich auf irgendein Abschlussdokument zu verständigen, während die erfolgreicher Konferenzen Erklärungen voller leerer Versprechen verabschiedeten, die niemals umgesetzt wurden. Kurz gesagt: Die Nicht-Atomwaffenmächte waren es leid, länger zu warten, und wollten den Atomwaffenmächten ein deutliches Signal senden, dass die Zeit des Wartens vorbei ist und dass sie

Für eine Zukunft ohne Atomwaffen:
ICAN-Direktorin Beatrice Fihn gedenkt 2018
mit Akira Kawasaki, Vorstandsmitglied der
Organisation Peace Boat, der Opfer von Hiroshima



ZEIT ZUM ABSCHIED VON DER BOMBE



**Die Mehrheit der Staaten in der Welt
hat entschieden: Atomwaffen werden illegal**
Von Tom Sauer

endlich eine tatsächliche Bewegung hin zur Vernichtung aller Atomwaffen erwarten.

Ein Bündnis von Staaten und Nichtregierungsorganisationen startete unmittelbar nach der gescheiterten Bewertungskonferenz von 2005 die Humanitäre Initiative. Das war die Geburtsstunde der Internationalen Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen (ICAN), einem Zusammenschluss von vier- bis fünfhundert Friedensorganisationen weltweit. Gemeinsam mit den Internationalen Ärzten zur Verhütung des Atomkrieges (IPPNW) und dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz gelang es ihnen, Staaten wie die Schweiz für eine Beteiligung zu gewinnen. 2013/2014 veranstalteten sowohl Norwegen als auch Mexiko und Österreich jeweils Humanitäre Konferenzen. Die Kernbotschaft dieser Konferenzen war, dass die Welt nicht bereit ist für einen Atomkrieg – und dass sie es niemals sein wird. Deshalb müsse alles getan werden, einen Atomkrieg zu verhindern. Und die einzige unverbrüchliche Garantie, dass er nicht stattfinden wird, ist, die Atomwaffen zu vernichten. Ein wertvoller Schritt in diese Richtung ist, sie zu ächten – so wie einst die chemischen und biologischen Waffen zunächst geächtet und später vernichtet wurden. Dasselbe gilt für Land-

minen und Streumunition. Das ist die Idee hinter dem Atomwaffenverbotsvertrag.

Auswirkungen des Atomwaffenverbotsvertrages

Die Auswirkungen des Atomwaffenverbotsvertrages lassen sich nur schwer vorhersagen. Die Staaten, die selbst über Atomwaffen verfügen, und ihre Verbündeten (darunter Deutschland) gehören, weltweit gesehen, zu einer Minderheit. Und sie sind (noch) nicht für die Idee gewonnen. Zum ersten Mal in der Geschichte geht die Initiative von den Nicht-Atommächten aus; das verunsichert die nuklear bewaffneten Staaten und ihre Verbündeten.

Nichtsdestotrotz muss der eigentliche Einstellungswandel von innen kommen. Verfechter des Vertrags hoffen, dass ein Verbot nuklearer Waffen die gesellschaftliche und politische Debatte innerhalb der Atomstaaten entscheidend beeinflusst. Sie gehen davon aus, dass es politische Folgen hat, wenn der Einsatz und der Besitz nuklearer Waffen als rechtswidrig gebrandmarkt werden.

Bereits heute lassen sich solche positiven Folgen beobachten: Die katholische Kirche hat in der Frage der Atomwaffen seit 2014 eine Kehrtwende vollzogen, auch dank des persönlichen Engagements von Papst Franziskus. Nach katholischer

Lehre ist jeder Gebrauch und Besitz nuklearer Waffen (ganz im Gegensatz zu Aussagen der 1980er Jahre) unmoralisch und unrecht – und demnächst aller Wahrscheinlichkeit nach auch rechtswidrig. Der Vatikan hat den Atomwaffenverbotsvertrag bereits unterzeichnet und ratifiziert.

Im finanziellen Sektor, beispielsweise für Banken und Pensionsfonds, besteht ein gewaltiger Unterschied zwischen (moralisch) unrechten und rechtswidrigen Waffensystemen. Sobald ein System für rechtswidrig erklärt wird, drängen Kunden und Mitarbeiter darauf, alle Investitionen in diesen Bereich zu stoppen. Genau das geschieht zurzeit mit Atomwaffen. Der norwegische und der niederländische Pensionsfonds haben sich so entschieden, dasselbe trifft auf KBC (die größte belgische Bank) zu – unter ausdrücklichem Bezug auf den Atomwaffenverbotsvertrag.

Wie lange werden sich deutsche, niederländische, belgische oder italienische Christdemokraten, Sozialisten und Liberale noch auf ein Konzept der Drohung mit nuklearen Massenvernichtungswaffen stützen, wenn der Rest der Welt diese Waffen gleichzeitig für rechtswidrig erklärt? Wie lange können wir Staaten wie dem Iran noch verwehren, sich Atomwaffen zu verschaffen, während wir selbst uns auf eine Politik nuklearer Abschreckung stützen und solche Waffen in unseren Ländern dulden? Wie nachhaltig ist dieser Zustand? ▲

Operation Redwing: 1956 ließen die USA auf den Marshallinseln im Pazifik zu Testzwecken insgesamt 17 Kernwaffen explodieren

INNERE FÜHRUNG

In Berlin: Eine Aktivistin mit einem veränderten Plakat hatte versucht, dieses öffentlich aufzuhängen. Daraufhin durchsuchte die Polizei ihre Wohnung (o.). Eine Frau entfernte im Jahr 2015 Farbe, nachdem Unbekannte den „Showroom“ der Bundeswehr beschädigt hatten (u.).



„EIN KOMMANDEUR KRIEGT NICHT ALLES MIT“

**Der Bundestagsabgeordnete Tobias Lindner
und der Historiker Sönke Neitzel
sprechen über offene Fragen zum KSK,
verlorenes Vertrauen der Soldaten in die Politik
und den halbherzigen Umgang
mit dem Dauerthema Tradition**
Interview: Felix Ehring



Ein Soldat der Luftlandebrigade 1 aus dem Saarland bei einer Übung. Die politische Orientierung von Fallschirmjägern gab schon öfters Anlass zur Sorge, sagt Historiker Neitzel

Herr Lindner, wann schrillten bei Ihnen die Alarmglocken wegen des KSK?

Tobias Lindner: Im Verteidigungsausschuss wurde uns zunächst von Einzelfällen erzählt. Als wir dann hörten, dass ein KSK-Angehöriger vor Maßnahmen des MAD gewarnt wurde, entstand der Eindruck, dass es da Kommunikation zwischen einigen Soldaten gibt. Sehr hellhörig wurde ich, als der damalige MAD-Präsident zur Jahreswende 2018/2019 im Verteidigungsausschuss sagte: Das KSK ist unser Bearbeitungsschwerpunkt.

Herr Neitzel, Sie forschen über Kampfverbände. In dem Rahmen waren Sie mehrmals in Calw beim KSK. Was tun sie dort?

Sönke Neitzel: Mich interessieren vor allem die Kulturen der Kampftruppen, die sogenannte *Tribal Culture*. Intensiv beschäftigt habe ich mich mit der Fallschirmjägertruppe, die ja auch den Kern vom KSK stellt. Die Debatte um Rechtsradikalismus, Rechtsextremismus, Traditionsbilder usw. verfolgt die Fallschirmjägertruppe im besonderen Maße. Es gab dort immer wieder Fälle von Rechtsradikalismus. Ein prominenter Fallschirmjäger, Oberst Gerhart Schirmer, hat beispielsweise 1969 für die NPD im Bundestagswahlkampf kandidiert. Als Historiker vergleiche ich, wie in solchen Lagen die Politik jeweils reagiert hat: Zunächst sind es Einzelfälle, dann mehr Fälle, dann gibt es einen Untersuchungsausschuss. Danach wird alles wieder vergessen, bis es von vorn losgeht. Die Frage ist: Sind bestimmte Einheiten affiner für rechtsextreme, rechtsradikale Gedanken?

Schützengraben im Distrikt Char Darah, Afghanistan (2010): Bietet der Traditionserlass für die kämpfende Truppe zu wenige Anknüpfungspunkte?



Waren Sie überrascht, als Sie von Ritualen wie Schweinekopferfen hörten?

Neitzel: Rituale gibt es, seit es das Militär gibt. Und wo es besonders gefährlich ist, haben die Soldaten spezielle Sitten und Gebräuche. Nun kann man sagen: Let the Boys be Boys. Aber natürlich fanden das Schweinekopferfen auch beim KSK nicht alle super. Wir haben zwei Ebenen zu betrachten: Einerseits eine Gruppe von Soldaten – auch im KSK in der zweiten Kompanie –, die sind vermutlich als Rechtsradikale in die Bundeswehr gekommen, die hatten die Einstellung schon vorher, wie auch Franco A. Da hat der MAD schlicht versagt. Wie kann es sein, dass Leute wie Pascal D. nach der Sicherheitsüberprüfung eine Ü3 bekommen haben? Pascal D. hat auch in Afghanistan schon manch lockeren Spruch im Kameradenkreis losgelassen. Man hat das toleriert, weil man viel zu wenige Kommandosoldaten hatte und weil er handwerklich ein sehr guter Offizier war. Gleichwohl: Diese Leute müssten mit nachrichtlichen Mitteln zu finden sein.

Und die zweite Gruppe?

Neitzel: Die macht mir wirklich Sorgen und die ist auch viel größer. Das betrifft die vertikale Kohäsion der Bundeswehr, also die Loyalität zur Generalität und Politik, die seit 2001 massiv belastet war. In den internen Berichten der Bundeswehr steht schon 2001: Aufträge und Mittel klaffen massiv auseinander. Die Bundeswehr braucht Ruhe. Die Truppe vertraut der Führung nicht mehr. In dieser Situation geht die Bundeswehr in den Afghanistaneinsatz und tut, was

„Die Bedeutung des Verteidigungsausschusses hat über die Jahrzehnte abgenommen. Nun ist er nur ein Rädchen neben anderen.“

Sönke Neitzel

man nicht tun sollte: Sie überdehnt weiter. Dann kommt die Diskussion um den Sinn des Afghanistaneinsatzes. Dann kommt Frau von der Leyen, die – diplomatisch formuliert – ein etwas unglückliches Händchen mit der Truppe hat. Und dann haben wir all die Diskussionen um die Bundeswehr sowie eine CDU, die früher die klassische Soldatenpartei war und dies heute aber nicht mehr ist. Das alles führt dazu, dass viele Soldaten die AfD wählen. Die CDU hat viele Soldaten verloren, weil gesagt wird: Ich traue diesen Politikern nicht mehr. Die Soldaten gehen also nicht wegen des Bundestages oder des Grundgesetzes in den Einsatz, sondern wegen der Kameraden. Das ist die horizontale Kohäsion. Natürlich gibt es bei den Politikern Unterschiede. Ich möchte noch mal Winfried Nachtwei erwähnen, der bis heute in der Truppe außerordentlich beliebt ist.

Wo hakt es im Verteidigungsausschuss?

Lindner: Es gibt mehrere Probleme: Erstens die Trennung von Verteidigungsausschuss und Auswärtigem Ausschuss. Man bräuchte für Themen wie ein Afghanistanmandat gemeinsame Sitzungen beider Ausschüsse. Das zweite Problem ist die Frage, womit die Bundesregierung den Ausschuss befasst. Ein Beispiel: Mit den Ergebnissen des Weißbuch-Prozesses wurden wir nie befasst. Das dritte Problem ist der Ausschuss selbst. Die Sitzungen sind ritualisiert. Jede Fraktion ist drei Minuten dran. Da kriegt man keine Debatte mit Rede und Gegenrede hin. Und der Ausschuss befasst sich mit sehr vielen Dingen. Er bräuchte mehr Zeit oder eine dünnere Tagesordnung.

Neitzel: Die Bedeutung des Verteidigungsausschusses hat über die Jahrzehnte abgenommen. Nun ist er nur ein Räd-

chen neben anderen. In Afghanistan hat die Politik getan, was für sie günstig war: außenpolitische Anforderungen – etwa der NATO – erfüllt und auf die Innenpolitik geschaut. Sie hat aber nicht auf die militärische Logik geschaut: Was erreichen wir in Afghanistan? Was brauchen die Soldaten? Darum ging es fast nie. Zwei Gruppen haben also eine Bringschuld: Soldaten, die loyal und verfassungstreu sein müssen und nicht irgendwelchen identitären Bewegungen oder Neonazis nachhängen dürfen. Gleichzeitig gibt es auch eine Bringschuld der – unscharf – Politik. Da muss man sich nicht wundern, wenn in einzelnen Einheiten zwei Drittel die AfD wählen.

Wie kann es sein, dass Vorgesetzte nicht einschreiten, wenn Soldaten rechte Sprüche klopfen?

Neitzel: Die zweite Kompanie des KSK hatte – im Gegensatz zu anderen Kompanien – schon in Afghanistan einen bestimmten Ruf. Unter Soldaten ist die harte Währung: Wie gut ist einer militärisch? Das kann schon mal zu der Entscheidung führen, in einem Fall nicht den MAD einzuschalten, weil man den Soldaten braucht. Man muss auch sagen: Ein Kommandeur kriegt nicht alles mit. In der zweiten Kompanie hat sich offenbar eine Binnenkultur entwickelt. Das hat auch mit mangelnder Aufsicht zu tun. Man hätte Leute rotieren lassen können.

Lindner: Aus meiner Sicht sind es zwei Treiber für solch ein Mikroklima: Personalmangel und die *Tribal Culture*. Soldaten kommen ins KSK und bleiben dort. Die Kameradschaft zählt beim KSK ganz besonders und wird in solchen Fällen dann auch falsch verstanden. Ich wage die These, dass es eine Korrelation gibt: Unter denen, die so leidensfähig sind und auch bereit, im Notfall zu töten,



Im Jahr 2017 ließ die Helmut-Schmidt-Universität das Bild ihres Namensgebers zwischenzeitlich entfernen. Deutschland diskutierte, ob es sich bei dem Foto um ein „Wehrmachtsandenken“ oder eher um eine zeitgeschichtliche Aufnahme handelt

findet man weniger politisch links eingestellte Personen als im Durchschnitt der Gesellschaft. Das muss man wissen und etwa bei der Politischen Bildung bedenken. Das KSK ist eine besondere Einheit, auf die nicht alle Regeln der Bundeswehr eins zu eins übertragbar sind. Es darf aber nicht sein, dass man am Ende keine Regeln mehr hat, sondern eine besondere Einheit benötigt dann auch besondere Regeln. Themen wie Disziplinarrecht oder Aufsicht sind für mich Baustellen, die die Politik zu bearbeiten hat.

Haben Sie ein Beispiel, wo allgemeine Regeln der Bundeswehr nicht genau passen?

Lindner: Man benötigt eine andere Politische Bildung, eine andere Art der

Personalführung, einen anderen Umgang mit Munition, schlichtweg wegen des hohen Verbrauchs.

Der wesentliche Zweck des KSK ist die Geiselnbefreiung. Zu lesen ist allerdings, dass Deutschland für deutsche Geiseln im Ausland öfters Lösegeld gezahlt hat, statt das KSK einzusetzen, auch wenn die Kommandosoldaten bereitstanden.

Neitzel: Man kann das verstehen: Das Leben der Geisel steht an oberster Stelle. Zuständige Politiker wissen: Stirbt die Geisel, muss ich zurücktreten. Also zahlen sie lieber. Nur: Seit 24 Jahren haben wir diesen Verband, der noch nie eine Geisel befreit hat. Das KSK ist enorm gut ausgebildet und ausgerüstet. Nur einsetzen will man es in diesem speziellen Gebiet nicht. Also: Was das KSK aktuell macht, könnten Fallschirmjäger mit erweiterter Grundbefähigung auch machen. Von der Bundesregierung wäre es ehrlicher zu sagen: Wir zahlen lieber. Und wenn wir doch mal Geiseln befreien wollen, gibt es noch die GSG 9. Also: Lösen wir doch das KSK auf und versetzen die Kommandosoldaten zur GSG 9, zu den Fallschirmjägern und anderen. Das KSK macht zwar viele andere Dinge jenseits der Geiselnbefreiung – etwa die Aufklärung und die Ausbildung –, die zur Berufszufriedenheit beitragen. Da sind gewiss nicht alle frustriert. Aber die Einheit bleibt unter ihren Möglichkeiten.

„Jede Fraktion ist drei Minuten dran. Da kriegt man keine Debatte mit Rede und Gegenrede hin.“

Tobias Lindner

Herr Lindner, war das zuletzt politisch ein Thema zu sagen: Wofür brauchen wir das KSK überhaupt?

Lindner: Ich darf wegen der Geheimhaltung nicht über alles sprechen. Aber: Seit 2013 haben wir im Verteidigungsausschuss noch nie eine Diskussion über den Auftrag des KSK geführt. Das KSK ist im politischen Raum ausgeblendet. Man muss diskutieren: Was soll und muss das KSK können, wozu wollen wir es gebrauchen und wozu nicht?

Neitzel: Man braucht eigentlich Politiker aller Parteien, die nach Calw gehen und sagen: Ich bin Mitglied des Bundestages und wir brauchen euch – dafür. Die Bundesrepublik Deutschland braucht euch – dafür. Die Wirkung müsste dann sein, dass die Kommandosoldaten sagen: Für den Herrn Lindner oder wen auch immer mache ich das. So kommt das Parlament rein. Merkt aber der KSK-Soldat: Über so eine entscheidende Frage hat der Verteidigungsausschuss noch nie geredet, dann fördert das nicht gerade das Vertrauen in die Politik.

Im KSK gab es immer wieder Probleme mit Rechtsradikalismus: Warum sind das Verteidigungsministerium, der MAD, der Verteidigungsausschuss nicht früher und entschiedener eingeschritten?

Lindner: Wir müssen trennen. Erstens: Rechtsextreme Verfehlungen gab es immer mal wieder. Wichtig ist: Wird das aufgedeckt und folgen Konsequenzen? Zweitens: Welches Traditionsverständnis haben Einheiten wie KSK, Fallschirmjäger, Panzergrenadiere? Welche Anknüpfungspunkte an den Zweiten Weltkrieg haben die Einheiten? Wie kriegen sie ein zeitgemäßes Traditionsverständnis

hin? Drittens: Netzwerke und Verbindungen auch außerhalb der Bundeswehr. Gibt es da Leute, die eine Gefahr für den Staat darstellen? Das alles trifft auf das KSK zu. Deshalb hat die Ministerin gesagt: Bekommt das KSK die Probleme nicht in den Griff, steht auch die Existenz infrage.

Neitzel: Die Bundesrepublik hat bis heute ein massives Problem damit, ein Traditionsbild zu schaffen, das der Kampftruppe gerecht wird. Man kann der Kampftruppe nicht mit dem Elbehochwasser und dem Kalten Krieg kommen. Man braucht Vorbilder, die gekämpft haben. Das versucht man jetzt mit Afghanistan, geht da aber ganz vorsichtig vor. Eigentlich gilt nur: freiheitlich demokratische Grundordnung und der 20. Juli. Das interessiert einen Kommandofeldwebel aber im Kern seines Berufsverständnisses nur am Rande. Die Bundeswehr macht Traditionserlasse vor allen Dingen für die Gesellschaft, die Politik, die Presse. Sie kümmert sich viel zu wenig nach innen. Gibt man der Kampftruppe keine Vorbilder, werden die Soldaten im Internet fündig und driften ab.

Als Historiker haben Sie vermutlich einen Vorschlag zum Thema Tradition?

Neitzel: Stimmt. Bundeswehr, Bundestag und Bundesregierung haben es leider verdaddelt, zum Beispiel: zehn Jahre Tapferkeitsmedaille. Es gibt 29 Träger, aber nach zehn Jahren keine Veranstaltung dazu im Bundestag, keine Rede des Bundespräsidenten. Selbst die Bundeswehr hat nichts gemacht. Einfach vergessen.

Lindner: Der Afghanistaneinsatz als Kampfeinsatz war für die deutsche Politik in weiten Teilen ein Trauma.



Dr. Tobias Lindner (38) gehört seit 2011 der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag an. Der Volkswirt ist Sprecher für Sicherheitspolitik und Obmann der Grünen im Verteidigungsausschuss sowie Mitglied im Vertrauensgremium für die geheimen Haushaltspläne der Nachrichtendienste des Bundes.

„Lässt man ein Bild von Helmut Schmidt in Wehrmachtuniform jetzt hängen oder soll man es abhängen? Da sind doch die Leerstellen.“

Tobias Lindner

„Die Bundesrepublik hat bis heute ein massives Problem damit, ein Traditionsbild zu schaffen, das der Kampftruppe gerecht wird.“

Sönke Neitzel

Deshalb wird der Aspekt „Kampfeinsatz“ in der politischen Diskussion gern ausgeblendet – und deshalb fielen Dinge wie zehn Jahre Tapferkeitsmedaille auch unter das Radar.

Neitzel: Diese Medaille würde aber Anschluss an die Tradition der Kampftruppe geben. Ich möchte ergänzen: Ganz ohne die Wehrmacht geht es meines Erachtens nicht. Denn: Die Panzertruppe war mit ihren Panzern nicht in Afghanistan. Mein Rat: Nehmt doch die Gründergeneration der Bundeswehr, die für Friede und Freiheit vieles geleistet haben. General von Senger und Etterlin, der in den 1970er Jahren NATO-Oberbefehlshaber war und als junger Mann in der Wehrmacht gekämpft hat. Oder die Widerständler: Axel von dem Bussche, der in der Wehrmacht war und im Widerstand. Es gibt durchaus Figuren. Aber niemand traut sich das. Deshalb läuft es darauf hinaus: Wir machen einen Schnitt bei 1945 – mit Ausnahme von Tresckow und Stauffenberg.

Herr Lindner, wäre so etwas vermittelbar, da es der Traditionserlass zulässt?

Lindner: Ich sehe das anders als Herr Neitzel. Wir müssen es schaffen, Tradition und Geschichte nicht gleichzusetzen. Dann kann man über Leute aus der Gründergeneration der Bundeswehr reden. Und zum Traditionserlass hatte ich die Teilstreitkräfte einmal abgefragt, was aus dem neuen Traditionserlass für sie und für die Organisationsbereiche der Bundeswehr folgt. Die Antworten waren extrem dünn. Das Problem ist doch: Wir haben den neuen Erlass und damit ist die Diskussion beendet. Nein! Es muss was Konkretes für die Truppe daraus folgen:

Wie bringt man das in der Politischen Bildung ein? Lässt man ein Bild von Helmut Schmidt in Wehrmachtsuniform jetzt hängen oder soll man es abhängen? Da sind doch die Leerstellen.

Neitzel: Das Kernproblem: Politik und Gesellschaft müssen das Traditionsbild verstehen, andererseits...

Lindner: ...müssen die Soldaten was damit anfangen können.

In den vergangenen Jahren gab es Ermittlungen gegen einzelne Kommandosoldaten wegen schwerwiegender strafrechtlicher Delikte. Es scheint, als sei das KSK auf Dauer kein guter Ort selbst für Hartgesottene.

Neitzel: Personal ist eine Mangelressource beim KSK. Die Hürden sind so hoch – deutscher Perfektionismus –, dass man keine Leute bekommt. Man kann diese Leute deshalb nicht einfach etwas anderes machen lassen.

Lindner: Wer länger im KSK verbleibt, sollte zwischendurch mal in einem anderen Verband dienen, selbst wenn die Personallage schwierig ist. Außerdem: In einem Verband wie dem KSK braucht man andere Fürsorge. Zunächst benötigen wir im parlamentarischen Raum eine vernünftige Lagefeststellung – soziologischer und sozialwissenschaftlicher Natur: Wie geht es den Angehörigen des KSK? Wie denken die politisch? Welche privaten Probleme haben sie? Ich behaupte, das wissen wir nicht. Vielleicht hat die Bundeswehr Erkenntnisse, aber wir im Verteidigungsausschuss haben noch nichts zu Gesicht bekommen. ▲



Prof. Dr. Sönke Neitzel (52) ist Historiker und bekleidet seit 2015 die Professur für Militärgeschichte / Kulturgeschichte der Gewalt an der Universität Potsdam. Zu seinen bekanntesten Büchern gehört „Soldaten“ (2011). Im November 2020 erscheint: Deutsche Krieger. Vom Kaiserreich zur Berliner Republik – eine Militärgeschichte.

WENN DIE GEWALT INS ZENTRUM RÜCKT



**Durch die Funktionsausweitung auf den Einsatz
und den Wandel der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen
hat die strukturelle Verwundbarkeit der Bundeswehr
durch Rechtsextremismus zugenommen**

Von Dierk Spreen

Weder der Fall „Franco A.“ noch die Debatte um die Verbreitung rechtsradikaler Gesinnungen im KSK sind gute Nachrichten für die Bundeswehr. Die Frage, ob in ihren Reihen rechtsextreme Netzwerke entstehen könnten, ist in der Welt. Dass das eine Belastung für die Integration der Bundeswehr in die Gesellschaft darstellt, liegt auf der Hand. „Waffen hortende Reservisten, Hitler verehrende Spezialkräfte und Polizisten, die sich auf einen Bürgerkrieg vorbereiten: [...] Welcher Institution ist noch zu trauen“, fragt der „Spiegel“, „wenn es in ihr Staatsdiener gibt, die in Wahrheit Staatsfeinde sind?“ (Spiegel, 33 / 2020, S. 16).

Studienlage

Nun sind Rechtspopulismus und Rechtsextremismus aber tatsächlich Probleme der Gesamtgesellschaft und keineswegs allein der Bundeswehr. Die Studienlage in Bezug auf die Bundeswehr war sogar lange Zeit vergleichsweise beruhigend, wenngleich sie alles andere als aktuell ist. Wünschenswert wäre sicherlich ein Dauerinstrument, etwa vergleichbar den Mitte-Studien der Universität Leipzig. Denn solange abgesicherte Informationen zur gesellschaftlichen Integration der Bundeswehr intransparent bleiben bzw. nur sporadisch erhoben werden, kann jeder Rechtsextremismusfall leicht als Symptom des Gesamtzustands interpretiert werden, was für alle Soldatinnen und Soldaten, die ihren Eid ernst nehmen, jedes Mal eine frustrierende Erfahrung sein dürfte.

Strukturelle Verwundbarkeit?

Unbestreitbar ist aber auch, dass in einer solchen gesamtgesellschaftlichen Lage der Bundeswehr besonderes Augenmerk geschenkt werden muss, da es eine organisationsspezifische strukturelle Verwundbarkeit durch rechtspopulistisches oder sogar rechtsextremes Gedankengut oder Versatzstücke desselben geben könnte. Der Frage einer möglichen strukturellen Verwundbarkeit möchte ich mich annähern, indem ich das Verhältnis zwischen Bundeswehr und Gesellschaft im Rahmen einer Risikoanalyse in den Blick nehme. Dabei greife ich auf Überlegungen zurück, die ich an anderer Stelle ausführlich entwickelt habe.

Ergebnisse der Risikoanalyse

Die Bundeswehr befindet sich in einem Prozess der strukturellen Funktionsausweitung. Ihre Funktionen umfassen einerseits das klassische Portfolio der Landesverteidigung. Andererseits gehören dazu auch Fähigkeiten einer weltweit operationsfähigen Einsatzarmee, die als globaler Gendarm agieren kann. Hierzu gehören typischerweise auch hochprofessionelle Spezialkräfte wie das KSK.

Einsatzarmee heißt bezogen auf das Verhältnis Militär / Gesellschaft, dass die Bundeswehr stärker unter dem Gesichtspunkt eines funktionalen Subsystems der Politik gesehen wird denn unter dem der Integration in die Gesellschaft. Mit einer solchen Funktionalisierung und Professionalisierung geht zwangsläufig eine gewisse soziale Schließung einher. Dass das gerade bei hochprofessionell auf Krisenintervention ausgerichteten Spezialkräften zur Bildung einer „heroischen Gemeinschaft“ im Sinne Herfried Münklers führen kann, darf wenig verwundern.

Aus diesem Strukturwandel und der neuen Aufgabenvielfalt erwachsen spezifische Risiken, an die rechtspopulistische Diskurse oder sogar rechtsextremes Gedankengut anknüpfen können. Im Einzelnen meine ich, folgende Risiken identifizieren zu können:

Erstens konfrontiert der Funktionswandel der Bundeswehr zur Einsatzarmee und zu einem global wirkenden Sicherheitsakteur Soldatinnen und Soldaten mit neuen Erfahrungen. Nun gibt es plötzlich „Kampftruppen“ innerhalb der Bundeswehr. Damit besteht die Gefahr, dass die Gewalterfahrung als Gravitationszentrum des soldatischen Berufsbildes ausgemacht wird.

Nach meinem Dafürhalten sollten solche, die Gewalterfahrung thematisierenden Sichtweisen als Ausdruck einer *Selbstverständniskrise* verstanden werden, die mit dem Funktionswandel der Bundeswehr zusammenhängt und Orientierungsbedarf dokumentiert. Die Entstehung eines geschlossenen Diskursraumes für Kampf- und Gewalterfahrungen kann leicht in die falsche Richtung führen. Wenn erst „die Gewalt“ als Zentrum des soldatischen Selbstverständnisses erscheint, dann könnte so mancher auf die Idee verfallen, in Landser-Heftchen oder anderen Verklärungspublikationen nachzulesen, wie sich das im letzten Weltkrieg denn so anfühlte – die Fokussierung auf den Kampf kann Geschichts- und Wehrmachtsmythen eine Tür öffnen.

Zweitens ergibt sich mit dem Strukturwandel der Bundeswehr und durch die damit verbundene Tendenz zur systemischen Schließung das Risiko einer zunehmenden Abschottung zwischen Gesellschaft und Armee. Zumindest wird von Soldatinnen und Soldaten ein Anerkennungsproblem immer wieder problematisiert. Sie schätzen das öffentliche Meinungsklima in Bezug auf die Streitkräfte im Vergleich zu ihrer persönlichen Einstellung negativer ein (negative

Folge eines Strukturwandels?
 Nach einem Waffenfund bei einem KSK-Soldaten in Sachsen fahren Polizisten im Justizzentrum in Dresden vor, wo der Mann einem Haftrichter vorgeführt wird





PD Dr. Dierk Spreen ist
Soziologe und Politologe.

Diskrepanzwahrnehmung). Es ist allerdings eher so, „dass dem Thema Ansehen der Bundeswehr von der Bevölkerung nur ein geringes emotionales Themenpotenzial zugeschrieben“ wird (Wanner, 2019, S. 176).

Die Wahrnehmung einer Anerkennungsproblematik kann jedoch ebenfalls ein Einfallstor für rechtspopulistische Sinnangebote sein: Die Zivilgesellschaft habe militärische Gewaltausübung zu akzeptieren statt eine „dekadente“ Haltung einzunehmen, die Bevölkerung solle sich mit ihren Soldaten identifizieren etc. Negative Diskrepanzwahrnehmungen können daher ausgenutzt werden, um unter den Mitgliedern der Bundeswehr für randständige rechte Einstellungen zu werben. Ein ungebrochenes Verhältnis zum Militärischen und zur militärischen Gewaltausübung ist aber nur in autoritär verfassten Kriegsgesellschaften möglich. Die diskursive Engführung des soldatischen Berufsverständnisses auf Kampf, Gewalt oder militärischen Elitegeist kann daher eine Ansehens- und Anerkennungsproblematik nur verschlimmern.

Mit der wachsenden politischen Bedeutung des Rechtspopulismus verändert sich drittens das gesellschaftliche Rahmenklima, in dem sich die Bundeswehr verorten muss. Im Diskursfeld „Sicherheit“ tauchen Positionen auf, die Migranten als potenziell feindlich betrachten, internationale Verantwortung und globale Sicherheit gering schätzen und von einem nationalistischen Imperativ ausgehen. Exklusive Solidarität, desintegrative Tendenzen, soziale Aggression und Ausgrenzung greifen um sich. Solche Tendenzen betreffen Soldatinnen und Soldaten unmittelbar, wenn ihr Selbstbild auf Schutz, Sicherheit und Hilfe ausgelegt ist. Sie können zu erheblichen Irritationen führen und werden zudem von Versuchen begleitet, den Auftrag der Bundeswehr entlang exklusiver und gewaltaffin-instrumenteller Codes umzuformulieren. Daher sollte Soldatinnen und Soldaten ein überzeugendes Angebot in den Bereichen Innere Führung und Politische Bildung gemacht werden – ein Angebot, das für die innere Logik und die Konsequenzen rechtspopulistischer Vorstellungen von Staat und Gesellschaft sensibilisiert.

Handlungsfelder

In diesen drei Kontexten ergeben sich potenzielle Andockstellen für rechtspopulistische Ideologeme. Es ist daher unzureichend, rechtspopulistische oder sogar rechtsextreme Haltungen unter Soldatinnen und Soldaten als lediglich individuelle Fehlleistungen zu verstehen, denn sie haben einen gesellschaftlichen Zusammenhang. Die Gegenmaßnahmen können sich folglich auch nicht in einem optimierten geistig-moralischen „Durchsieben“ der Mitglieder der Bundeswehr erschöpfen. Ansetzen kann man vielmehr außerdem

- ▶ bei der politischen Bildung und der Aufklärung über rechtspopulistische Ideologeme und Weltbilder,
- ▶ an der Selbstverständnisproblematik, die nicht um die Gewaltausübung kreisen darf, sondern um die Funktion der Gewaltbewältigung,
- ▶ an der Wahrnehmung einer Anerkennungsproblematik und der Frage, wie man das Verhältnis der Gesellschaft zu ihren Soldatinnen und Soldaten heute denken muss, sowie
- ▶ an der Veränderung des desintegrativen gesellschaftlichen Rahmenklimas.

Alles keine leichten Aufgaben. Aber wozu haben wir Politikerinnen und Politiker? Das ist ganz wesentlich eine Aufgabe, der sie im Dialog mit zivilgesellschaftlichen Akteuren, den Mitgliedern der Bundeswehr, der Seelsorge sowie den Verbänden und Gewerkschaften nachkommen müssen. ▲

Literatur:

Meike Wanner, **Das Ansehen der Bundeswehr**. Persönliche Einstellung versus Meinungsklimawahrnehmung, Baden-Baden 2019.

Dierk Spreen, **Rechtspopulismus und Bundeswehr**. Eine Bestandsaufnahme mit Risikoanalyse, in Angelika Dörfler-Dierken (Hg.): Hinschauen! Geschlecht, Nation, Rituale. Systemische Probleme oder individuelles Fehlverhalten? Berlin 2019, S. 97–136.

VON DER NACHGEHOLTEN REVOLUTION ZUR KONTERREVOLUTION?



**Politikwissenschaftliche Analysen
ostmitteleuropäischer Zustände zeigen unter anderem,
wie das Verhalten nationaler Eliten und internationale Krisen
das Projekt von 1989 gefährden. Und wie eine deutsche
EU-Politik die politischen Spielräume
der schwächeren europäischen Partner beschneidet**

Von Roger Mielke

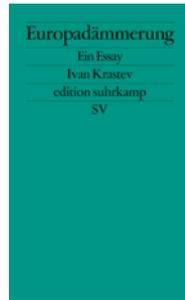
„Nachholende Revolution“, so bezeichnete in einer frühen, im April 1990 erschienenen Analyse *Jürgen Habermas*, schon damals der wohl einflussreichste Intellektuelle der Bundesrepublik, den epochalen Umbruch des Jahres 1989. Nichts substantiell Neues, das war gemeint, habe also das Jahr 1989 gebracht, „kein neues Licht auf unsere alten Probleme“ geworfen. Vielmehr holten die ostmitteleuropäischen und osteuropäischen Nationen nach zwei Totalitarismen nun die Entwicklung des westlichen Teils des Kontinents nach. Schon für den Habermas des Jahres 1990 war dieses Nachholen mit Ambivalenzen befrachtet. Dass sich die alte Bundesrepublik schlicht als Modell behaupten und über einen Beitritt von fünf „neuen“ Ländern fortsetzen könnte, sah Habermas mit Skepsis.

Wie steht es nun, 30 Jahre nach dem Umbruch, der „friedlichen“ oder „samtenen“ Revolution, um die nachholende Revolution? In den vielen Krisen Europas, von der Banken- über die Schulden- bis zur Migrationskrise, nimmt die Krise des liberalen Ordnungsmodells eine Schlüsselstellung ein. In der Optik westeuropäischer Be-

obachter scheinen Ungarn, Polen, Tschechien unter der Präsidentschaft des Milliardärs Babiš, vielleicht auch die Slowakei nach den mafösen politischen Morden des Jahres 2018, auf dem Weg in eine illiberale Demokratie zu sein. Um die Entwicklung einschätzen und bewerten zu können, ist es wichtig, Stimmen aus Osteuropa selbst zu hören und die politischen ebenso wie die gesellschaftlichen Umstände wahrzunehmen. Die hier vorzustellenden Bücher sind so etwas wie Schlüsselwerke der jüngsten Zeit, die im Modus politischer Essayistik und historischer Forschung scharfe Bilder zeichnen.



Jürgen Habermas:
Die nachholende Revolution, in:
Ders.: Die nachholende Revolution. Kleine politische Schriften VII, Suhrkamp-Verlag, Frankfurt am Main 1990, 9,50 Euro.



Ivan Krastev:
Europadämmerung, Suhrkamp-Verlag, Berlin 2017, 143 Seiten, 14 Euro.



Ivan Krastev, Stephen Holmes:
Das Licht, das erlosch, Ullstein-Verlag, Berlin 2019, 368 Seiten, 26 Euro.



Ivan Krastev, Stephen Holmes: **Osteuropa erklären**. Das Unbehagen an der Nachahmung, in: Merkur, Heft 836, Berlin 2019, S. 14–28, 2 Euro.

Die Imitation des Westens hat keine Zukunft

Der in Wien lehrende bulgarische Politikwissenschaftler *Ivan Krastev* veröffentlichte 2017 seinen Essay „After Europe“, alsbald ins Deutsche übersetzt unter dem nietzscheanisch schillernden Titel „Europadämmerung“. Dreißeig Jahre nach dem Umbruch von 1989, so Krastevs These, erleben wir erneut die Zerbrechlichkeit politischer Ordnung. „Im 21. Jahrhundert ist die Migration die neue Revolution“, nicht mehr angetrieben von Utopie und Ideologie, sondern „von den auf Google Maps verbreiteten Fotos vom Leben auf der anderen Seite“. Migration heißt für Osteuropa aber nicht nur als bedrohlich empfundene Zuwanderung Schutzsuchender, es heißt massive Abwanderung junger Menschen. Rumänien und Bulgarien haben in den letzten 30 Jahren 25 bis 30 Prozent ihrer Einwohner verloren. Auf die neuen massiven Ungewissheiten reagieren die Populisten. In der Perspektive der Populisten und ihrer Wähler haben nicht die Völker den liberalen Weg verlassen. Vielmehr haben die liberalen Eliten den nationalen Konsens aufgekündigt „Populisten versprechen ihren Wählern nicht Kompetenz, sondern Intimität. Sie versprechen, das Band zwischen Eliten und Volk wiederherzustellen.“ Darauf könne die EU nach Krastev nur mit einem neuen liberalen Politikangebot reagieren, mit einem „Kompromiss“, der die berechtigten Kritikpunkte aufnimmt.

Im Jahr 2019 erschien das neue Buch von Krastev, gemeinsam mit dem US-Politikwissenschaftler *Stephen Holmes* verfasst: „Das Licht, das erlosch“. Zentrales Argument: Der Überdruß am Liberalismus Westeuropas ergibt sich aus einem „Nachahmungsimperativ“. Nach dreißeig Jahren Orientierung am westeuropäischen Modell kommt es zu „Konterrevolutionen“, 2010 in Ungarn, 2015 in Polen. An die Stelle eines postnationalen Liberalismus, der Identifikation von Liberalismus und Antinationalismus, tritt eine neue Bedeutung der Nation und des nationalstaatlichen Ordnungsrahmens. 2015 war, so Krastev und Holmes, die „Wasserscheide“. Die Imitation des Westens, so wurde klar, hat keine Zukunft.



Jan Zielonka:

Konterrevolution.

Der Rückzug des liberalen
Europa, Campus-Verlag,
Frankfurt am Main 2019,
206 Seiten, 19,95 Euro.

Die Eliten sind mitverantwortlich für die Krise

Auch *Jan Zielonka*, in Oxford lehrender polnischer Politikwissenschaftler, spricht schon im Titel des Buches von einer „Konterrevolution“. Interessant: Das Buch beginnt mit der Anrede „Lieber Ralf“. Es ist als fiktiver Brief an den großen liberalen Gelehrten Ralf Dahrendorf angelegt. Dahrendorf selbst hatte im Jahr 1990 einen schmalen Band „Betrachtungen über die Revolution in Europa“ veröffentlicht, der seinerseits als Brief an einen Freund in Warschau fingiert war. Aus der Revolution von 1989 sei, so Zielonka, nach dreißig Jahren liberaler Herrschaft eine Konterrevolution geworden. Warum? Es gebe eine Krise der liberalen Eliten, die sich aus den gesellschaftlichen und politischen Arenen in einen bequemen kosmopolitischen Lebensstil zurückgezogen haben und in quasi oligarchischer Form die einflussreichen Positionen in Verwaltung, Politik, Wirtschaft und Medien aus ihren eigenen Reihen besetzen. Erneuerung kann nur aus einer liberalen Selbstbesinnung resultieren, die lokale Verantwortlichkeiten und Verankerungen belebt. Globale Verflechtung werde zunächst als Bedrohung und Diffusion von demokratischer Legitimität, Verantwortlichkeit und Zurechnung erlebt. Genau dies stehe hinter den Erfolgen der PiS in Polen, gerade bei den Bewohnern der abgehängten ländlichen Gebiete.

In dieser Optik wird auch die tiefe Ambivalenz der deutschen Europapolitik deutlich, die ihre Macht, so Zielonka, im Rahmen der Eurozone vor allem dafür verwendet habe, den Wohlstand der eigenen Bürger zu mehren und die politischen Spielräume der schwächeren europäischen Partner massiv zu beschneiden. Vor allem dies habe den Erfolg der populistischen Konterrevolution erst ermöglicht: mangelhafte europäische Abstimmung und Scheu vor Verantwortungsübernahme. Zentral auch für Zielonka: Das katastrophale Scheitern der europäischen Flüchtlingspolitik. An die Stelle einer in friedliche Nachbarschaften eingebetteten EU ist eine „Geopolitik der Angst“ getreten. Ebenso sei die EU bislang daran gescheitert, den dysfunktionalen Folgen der Globalisierung „demokratische öffentliche Autorität auf transnationaler Basis“ entgegenzustellen. Zielonka schließt mit einem verhalten optimistischen Ausblick. Seine Empfehlungen allerdings werfen viele neue Fragen auf: Begrenzung der Rolle der Nationalstaaten, eigenständige politische Rolle der Großstädte und Regionen, postrepräsentative Politikformen.

Der Versuch war zunächst erfolgreich

Philipp Ther, Professor für Osteuropäische Geschichte in Wien, legt mit seinem (2014 mit dem Preis der Leipziger Buchmesse ausgezeichneten) Buch „Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent“ eine vor allem wirtschafts- und sozialgeschichtliche Analyse der Post-89er-Veränderungen vor. Spannend daran sind auch die anekdotisch eingestreuten persönlichen Erfahrungen des Autors aus den 1980er und 1990er Jahren. Ther spricht mit Blick auf 1989 von einer „verhandelten“ Revolution und den daraus folgenden Transformationen und Transformationskrisen. Nach 1989 kam es zu einem groß angelegten Laborversuch neoliberaler Wirtschaftspolitik, als die Trias des „Washington Consensus“, Liberalisierung, Privatisierung, Deregulierung, zur Grundlage einer neuen Ordnung des Wirtschaftens gemacht wurde. Am erfolgreichsten war dies in Ländern wie Polen, wo schon in den 1980er Jahren ein unternehmerischer Kleinkapitalismus die Wende vorbereitete. Inzwischen hat Warschau Berlin hinsichtlich des BIP pro Kopf deutlich abgehängt! Die Unterschiede zwischen den einzelnen Staaten, und innerhalb ihrer zwischen den Regionen, waren und sind allerdings erheblich. Es gibt ein massives Wohlstandsgefälle zwischen den Boomregionen und den ländlichen Regionen, vor allem in den östlichen Landesteilen aller untersuchten Staaten. Es gab nach 1989 viele liberale Schaufensterreden, aber trotz aller Rhetorik stand im Hintergrund der erfolgreicher Transformationen ein (relativ) starker Staat, der die Transformation moderierte, steuerte und so weit möglich auf sozialen Ausgleich setzte. Erst die Finanz-, Banken- und Schuldenkrisen nach 2008 haben dieses Modell unter Druck und den Populisten Zulauf gebracht.

Insgesamt überzeugen die Autoren der vorgestellten Bücher mehr mit ihren eindringenden kritischen Ana-

lysen als mit ihren Antworten für künftige Politiken. Einleuchtend aber: Nötig ist eine tiefgreifende Selbstbesinnung des liberalen Projekts, die damit beginnt, die Perspektive der ostmitteleuropäischen Bürger ernster zu nehmen. Im Fokus stehen dabei die zentralen Probleme Migration, sozialer Ausgleich vor allem entlang der Stadt-Land-Kluft, transnationale Verantwortungsdiffusion, Stärkung politischer Repräsentation und Responsivität. Das deutsche Modell eines Ordo-Liberalismus, einer wettbewerblich organisierten Wirtschaft mit hoher sozialstaatlicher Verantwortung, scheint im Grundsatz erfolgversprechend. Allerdings schärfen die Autoren auch den Blick für die Externalitäten deutscher Politik. Der Preis des deutschen Erfolges ist hoch – für die anderen, damit aber am Ende auch für Deutschland selbst. In der Summe geht es um mehr als eine nachgeholte Revolution. Der Konterrevolution kann nur mit einer gelingenden Transformation begegnet werden. ▲



Philipp Ther: **Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent**, Suhrkamp-Verlag, Berlin 2016 (aktualisierte Ausgabe), 447 Seiten, 14 Euro.

GLAUBENS- FRAGEN



„Bleib bei mir, Herr! Der Abend bricht herein...“ (Liederbuch „Lebensrhythmen“, Nr. 56).
An dieses Lied von Theodor Werner mag denken, wer Kirche und Kunstwerk von Gijs Van
Vaerenbergh in Borgloon (Belgien) besichtigt. Transparenz und Transzendenz finden dort zusammen



Nach landläufiger Meinung beginnt die biblische Erzählung von der Menschheitsgeschichte nach der Schöpfung mit dem Sündenfall. Wenn der an so prominenter Stelle steht, könnte man denken, müsste uns die Bibel doch auch eine recht eindeutige Erklärung dafür bieten, was „Sünde“ eigentlich bedeuten soll. Klar, es muss irgendetwas mit der Verfehlung des göttlichen Willens zu tun haben. Aber was ist damit konkret gemeint? Die Antwort fällt nicht leicht. In der hebräischen Bibel, dem sogenannten Alten Testament, gibt es mehr als 50 Wörter, die ein menschliches Verhalten negativ bewerten und so im weitesten Sinn als Umschreibungen für Sünde gelten können. Die erste Vokabel dieser Art finden wir in der Geschichte von Kain und Abel – in der Paradieserzählung ist von Sünde überhaupt nicht die Rede. Diesen Zusammenhang stellten erst die im Mittelalter hinzugefügten Zwischenüberschriften her.

men. Wer von der Sünde spricht, hat in der Regel bereits eine Vorstellung davon im Kopf – und wird dafür mit Sicherheit passende Belege in den kanonischen Schriften finden. Das gilt natürlich auch für den folgenden Vorschlag, der von der Versöhnungslehre des Theologen Karl Barth inspiriert ist. Was ihn dennoch aus der Beliebigkeit von Sündendefinitionen heraushebt, ist zum einen die zentrale Stellung, die Jesus Christus in dieser Argumentation einnimmt, zum anderen seine Anwendbarkeit auf aktuelle ethische Fragen wie unseren Umgang mit der Corona-Pandemie.

Das ist der zentrale Gedanke: Wenn Christus der wahre, nämlich der sich selbst für den Menschen erniedrigende Gott und gleichzeitig der wahre, nämlich der von Gott so gewollte, befreite Mensch ist, dann ergeben sich zwei Konsequenzen für das Verständnis von Sünde – zum einen als **Hochmut** des Menschen, selbst nach göttlichen Attributen wie Allmacht zu streben, zum

„DIE SÜNDE LAUERT VOR DER TÜR“¹



Ist das Virus, das unseren Alltag 2020 bestimmte, etwa eine Strafe Gottes für unsere Sünden? Oder ist es eher eine moralische Herausforderung, bei deren Bewältigung der christliche Sündenbegriff hilfreich sein kann? Eine theologische Reflexion vor aktuellem Hintergrund.

Von Frank Hofmann

¹ Genesis 4,7

Das Neue Testament thematisiert die Sünde fast durchweg im Zusammenhang mit der Sündenvergebung. Was da genau vergeben wird, sehen die Texte durchaus verschieden. Während drei Evangelien „Sünden“ vornehmlich als individuelle moralische Fehlritte verstehen, bezeichnet das Johannesevangelium damit allgemein den Unglauben der Welt (etwa 16,9). Paulus wiederum spricht eher von der „Sünde“ im Singular als von den „Sünden“ und meint damit eine der menschlichen Existenz vorgängige Macht, die ohne den Glauben an den Erlöser ins Verhängnis führt. Es ist also nicht so einfach, mit Hilfe der Bibel der Sünde auf die Spur zu kom-

anderen als seine **Trägheit**, von den geschenkten Möglichkeiten der Freiheit keinen Gebrauch zu machen. Zu diesen beiden inhaltlichen Bestimmungen von Sünde kommen zwei weitere, die aus dem christlichen Verständnis des liebevollen menschlichen Miteinanders folgen: erstens die **Lüge**, die jede Verständigung verunmöglicht, zweitens die **Feindseligkeit**, die Fehler grundsätzlich beim anderen und nicht bei sich selbst sucht. Diese vier „Kardinalsünden“ lassen sich mit biblischen Beispielen und aktuellen Bezügen illustrieren.



Der Turmbau zu Babel, hier gemalt von Wilhelm von Kaulbach um 1845, steht als Sinnbild für Hochmut. Der Mensch will bisweilen Dinge gestalten, deren Folgen er nicht zu kontrollieren vermag

1 Feindseligkeit:

Johannes 8 erzählt, wie Jesus im Tempel eine Frau vorgestellt wird, die beim Ehebruch ertappt wurde. Dem mosaischen Gesetz entsprechend, müsste sie gesteinigt werden. Jesus wird um seine Meinung gefragt und er antwortet: „Wer von euch ohne Sünde ist, der werfe den ersten Stein auf sie.“

Bemerkenswert an dieser Erzählung ist, dass sie nicht, wie man zunächst vermuten könnte, auf eine Interpretation des Gesetzes zielt: Ist es zu grausam, benachteiligt es die Frauen? Vielmehr findet sie ihre Pointe in einer Anwendungsregel des Begriffs „Sünde“. Der Vorwurf der Sünde, sagt Jesus sinngemäß, zielt zunächst gegen den Sprecher selbst. Sünde ist zuallererst eine Ich-Aussage. Über andere zu richten, steht uns nicht zu. Vor die Feindseligkeit stellt Jesus die Selbsterkenntnis. In den Wochen dieses Jahres, in denen wir beginnen mussten, unseren Alltag zum Teil dramatisch einzuschränken, konnte man die Feindseligkeit an vielen Stellen beobachten. Laut Polizeiaussagen nahm das Denunziantentum zu, einigen Menschen fiel eher der Splitter im Auge des anderen als der Balken im eigenen auf. Feindseligkeiten bis hin zu Morddrohungen spürten auch die Wissenschaftler und Politiker, die sich für eine vorsichtige Gangart starkmachten.

2 Hochmut:

In Genesis 11 steht die Geschichte vom Turmbau zu Babel. Danach beschließen die noch in einer einzigen Sprache sich verständigenden Menschen, zum Beweis ihrer Macht einen Turm bis zum Himmel zu bauen. Gott durchkreuzt den Plan, indem er während des Baus die Sprache der Menschen verwirrt. Keiner kann mehr den anderen verstehen – der Bau muss schließlich aufgegeben werden.

Der „Himmel“ bezieht sich nicht auf das sichtbare Firmament, sondern steht symbolisch für die menschliche Anmaßung, Dinge gestalten zu wollen, deren Folgen sich seinem Zugriff entziehen. Bezogen auf die Gegenwart kann man hier an die technischen Entwicklungen denken, deren Folgen das Ganze der Schöpfung oder die Gesundheit ihrer Lebewesen bedrohen – etwa an die kriegerische Entfesselung der Atomkraft, an skrupellose Eingriffe in das menschliche Erbgut, die rücksichtslose Zerstörung des Ökosystems Erde oder eben den leichtfertigen Umgang mit Krankheitserregern. Hochmut zeigten in den vergangenen Monaten Staatschefs mit diktatorischen Zügen, die die Gefahren der Pandemie bewusst ignorierten oder herunterspielten.

3 Trägheit:

Lukas 19 und Matthäus 25 überliefern ein Gleichnis Jesu, in dem ein Herr vor der Abreise seinen Knechten Schätze anvertraut. Als er nach einiger Zeit zurückkehrt und nach den Gewinnen fragt, die sie damit erwirtschaftet haben, stellt sich heraus, dass ein Knecht nichts mit dem Schatz anfangen konnte. Sein Gewinn ist gleich null. Da wird der Herr zornig und sagt: „Du böser Mensch, warum hast du mein Geld da nicht wenigstens auf die Bank gebracht? Dann könnte ich es jetzt mit Zinsen zurückfordern.“ Und er nimmt ihm das Ausgangskapital wieder ab.

Dem Knecht wird hier eine Mischung aus Faulheit und Dummheit zum Verhängnis. Er macht von seinen Möglichkeiten keinen Gebrauch und sieht auch die naheliegenden Alternativen nicht. Er ist der Prototyp des „selbst verschuldeten Unmündigen“, von dem der Philosoph Immanuel Kant spricht: „Unmündigkeit ist das Unvermögen, sich seines Verstandes ohne Leitung eines anderen zu bedienen. Selbstverschuldet ist diese Unmündigkeit, wenn die Ursache derselben nicht am Mangel des Verstandes, sondern der Entschliebung und des Muts liegt.“ Eine aufgeklärte, freiheitliche Demokratie kann mit Unmündigen nicht funktionieren. Wer nur der eigenen Bequemlichkeit folgt, gern auch getarnt als Sicherheits- oder Heimatgefühl, „ist ein Feind jenes Evangeliums, das die Füße, Köpfe und Herzen der Menschen auf weiten Raum stellt und in die Freiheit führt“, so der Theologe Ralf Frisch.

In diesem Jahr hatten wir alle die Chance, an der vordersten Spitze der wissenschaftlichen Forschung teilzuhaben – wenigstens auf einem Teilgebiet. Nie wurden virologische Studien schneller von seriösen Medien aufgegriffen und fachkundig kommentiert. Dabei wurde aber auch klar, dass Wissenschaft ein anstrengendes Geschäft ist. Neue empirische Daten können binnen kurzer Zeit zu differenzierteren Beurteilungen oder sogar zu neuen Hypothesen führen, die das noch gestern Geglaubte über den Haufen werfen. Wer es sich in seinem Gedankengebäude gern bequem einrichtet, steigt hier schnell aus – und folgt lieber schlichten, schwarz-weiß gezeichneten Verschwörungstheorien. Das führt zum letzten Punkt.

4 Lüge:

In der Bibel wird viel gelogen, auch von den Urvätern (Abraham) und den Aposteln (Petrus). Manche Lügen entsprechen sogar dem göttlichen Plan. In Exodus 1 widersetzen sich die Hebammen dem Befehl des Pharaos, alle männlichen Babys nach der Geburt zu töten – und behaupten gegenüber dem Herrscher: „Die hebräischen Frauen gebären wie die Tiere. Noch bevor die Hebamme kommt, sind die Kinder da.“ Ein Verhalten, das vom Allerhöchsten gutgeheißen wird: „Und Gott ließ es den Hebammen gut gehen.“ Die Prostituierte Rahab belügt die Wächter Jerichos und rettet so das Leben der israelischen Kundschafter. Jakob und seine Mutter Rebekka belügen Isack, um einen Segen zu erhalten, der trotz seiner moralisch fragwürdigen Erschleichung seine Gültigkeit behält. Die Unwahrheit zu sagen, scheint biblisch dann legitimiert zu sein, wenn sie Ohnmächtigen zum Recht verhilft.

Daraus eine Rechtfertigung der Lüge abzuleiten, wäre jedoch falsch. Die Wahrheitsfrage wird im jüdisch-christlichen Kanon in den Dienst der Nächstenliebe gestellt. Eine am Urtext orientierte Lesart des achten Gebots bringt es auf den Punkt: „Du sollst gegen deinen Nächsten nicht als falscher Zeuge aussagen.“ Das „falsch“ bezieht sich hier nicht auf die Aussage, sondern auf den Zeugen: Falsch und lügnerisch ist ein Verhalten, das dem Nächsten schadet und die göttliche Gerechtigkeit verletzt. Biblisch gesehen, ist die Wahrheit keine Eigenschaft von Sätzen, sondern eine moralische Aufgabe, den Schwachen, den Angeklagten und Unterdrückten zu helfen. Wer dagegen verstößt, belügt seine Mitmenschen und Gott zugleich.



Dr. Dr. Frank Hofmann ist Chefredakteur von *Andere Zeiten* e. V. und einer der Herausgeber von *ZUR SACHE* BW.



Gegner der Corona-Maßnahmen demonstrieren im September 2020 in München. Falsch ist ein Verhalten, das dem Nächsten schadet, lehrt das achte Gebot

Geradezu beispielhaft wurde die Pointe dieser Argumentation offenbar, als vereinzelt Ärzte und Politiker der Versuchung erlagen, die Lebenserwartung der Corona-Opfer, auch abgesehen von ihrer Infektion, zu thematisieren: Die wären doch ohnehin in den nächsten Wochen gestorben. Selbst wenn diese Aussage wahr wäre (was nachweislich nicht der Fall ist), steht sie, biblisch gesehen, auf der Seite der falschen Zeugnisse, weil sie den betroffenen Menschen schadet.

Die vier skizzierten Sündenbereiche lassen sich als menschliche Neigungen verstehen, als Versuchungen, denen jeder Einzelne erliegen kann. Aus diesen grundsätzlichen Neigungen können konkrete Todsünden folgen. Ein Konzept, das immer noch aktuell erscheint, wie die moralische Herausforderung der Corona-Krise gezeigt hat.

In der Leidensgeschichte Jesu, wie die Evangelien sie erzählen, kommen alle vier Sünden zu der moralisch denkbar schlimmsten Tat zusammen: dem Mord Gottes durch die Hände der Menschen.

Es sind die Feindseligkeit des Mobs, der Hochmut der religiösen Elite, die Trägheit der politischen Entscheidungsträger und die falschen Aussagen der Ankläger, die Jesus an das Kreuz bringen. Insofern kann man sagen, Jesus ist *wegen* unserer Sünden gestorben. Dass dies nicht das Ende der Geschichte ist, macht die sich an die Passion anschließende Ostererzählung deutlich. Auch die schlimmsten Sünden werden von Gott überwunden. Eine frohe Botschaft, die bereits in der hebräischen Bibel enthalten ist: Der – kanonisch gesehen – erste Mörder der Menschheitsgeschichte, Kain, erhält von Gott persönlich ein Zeichen, dass er ab sofort unter seinem besonderen Schutz steht (Genesis 4,15).

Die Bibel hält uns nicht in erster Linie unsere Sündhaftigkeit vor, sie will zuallererst davon erzählen, dass die Macht der Sünde über uns begrenzt ist. Insofern zeigt sich in der Pandemie keine Strafe Gottes, in ihrer Überwindung aber seine Liebe. ◀

**„Ich wollte der Frage nachgehen,
was unser Leben ausmacht
und was Glück für uns bedeutet –
auch jetzt, da wir alle so
eingeschränkt sind.“**
Militärpfarrer Markus Linde



Militärdekan Michael Rohde bei einer Onlineandacht. Die Lage im Frühjahr erinnerte ihn an die Auslandseinsätze

Wenn jemand ein Problem hat, ist es mir wichtig, einfach da zu sein“, sagt Markus Linde, Militärpfarrer in Mittenwald. „Unser Job lebt von dem direkten Kontakt mit Menschen, und der war auf ein Minimum reduziert.“

Mehrere Schulstandorte, die in Lindes Betreuungsbereich fallen, hatten ihren Ausbildungsbetrieb im Frühjahr gestoppt, das Personal arbeitete vom Homeoffice aus. Was nun? „Ich bin ganz ehrlich, ich war nicht derjenige, der gleich tausend Ideen hatte“, gibt er zu.

Markus Linde versuchte zunächst, per Telefon mit den Dienststellen in Kontakt zu bleiben, erfuhr von Soldaten mit Burnout, deren psychologische und psychiatrische Behandlung ausgesetzt wurde, weil die Fachklinik wegen Corona umgewidmet worden war.

Die Telefonate, die er mit Soldaten führte, „blieben auf einer unbefriedigenden Ebene stecken“, erinnert sich Linde. „Denn es hätte viel, viel mehr auch persönlichen Kontakt gebraucht – und auch mehr als die Zuwendung vom Pfarrer, die vielleicht gerade das Einzige war, was möglich war. Aber es ist eben nicht die Behandlung, die eigentlich schon hätte anfangen sollen.“

Als Ostern näher rückte, brannte es Linde unter den Nägeln: „Ostern und gar nichts machen? Damit kam ich nicht klar.“ Also hielt er Ausschau nach Ideen. Die „zivilen“ Kollegen aus der Gemeinde in Murnau versuchten es mit einem Podcast. So könnte auch er die Soldatinnen und Soldaten über Ostern erreichen, dachte sich der 42-Jährige und tat es ihnen gleich. Beginnend am Palmsonntag, ging Linde täglich in circa zehnmütigen Beiträgen einer Station der Karwoche und dazu passenden

DIGITALE NÄHE



**Gottesdienste feiern, Lebenskundlichen Unterricht halten,
nebenbei ins Gespräch kommen?**

**Durch die Kontaktbeschränkungen im Frühjahr war das
auf die übliche Weise plötzlich nicht mehr möglich.**

**Militärpfarrer berichten von neuen Ansätzen
und ihren Erfahrungen**

Von Sonja Poppe

Fragen nach. Es folgten sieben weitere Podcasts zum Thema Glück, „Ich wollte der Frage nachgehen, was unser Leben ausmacht und was Glück für uns bedeutet – auch jetzt, da wir alle so eingeschränkt sind“, erklärt Linde (www.anchor.fm/markus-linde). Die Rückmeldungen waren positiv, stellte der Militärpfarrer erfreut fest.

Seit das „normale Tagesgeschäft“ als Militärpfarrer wieder angelaufen ist, ruht das Projekt. Markus Linde kann sich durchaus vorstellen, bei passender Gelegenheit wieder etwas in dieser Art zu machen.

Militärpfarrer wird Instagrammer

Militärpfarrer Gunther Wiendl, zuständig für die Standorte Neuburg an der Donau, Dillingen und Donauwörth, beschreibt sich selbst als jemanden, der es mag, in unklare Situationen hineinzukommen und

zu gucken: „Wie überlebe ich hier?“ Und so schreckten ihn auch die Kontaktbeschränkungen nicht. Von seinen Kindern – die Zwillinge sind 20 und waren vor den Beschränkungen noch rechtzeitig aus ihren Studienorten ins elterliche Nest geflüchtet – ließ der 56-Jährige sich die Welt der sozialen Medien erklären. Instagram wurde zur Plattform seiner Wahl, um weiterhin Ansprechbarkeit zu signalisieren und zu zeigen: „Wir als Militärseelsorge haben euch auch in dieser Zeit was zu bieten.“

Seine Tochter entwarf ein ansprechendes grafisches Konzept, das fünf Hauptbereiche seiner Arbeit aufgreift. Da gibt es das Gebet des Tages, eine Fürbitte, die für den Gottesdienst steht, das Lied, das an das Gemeinschaftsgefühl bei Rüstzeiten erinnern soll, und kleine Andachten, die die biblische Botschaft aufgreifen. Hinzu kommen, in Anlehnung an den Lebenskund-



Sonja Poppe ist freie Lektorin, Autorin und Kolumnistin für Verlage, (Online-)Medien und Zeitungen. Poppe hat evangelische Theologie und Religionspädagogik studiert.

lichen Unterricht, kleine Lebensweisheiten im „Tipp des Tages“ (@militär.pfarrer.wiendl).

„Was sich da nicht abbildet, ist natürlich die Seelsorge“, sagt Wiendl. „Dafür gibt es die Privatnachricht, wodurch die Schwelle zur Kontaktaufnahme deutlich niedriger wird. Das eröffnet ganz neue Möglichkeiten.“

Trotz dieses Erfolgs setzte Militärpfarrer Wiendl nicht nur aufs Internet. Viel positive Resonanz habe es unter anderem auch zu seinen Brief-Gottesdiensten gegeben, erzählt er. Die Briefe, die etwa Teilnehmer ausgefallener Rüstzeiten bekamen, enthielten einen Gottesdienst zum Vorlesen und eine kleine Anleitung, wie er am Küchentisch gefeiert werden kann. „Dazu QR-Codes von Liedern zum Mitsingen“ und Kleinigkeiten wie Ausmalkarten und Buntstifte für die Kinder.

Auf Instagram hat Wiendl inzwischen mehr als 1100 Follower und freut sich über viele Rückmeldungen, die bestätigen, dass er seine Zielgruppe erreicht. Wiendl sagt: „Und sei es nur, dass meine Posts jemanden daran erinnern: Aha, der Pfarrer ist da. Oder vielleicht noch besser: Der liebe Gott ist da.“

Insofern habe Corona auch „Zeit für Kreativität und neue Möglichkeiten“ mit sich gebracht: „Corona ist so ein bisschen wie Einsatz. Man wird da hingestellt, hat seinen inneren Auftrag und muss jetzt gucken. Da gleicht man fast einem Soldaten. Dinge von Grund auf zu erarbeiten, das macht natürlich Freude“, findet Wiendl und ergänzt: „Durch Instagram ist etwas entstanden, was auch mich bereichert und wo ich sage: Ja, das ist ein neues Werkzeug in meinem militärseelsorgerlichen Werkzeugkasten.“

Besuche in Schutzkleidung

Mit einem „Auslandseinsatz“ vergleicht auch Militärdekan Michael Rohde, was die Corona-Krise bei ihm in Hamburg auslöste. Der 47-Jährige ist dort für das Bundeswehrkrankenhaus und die Helmut-Schmidt-Universität zuständig und erlebte in der Corona-Zeit, was möglich ist, wenn alle Hand in Hand arbeiten.

Anders als andernorts durften die Seelsorger im Bundeswehrkrankenhaus auch schwer erkrankte Patienten besuchen – in voller Schutzkleidung mit Schutzbrille, Mund-Nasen-Maske, Kittel und Handschuhen. „Wir haben das massiv genutzt, weil ein großer Redebedarf da war“, berichtet Rohde. Um den Kontakt zwischen Patienten und Angehörigen zu ermöglichen, wurden Tablets angeschafft. Besonders bewegend sei es gewesen, als ein schwer kranker Patient „unglaublich intensiv reagierte“, als er seine Tochter hörte.

Rohde und sein katholischer Kollege besuchten zusammen mit den Spießern auch Studierende in Quarantäne. Unter Einhaltung der Hygieneregeln überreichten sie den Studierenden ein kleines Präsent und Kontaktdaten, damit sie sich melden konnten, falls ihnen die Decke auf den Kopf fiel – per Telefon oder online.

Im Krankenhaus standen zudem dauerhaft Ansprechpartner im Raum der Stille





Viele Follower gewonnen: Militärpfarrer Gunther Wiendl aus Neuburg an der Donau wurde zum Instagram-Pfarrer. Er schreibt über Gefühle und den Umgang damit und hält Andachten vor der Kamera

zur Verfügung. Das hätten zwar wenige genutzt, es habe aber viele dankbare Rückmeldungen gegeben, etwa: „Es ist toll, dass ihr da seid, weil wir wissen, dass ihr als Ansprechpartner zur Verfügung steht.“ Rohde sagt: „Deswegen haben wir das lange durchgezogen. Ähnlich verlief es mit den Hotlines, die für das Krankenhaus und für die Uni eingerichtet wurden und für die sich viele Freiwillige als Gesprächspartner anboten. Über je eine zentrale Rufnummer wurden Anrufe an die freiwilligen Ansprechpartner weitergeleitet. Bekannt gemacht wurden solche Angebote über die internen Kommunikationssysteme des Krankenhauses und der Uni.

Und dann waren da die Gottesdienste, die Michael Rohde neu dachte. Für Patienten gab es zum Beispiel kleine Audioandachten. „Das Pflegepersonal hat das toll kommuniziert und teilweise eigene Handys zur Verfügung gestellt“, sagt Rohde. Hinzu kamen Videopodcasts, die Rohde gestaltete,

auch mit seinen Söhnen, die zum Beispiel bei der musikalischen Gestaltung mitwirkten, oder mit Gästen wie dem Präsidenten der Uni.

Ein Problem blieb: „Das ist Kommunikation nur in die eine Richtung“, bemerkte Michael Rohde. Für ein stärkeres Gemeinschaftsgefühl entwarf er Zoom-Gottesdienste, an denen sich Menschen von verschiedenen Orten aus beteiligten, indem sie unter anderem Lieder sangen oder das Fürbittengebet sprachen. Auch diese Gottesdienste gingen online (www.hsu-hh.de/evanghsg/downloads).

„Ich habe viele positive Rückmeldungen von Menschen gekriegt, die ansonsten nicht bei meinen Andachten sind“, stellt Michael Rohde fest. Ein Grund mehr, auch über künftige Präsenzgottesdienste und die Möglichkeit nachzudenken, diese online zu stellen.

Für die Mitarbeitenden an den Angeboten sei die so bezeichnete „Seelenrunde“

wichtig gewesen, sagt Michael Rohde. „Wir – ein Vertreter der Psychiatrie, der Truppenpsychologie, des Sozialdienstes, der Militärseelsorge und manchmal auch der Truppenarzt – haben uns einmal die Woche online getroffen, um uns über das auszutauschen, was gerade wichtig ist, was wir in unseren Bereichen für neue Erkenntnisse haben und wie wir darauf gegebenenfalls reagieren können. Das haben wir an der Uni in kleinerer Form auch gemacht, und so haben wir viel regelmäßiger und auch viel konzentrierter miteinander geredet als sonst. Das hat die Kommunikation noch mal sehr strukturiert. Ich fand das beeindruckend.“

Zwischenmenschlich habe es zwischen den Mitwirkenden ebenfalls „toll funktioniert“, fasst Michael Rohde begeistert zusammen. Insofern habe Corona keine „depressive Phase“ gebracht, „sondern einen großen Motivationsschub“, der viele Ideen auch für die Zukunft freisetze.

Chancen für die Zukunft

Podcasts, Instagram und Onlinegottesdienste: Die drei Militärseelsorger sind sich einig, dass die „neuen Werkzeuge“ in ihren „Werkzeugkästen“ vielversprechende Chancen für die Zukunft der Militärseelsorge wie auch der Seelsorge allgemein bieten. Doch alle drei stellen auch fest, dass es im laufenden Betrieb für den Einzelnen zeitlich kaum so durchzuhalten ist wie während der Kontaktbeschränkungen.

Man müsste „entweder einen Pfarrer mit einem Teil seines Deputats dafür abstellen oder den redaktionellen Teil der Onlinearbeit in professionelle Hände legen“, überlegt Gunther Wiendl. Und auch die inhaltliche Arbeit könnte man sich mit mehreren Kollegen teilen. Eine solche Zusammenarbeit könnte sich auch Markus Linde vorstellen. Und Michael Rohde betont, „dass es für die Militärseelsorge notwendig ist, an dem Punkt deutlicher eine Strategie zu entwickeln“, damit die guten Ideen der Corona-Zeit nicht verpuffen, sondern verlässliche, zeitgemäße Angebote geschaffen werden können. ▲

KIRCHE UNTER DEN SOLDATEN

Die Militärkirche St. Stephanus in Munster
Von Volker Wohlgemuth und Jobst Reller



Die Militärkirche wurde 1961 errichtet. Das Parament für den Altar entwarf Annebärbel Döring



Volker Wohlgemuth: Er ist da und bei mir

„Herr in deinem Hause bin ich, in deinem Hause darf ich sein. Danke dafür.“ Dies sind immer wieder dieselben beiden Sätze, die in meinem Kopf und Herzen entstehen, wenn ich unsere Militärkirche St. Stephanus zum Standortgottesdienst oder für andere gemeinsame Vorhaben von und mit unseren Militärpfarrern betreue und mich vor den Altar und das Kreuz mit unserem Herrn stelle. Allein, in der noch „jungfräulichen“ Kirche, weil immer deutlich zu früh einrückend und die menschenleere Stille dieses einzigartigen Ortes „genießend“, folgt doch nun die ruhigste Stunde der ganzen Dienstwoche, wenn nicht sogar des ganzen Monats. Nur das Licht der brennenden Kerzen auf dem Altar, die emotionale Präsenz unseres Herrn und ich. Deshalb stimmt „allein“ eigentlich nicht, weil „er“ ja da und bei mir ist. Und gerade jetzt für mich da ist und mir zuhört, gibt es doch in diesem Hause des Herrn nun gerade niemand anderen. Was empfinde ich also? Er ist bei mir und ich darf bei ihm sein. Pure Dankbarkeit und das Erfahren von reinem Glück.



Den Innenraum der Kirche St. Stephanus erleuchtet ein Fenster mit dem Bild des Auferstandenen



Münster ▲

Der Bildhauer Peter Greve schuf mehrere Reliefs für die Kirche, darunter „Die, die Steine werfen“ (1961)



Jobst Reller: Die Sonne überstrahlt die Gewalt

Freitagmorgens nach dem Standortgottesdienst im Mai: Die letzten Soldaten haben das Brötchenbuffet und die Kirche verlassen. Das Geplauder ist verstummt. Meine Augen fallen auf das eine Relief an der Altarwand: Eine Hand ist hoch erhoben, bereit, einen Stein auf Stephanus zu schleudern im Namen der wahren Religion. Die Sonne spielt durchs Seitenfenster mit Schatten. Eine tiefe Stille breitet sich aus. Eine Stunde früher fiel die Morgensonne durch das Glasfenster mit dem Bild des Auferstandenen, überstrahlte alles in der noch dunklen Kirche – auch die Gewalt. Ob ähnliche Gedanken den Soldaten und den Mitgliedern der Militärkirchengemeinde mitunter durch den Kopf gehen? Dem Soldaten, der immer lange vor dem Standortgottesdienst still versunken in der Kirche sitzt? Vielleicht. Heiligabend ist die Kirche voll wie an vielen anderen Orten. Jemand zeigt mir ein Foto. Ein Lichtstreifen fällt vom Glasfenster auf Baum und Krippe: „Friede auf Erden, den Menschen sein Wohlgefallen“.

Impressum



Im Auftrag des Evangelischen Militärbischofs herausgegeben von Professorin Dr. Angelika Dörfler-Dierken, Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr; Dr. Dr. Frank Hofmann, Andere Zeiten e. V.; Professor Dr. Friedrich Lohmann, Universität der Bundeswehr München

Mitarbeitende dieser Ausgabe:

Günter Verheugen, Frank Fischer, Heinrich August Winkler, Rainer Meyer zum Felde, Sándor Fazakas, Klára Tarr Cselovszky, Stanislav Příbyl, Mathias Beer, Steffen Höhne, Jens Mattern, Marco Overhaus, Marina Peter, Stefan Oswald, Tom Sauer, Dierk Spreen, Roger Mielke, Frank Hofmann, Sonja Poppe, Volker Wohlgemuth, Jobst Reller

Redaktion:

Dirck Ackermann (Chefredakteur), Walter Linkmann, Martin Middendorf, Felix Ehring, Florian Siebeck

Redaktionsanschrift:

Jebensstraße 3, 10623 Berlin
Telefon: 030 310181-123

Internet:

www.militaerseelsorge.de

E-Mail:

militaerseelsorge@ekd.de

Beirat für die Redaktion:

Heiko Blank, Veronika Drews-Galle, Roger Mielke, Jobst Reller, Silke Röcher-Hoffmann, Michael Rohde, Marcus Schaper

Realisierung:

Gemeinschaftswerk der Ev. Publizistik gGmbH
Abteilung Printprodukte, Leitung: Ursula Ott
Emil-von-Behring-Str. 3, 60439 Frankfurt/Main
Bildredaktion: Caterina Pohl-Heuser
Gestaltung und Satz: Zully Kostka

Druck:

Strube Druck & Medien OHG,
Stimmerswiesen 3, 34587 Felsberg

Verlag:

Evangelische Verlagsanstalt Leipzig,
Blumenstraße 76, 04155 Leipzig

Vertrieb:

Gemeinschaftswerk der Ev. Publizistik gGmbH
Emil-von-Behring-Str. 3, 60439 Frankfurt/Main
Martin Amberg, Telefon: 069 580 98-223
E-Mail: mamberg@gep.de

Erscheinungsweise:

Zweimal jährlich
ISSN: 1869-4497



Bildnachweise

Titel: Beata Zawrzel, imago images / S. 5 imago images, epd-bild / S. 8 Kay Nietfeld, picture alliance, dpa / S. 8 Johanna Geron, Reuters / S. 11 Neal Joup, photocase / S. 12 Jaap Arriens, NurPhoto, Getty Images; Marc Darching / S. 13 Kacper Pempel, Reuters / S. 14 Szilardx Voros, imago images / S. 17 Walter Rudolph, imago images / S. 18 Attila Volgyi, imago images / S. 20 picture alliance, akq-images / S. 22 Anna Weise / S. 23 Bernadett Szabo, Reuters / S. 24–25 akq-images, IAM, World History [4] / S. 28 Hannes Jung, laif; Sean Gallup, Getty Images / S. 31 Jonathan Ernst, Reuters / S. 33 Kay Nietfeld, picture alliance, dpa / S. 34 Tomasz Waszczuk, picture alliance, dpa / S. 37 Alik Keplicz, picture alliance, dpa; David W. Cerny, Reuters; Jason Wells, Loop Images, laif; Cedric Pasquini, hemis, laif / S. 41 Attila Kisbenedek, Getty Images / S. 42 Bernhard J. Holzner, picture alliance, dpa / S. 43 Kiss Tamás / S. 44 Bernadett Szabo, Reuters / S. 45–47 Lukas Biba(6) / S. 47 Ullstein Bild / S. 49 Frauke Scholz, picture alliance / S. 49 Hendrik Gassmann / S. 51 Attila Kisbenedek, Getty Images / S. 53–54 Kacper Pempel, Reuters / S. 56 Boris Roessler, dpa / S. 57 Marc Darching / S. 59 Hermann Bredehorst, Brot für die Welt / S. 60 Mohamed Nureldin Abdallah, Reuters / S. 60 Samir Bol, Reuters / S. 63 Temilade Adelaja, Reuters / S. 64 Libby George, Reuters / S. 66–68 Romolo Tavini, iStockphoto / S. 66 Bernd Hendricks / S. 67 Max Kyodo, picture alliance / S. 69 Annette Riedl, picture alliance, dpa; Sean Gallup, Getty Images / S. 70 Wolfgang Minich, picture alliance / S. 71 Bundeswehr, Cavallerie / S. 73 picture alliance, dpa / S. 74 Stella von Saldern / S. 76 Robert Michael, picture alliance, dpa / S. 85 Museum Georg Schäfer, epd-bild / S. 87 Alessandra Schellnegger, SZ Photo, picture alliance / S. 92–93 Walter Linkmann [3], Archiv / S. 94 Nikolay Vinokurov, Mauritius Images, Alamy / Rückseite: birdys, photocase

3,47 Sekunden – so schnell lässt sich ein Zauberwürfel lösen. Zumindest vom Weltrekordhalter. Denn mehr als 20 Züge braucht es eigentlich nicht. Das wusste Erno Rubik nicht, als er ihn 1974 erfand.

Rubik war sogar unsicher, ob es überhaupt möglich wäre. Nach einigen Wochen aber gelang es ihm, und er ließ seine Erfindung im Patentamt von Budapest patentieren. Mit 350 Millionen verkauften Exemplaren ist der „Rubik Cube“ heute eines der erfolgreichsten Exportprodukte Ungarns.



GEFAHR FÜR GEIST & SEELE



Joachim Köhler
VERLOREN IM CYBERSPACE
Auf dem Weg zur
posthumanen Gesellschaft

368 Seiten | 13 x 21,5 cm | Hardcover
ISBN 978-3-374-06758-9
€ 22,00 (D)

DIE CYBERWELT ist zum Mittelpunkt unserer Lebens- und Arbeitswelt geworden. Alle nutzen das weltweite Netz, wenige beherrschen es, kaum einer versteht es.

Der Schriftsteller, Journalist und Philosoph Joachim Köhler stellt uns in seinem neuen Buch den Cybervmenschen des 21. Jahrhunderts vor Augen. Sein Ort ist überall und nirgends. Dieses posthumane Wesen weiß alles, kann alles, aber ist nichts. Mindestens kein Mensch mehr, der glaubt, liebt und hofft.

Die Cyberwelt ist dabei, dem Menschen sein Menschsein abzunehmen. Sie preist Lebenserleichterung durch grenzenlose Optimierung an, gesteuert von der digitalen Superintelligenz.

Noch hat die Menschheit die Chance, ihr eigenes Interesse von dem der Cyberwelt zu unterscheiden und die reale, sinnhafte Welterfahrung normativ zu setzen.



EVANGELISCHE VERLAGSANSTALT

Leipzig www.eva-leipzig.de

facebook.com/eva.leipzig

Bestell-Telefon 0341 7114144 · Fax 0341 7114150 · shop@eva-leipzig.de

Das Thema der nächsten Ausgabe



Demokratie

Wir bangen mit den Demokratiebewegungen weltweit und helfen international beim Staatsaufbau. Nur zu Hause wird es immer schwerer, Kandidaten für den Gemeinderat zu finden. Ist die Demokratie in Gefahr? Klar ist: Demokratie ist anstrengend und verletzlich. Sie entsteht nicht von selbst – und bleibt nicht von selbst. Wer miteinander demokratisch leben will, braucht dafür eine Basis. Denn Demokratie ist kein Machtvakuum, sondern eine Herrschaftsform. Eine Herrschaft, die Freiheit ermöglicht.